



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

127. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 1. Juli 2011, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel,
Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: Erfolgreiche Konversionspartnerschaft kontinuierlich ausgestalten und fortsetzen – Drucksache 5/4405 –	3
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/4462 –	3
Thomas Schwarz, SPD	3, 8
Minister Jürgen Seidel	3
Peter Ritter, DIE LINKE	5, 9
Wolfgang Waldmüller, CDU	6
Sigrun Reese, FDP	7
Udo Pastörs, NPD	7
B e s c h l u s s	9

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten und nachhaltig finanzieren – Drucksache 5/4419 –	9
Regine Lück, DIE LINKE	9
Minister Jürgen Seidel	10
Jochen Schulte, SPD	13
Michael Roof, FDP	14
Günter Rühls, CDU	15
Stefan Köster, NPD	15
Helmut Holter, DIE LINKE	16
B e s c h l u s s	18

Antrag der Fraktion der NPD: Keine Atomtransporte über den Hafen in Rostock – Riesigen Imageschaden für das Touristikland Mecklenburg-Vorpommern verhindern – Drucksache 5/4412 –	18
Udo Pastörs, NPD	18, 22
Wolf-Dieter Ringguth, CDU	19
B e s c h l u s s	23

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Chancen der Bürgerarbeit nutzen – zielgerichtetes Fördern und Fordern durch Aktivierung und Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen – Drucksache 5/4407 –	23
Harry Glawe, CDU	23
Minister Jürgen Seidel	24
Regine Lück, DIE LINKE	25
Jochen Schulte, SPD	26
Ralf Grabow, FDP	27
Michael Andrejewski, NPD	27
Günter Rühls, CDU	28
B e s c h l u s s	28

Antrag der Fraktion der FDP:

Mittelstandsförderung in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 5/4409 –	28
Michael Roof, FDP	28, 35
Minister Jürgen Seidel	29
Jochen Schulte, SPD	30
Helmut Holter, DIE LINKE	31
Wolfgang Waldmüller, CDU	32
Udo Pastörs, NPD	34, 38
B e s c h l u s s	36

Antrag der Fraktion der NPD:

Zukunftskonzept zum Schweriner Sportpark „Paulshöhe“ erstellen

– Drucksache 5/4413 –	36
Udo Pastörs, NPD	36
Andreas Bluhm, DIE LINKE	39
B e s c h l u s s	40

Antrag der Fraktion der NPD:

Hilfsprogramm für Gemüseanbauer in Mecklenburg-Vorpommern einrichten

– Drucksache 5/4415 –	41
Heinz Müller, SPD (zur Geschäftsordnung)	41
B e s c h l u s s	41

Antrag der Fraktion der NPD:

Erwerbstätige Empfänger von Arbeitslosengeld II bei Aufwandsentschädigungen für kommunale Mandate besser stellen

– Drucksache 5/4416 –	41
Heinz Müller, SPD (zur Geschäftsordnung)	41
B e s c h l u s s	41

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Bericht über die Spezifikation der Lehramtsstudiengangskapazitäten vorlegen

– Drucksache 5/4421 –	42
Andreas Bluhm, DIE LINKE	42, 45
Minister Henry Tesch	43
Hans Kreher, FDP	44
André Specht, CDU	45
B e s c h l u s s	46

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD:

Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und für die Aufgaben nach der Handwerksordnung (SchwArbOWiHwOZustG M-V)

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 5/4402 –	47
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses	
– Drucksache 5/4466 –	47
B e s c h l u s s	47

Antrag der Fraktionen der

SPD, CDU, DIE LINKE und FDP:

Missbrauch von Kindern und Jugendlichen

– Drucksache 5/4406 –	47
Dr. Armin Jäger, CDU	47
Ministerin Manuela Schwesig	50
Gino Leonhard, FDP	52
Dr. Margret Seemann, SPD	53
Barbara Borchardt, DIE LINKE	54
B e s c h l u s s	56, 61

Beginn: 9.03 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 127. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Erfolgreiche Konversionspartnerschaft kontinuierlich ausgestalten und fortsetzen, Drucksache 5/4405. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/4462 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU:
Erfolgreiche Konversionspartnerschaft
kontinuierlich ausgestalten und fortsetzen
– Drucksache 5/4405 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/4462 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Schwarz von der Fraktion der SPD.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als in den 90er-Jahren die hier auf ehemaligem DDR-Boden stationierte Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte abgezogen wurde, war Konversion ein rein ostdeutsches Problem. Als Peter Struck als Verteidigungsminister die erste Bundeswehrstrukturreform, ich sag mal, auf den Weg brachte, war es ein gesamtdeutsches Problem.

Die rot-rote Landesregierung hat in den Jahren 2002 und 2006 die Kommunen mit dieser großen Aufgabe nicht alleine dastehen lassen, sondern sie hat wirkungsvolle Hilfe geleistet, nicht nur in finanzieller Art, in Richtung Bauleitplanungen, Konversionsmanagement oder Begleitung, sondern die Landesregierung hat sich bereit erklärt, eine Konversionspartnerschaft einzugehen. Und zwar wurde die Konversionspartnerschaft 2005 seitens der Kommunen ins Gespräch gebracht, wurde damals in Demen – ich vergesse das nie – im Herbst geboren und im Jahre 2006 drüben in der Staatskanzlei Ende Januar besiegelt, und zwar besiegelt von allen betroffenen Ebenen, das heißt einerseits der Bund, das Land, die Bundeswehr und die Kommunen. Und ich erinnere auch gern daran, dass der damalige Ministerpräsident Harald Ringstorff bei der Strukturreform alles getan hat, um die Auswirkungen so gering als möglich zu halten. Das ist ihm gelungen, denn Mecklenburg-Vorpommern hat nach wie vor die zweitstärkste Verkehrs... – Verkehrsdichte wollte ich sagen, Entschuldigung –, Stationierungsdichte der Bundeswehr pro Kopf gesehen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Die Große Koalition hat diese Grundlage der Konversionspartnerschaft als Anlass genommen und diese Arbeit konstruktiv weitergeführt. Und ich erinnere noch einmal daran: Es gab viele Fachtagungen, es gab viele Veranstaltungen, wie zum Beispiel der 1. Konversions- und Wirtschaftstag in Neuruppin, wo sich die Kommunen intensiv ausgetauscht haben. Am Anfang lief es etwas holprig, aber dann, kann ich aus unserer Sicht sagen, hat die Konversionspartnerschaft gegriffen. Im Jahre 2011 wurde ebenfalls in Demen eine Bilanz dieser Konversionspartnerschaft gezogen und alle Unterschriften sind dagewesen – der Ministerpräsident, der Bund, die Kommunen.

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist alles in Ordnung.)

Bürgermeister und Kommunalvertreter aus Torgelow, aus Stavenhagen und aus Demen haben vor Ort noch mal dargestellt, wie Konversion gelaufen ist. Und es wurde von allen Beteiligten, sei es denn von der Wehrbereichsleitung Nord in Kiel, von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Ministerpräsident und den dort darstellenden kommunalen Vertretern, eine sehr positive Bilanz über diese Partnerschaft gezogen. Es sind eine Reihe von Arbeitsplätzen entstanden, gerade Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Und ich glaube, Arbeitsplätze sind die beste Antwort auf Hartz IV, denn wir können die Sozialausgaben noch so weit erhöhen, wir können Wohlfahrtsbürokratie betreiben, es wird diese großen Probleme des Landes nicht lösen. Meine Antwort darauf sind Arbeitsplätze, Arbeitsplätze im ländlichen Raum,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Arbeitsplätze, von denen man leben kann.

Im Antrag werden Sie erkennen können, dass wir bei der Begründung differenziert vorgegangen sind.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das heißt, nicht einfach sagen, wir wollen mal so weitermachen wie bisher, sondern wir haben natürlich auch nachhaltig darüber nachgedacht, denn die Gelder werden weniger werden. Das heißt also, dass wir Schwerpunkte setzen müssen, und ein Schwerpunkt zum Beispiel sind Investitionen und Arbeitsplätze.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir haben auch darauf hingewirkt, dass der Bund – jetzt im September will ja Thomas de Maizière die Strukturreform, ich sage mal, öffentlich machen und sagen, welche Standorte es betreffen wird – eine transparente Politik betreibt. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schwarz.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel.

Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, so ist das im Leben. Das Wort „Reform“ begleitet einen halt immer, so auch im Bereich der Bundeswehr. Vor uns steht eine Bundeswehrstrukturreform, die genau wie die Reformen 2001 und 2004 Auswirkungen auf unser Land Mecklenburg-Vorpommern haben wird. Wir müssen davon ausgehen, dass einige der 23 Standorte mit rund 15.000 Dienstposten in Mecklenburg-Vorpommern betroffen sein werden. Ich habe da jetzt gar keine nähere Kenntnis, will gar keine konkrete Sorge verbreiten, aber wir werden nicht ohne Kürzungen über diese Reform kommen, und insofern müssen wir uns mit Konversion beschäftigen.

Das Thema ist und bleibt sehr wichtig. Und dass natürlich Gemeinden, die vor das Problem gestellt werden,

dort Riesenschwierigkeiten zunächst einmal sehen, wenn man von einer solchen Reform Kenntnis bekommt, ist ganz klar. Insofern kann die Antwort auch nur sein, dass man sich hier zusammentut und die Möglichkeiten, wie man so schön sagt, in seinem Leben dann bündelt. Diesen Prozess oder diese Prozesse, sagen wir es besser so, zu begleiten, ist gemeinsame Aufgabe der Kommunen, des Landes, des Bundes und natürlich auch der Flächeneigentümer, wobei das ja in der Regel der Bund ist.

Für die strukturpolitische Umgestaltung haben wir in den letzten Jahren, Herr Schwarz hat darauf hingewiesen, eine, wie ich finde, in der Tat auch gute Zusammenarbeit gefunden. Und jede Regierung, Herr Schwarz, ist gut beraten, eine Zusammenarbeit, die gut ist, dann auch weiterzuführen. Ich verweise auch auf die Anfang 2006 unterzeichnete Rahmenvereinbarung. Durch das koordinierte Bemühen im jeweiligen Aufgabenbereich soll frühzeitig eine Vorbereitung auf die zivile Anschlussnutzung, möglichst natürlich noch vor Schließung der Bundeswehrstandorte, ermöglicht werden. Wir alle wissen, dass, wenn es erst mal zu Leerstand kommt, dann der Verfall auch nicht lange dauert und, wie gesagt, die materiellen Möglichkeiten immer schwieriger werden.

Meine Damen und Herren, in der Tat kann man sagen – und wir gehen ja so ungefähr auf fünf Jahre Bestehen der Konversionspartnerschaft hinaus –, dass hier eine erfolgreiche Arbeit geleistet wurde. Wir können heute davon ausgehen – das kann man besichtigen –, dass bei einem großen Teil frei gewordener militärischer Liegenschaften eine zivile Nachnutzung erreicht werden konnte. Es gibt dafür viele Beispiele. Ich nenne mal die Gemeinden Dabel, Demen, Boltenhagen, aber eben auch Stavenhagen, wo ich mich unlängst noch einmal vor Ort davon überzeugen konnte. Und auch dort gibt es weitere Überlegungen, wie man diese Konversionspartnerschaft mit neuem Leben erfüllen kann.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Daher ist der vorliegende Antrag, der ja eine Weiterführung der bisherigen Aktivitäten zum Inhalt hat, zu begrüßen.

Meine Damen und Herren, ich muss natürlich sagen, dass wir immer wieder überlegen müssen, wie wir die jeweilige Förderpraxis dann auch den gegebenen finanziellen Möglichkeiten anpassen. Dass da die Blütenträume auch nicht in den Himmel wachsen, wird Ihnen nicht ganz neu sein. Während es so war, dass im Zeitraum 1993 bis 1999 insbesondere die EU-Gemeinschaftsinitiative KONVER I/II genutzt werden konnte, um zum Beispiel den Abriss, die Sanierung von Anlagen, Altlastenstudien, Konversionsmanagement zu fördern, wandelte sich dies im Zeitraum der EU-Förderperiode 2000/2006. Auf der Grundlage der Standortkonversionsrichtlinie wurden Abriss, Beräumung, Entsiegelung, Renaturierung, aber auch Vorbereitung oder Wiederherstellung der Infrastruktur gefördert.

In den Zeiten zurückgehender Finanzen haben natürlich für uns – und man muss die Prioritäten immer wieder richtig setzen – Investitionen für Arbeitsplätze in Unternehmen höchste Priorität. Insofern auch folgerichtig erfolgte in der aktuellen Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 die Konversionsförderung meines Ministeriums auf der Grundlage der Gemeinschaftsaufgabe auf der einen Seite, also Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur, und Nutzung des EFRE, also des Europäischen

Fonds für Regionalentwicklung. Danach ist die Förderung möglich, wenn eine wirtschaftsnahe Infrastruktur geschaffen oder erweitert wird. Hier wollen wir immer wieder Voraussetzungen für gewerbliche Investitionen schaffen, die dann Arbeitsplätze zur Folge haben.

Ich muss darauf hinweisen, dass eine reine Altlastenberäumung, ich werde damit oft konfrontiert, aus diesen Fonds so ohne Weiteres nicht möglich ist. Wir müssen sicherstellen, dass eine wirtschaftliche Nutzung erfolgt, und das muss auch nachgewiesen werden, das muss ich sagen. Es geht nicht mehr so einfach, dass man sagt, ja, ich rede da mal mit einer Firma, sondern wir müssen wissen, dass dies dann auch zielgerichtet und ergebnisorientiert, wie man das so ausdrückt, erfolgen kann.

Meine Damen und Herren, natürlich können auch Fördermittel anderer Ressorts zum Einsatz kommen, wenn sie zur Verfügung stehen. Also ich nenne hier nur Städtebau- oder Wohnungsbauförderung. Aber auch dort wissen Sie, dass wir in den nächsten Jahren eher mit Kürzungen zu rechnen haben. Wenn wir GA nicht einsetzen können, ich sagte schon, können wir prüfen, ob EFRE möglich ist. Hierfür haben wir uns mit der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe“ selbst ein Instrument gegeben. Wir wollen das in der Zukunft so handhaben, dass die Interministerielle Arbeitsgruppe Konversion zur Unterstützung der betroffenen Gemeinden weiterhin aktiv bleibt. Sie bietet den Kommunen die notwendige Plattform, die Probleme zu diskutieren und ressortübergreifend zu beraten, um zu schnellen Problemlösungen zu kommen.

Ich will mal ein Beispiel erwähnen: Zuletzt war es so, dass im März 2010 die Gemeinde Peenemünde in der von mir genannten IMAG ihre Situation, ihre schwierige Situation dargestellt hat. Wer die Gemeinde kennt, weiß, dass dort sehr viele Ruinen waren, die sich in Privateigentum befinden.

(Regine Lück, DIE LINKE: Schlimm!)

Aber ich glaube, dass wir dort auch demonstrieren können, heute demonstrieren können, dass, wenn wir uns zusammensetzen, wir auch Lösungen finden. Und wenn Sie es dort sehen, die ersten Schandflecke sind beseitigt. Ich werde mir das demnächst noch mal anschauen. Ich glaube, dass sich also damit auch die Zukunftsperspektiven in diesem Ort verbessern. Wir sind noch lange nicht am Ziel, aber dort kann man „handgreifliche“ Verbesserungen wirklich inzwischen besichtigen.

Die frühzeitige Vorbereitung des Umwandlungsprozesses ist immer eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg. Das zeigen alle positiv gelaufenen Beispiele. Verweisen möchte ich auch auf die Forderung der Ministerpräsidenten auf ihrer Sitzung am 9. Juni 2011 gegenüber der Bundesregierung, die Bundesländer vor allen Dingen frühzeitig auch in die Standortplanung mit einzubeziehen. Das ist ja immer ein sehr streitiger Prozess, wie wir wissen, nicht mehr benötigte Liegenschaften dann kostengünstig an die Kommunen abzugeben und auch, das wäre natürlich unsere Forderung oder bleibt auch unsere Forderung, ein Konversionsprogramm für strukturschwache Regionen aufzulegen. Das würde uns natürlich sehr helfen. Aber man muss sehen, wie die Dinge sich entwickeln.

Also, meine Damen und Herren, ich glaube, dass die Antworten auch zukünftig nur die sein können, die wir heute

praktiziert haben – gemeinsam zielorientiert arbeiten, die Möglichkeiten, die wir haben, sehr effizient nutzen. Es hat sich immer wieder gezeigt, wenn wir dies tun, kommen wir auch zu Erfolgen, zugegebenermaßen vielleicht nicht immer so schnell, wie sich jeder das wünscht, aber, ich hätte fast gesagt, so ist das halt im Leben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister! In der Tat ist es so, bei der Konversionspolitik sind schnelle Erfolge nicht zu erwarten. Dennoch ist Konversionspolitik in Mecklenburg-Vorpommern ein Erfolg, aber, Herr Seidel, nicht erst seit fünf Jahren. Konversion oder die neue Konversion läuft in diesem Land seit zehn Jahren, nämlich seit 2001 und 2002. Ich komme an anderer Stelle darauf zurück.

Dass sich die Koalition am Ende der Wahlperiode aber mit diesem Erfolg schmückt, ist nachvollziehbar. Allzu viele Erfolge dieser Art gibt es ja nach fünf Jahren nicht.

(Heinz Müller, SPD: Ach!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erfolgsgeschichte „Konversion in Mecklenburg-Vorpommern“ gäbe es aber nicht, hätte die damalige PDS-Fraktion in den Jahren 2001 und 2002 nicht die Initiative ergriffen und die Weichenstellung für eine moderne Konversionspolitik gestellt.

(Ute Schildt, SPD: Na ja,
Thomas Schwarz hat ja tüchtig ...)

Erinnern wir uns, liebe Kollegin Schildt: Als der damalige SPD-Verteidigungsminister die Bundeswehrstrukturreform verkündete, war an den betroffenen Standorten das Entsetzen groß, war doch die Bundeswehr in den strukturschwachen Regionen oft der bedeutendste wirtschaftliche und strukturpolitische Faktor.

Die damalige CDU-Fraktion in der Opposition kannte als Reaktion auf diese Entscheidung nur eins: Anträge im Landtag einzubringen, in denen die rot-rote Landesregierung aufgefordert wurde, bei der Bundesregierung auf das Entscheidendste gegen diese Reform zu protestieren. Solche Aufrufe und Anträge seitens der CDU hört man heute nicht, schließlich ist es ja ihr Verteidigungsminister, der die nächste Stufe der Bundeswehrstrukturreform zu verantworten hat. Die Auswirkungen auf die Standorte sind heute jedoch die gleichen wie 2001/2002. Nehmen wir es daher als positiven Fakt, dass die CDU dazugelernt und begriffen hat, dass Strukturentscheidungen der Bundeswehr einer anderen Logik folgen. Landes- oder gar kommunalpolitische Belange spielen dabei jedenfalls keine Rolle.

Und auch bei der SPD, liebe Kollegin Schildt, war ein Erkenntnisprozess notwendig. Ich erinnere mich noch gut, wie sich der damalige Wirtschaftsminister gewehrt hat, als die Zuständigkeit für Konversion vom Innen- ins Wirtschaftsressort übertragen wurde. Aber spätestens als Wirtschaftsminister Ebnet merkte, dass man auch bei Konversionsvorhaben prima Bändchen durchschneiden und Fördermittelbescheide übergeben kann, wuchs

das Verständnis für Konversion als Einheit von ökonomischen, städtebaulichen und landesplanerischen arbeitsmarkt- und umweltpolitischen Zielstellungen. Und, liebe Kollegin Schildt, unbestritten ist, dass der Fakt, dass die SPD-Fraktion einen von Standortschließungen betroffenen Bürgermeister in ihren Reihen hat, diesen Erkenntnisprozess beschleunigte.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ich möchte mich deshalb in aller Offenheit heute daher recht herzlich beim Kollegen Thomas Schwarz für die kontinuierliche Zusammenarbeit bedanken, sowohl in der Regierungszeit als auch in den letzten fünf Jahren.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Das ist nicht üblich, so etwas.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Fakt ist auch, dass es meiner Fraktion vorbehalten blieb, von Anfang an deutlich zu machen, dass ein Leben in den Kommunen auch nach dem Verlust des Bundeswehrstandortes möglich ist. Im April 2002 führten wir in Stavenhagen die erste Konversionskonferenz in diesem Land durch. Fachleute, die später auch als Konversionsmanager in den Kommunen tätig wurden, verdeutlichten Herausforderung und Dimension der Konversionen und zeigten Lösungswege auf.

Wir wissen, was folgte: Wirtschafts-, Arbeits- und Innenministerium legten trotz angespannter Haushaltslage des Landes – auch das will ich noch mal in Erinnerung rufen – Sonderförderprogramme auf. In Stavenhagen wurde das Modell der sogenannten gleitenden Konversion entwickelt – ein Modell, das man heute durchaus als Exportschlager betrachten kann. Und seinen Höhepunkt – unbestritten – fand dieser Prozess 2006 im Abschluss einer bundesweit bislang einmaligen Konversionspartnerschaft zwischen den Konversionskommunen, dem Land, der Wehrbereichsverwaltung Nord und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Antrag heißt es zu Recht, ich zitiere: „Die Konversionspartnerschaft lebt von Kontinuität und Verlässlichkeit.“ Diese notwendige Kontinuität erlebte aber mit dem Regierungswechsel 2006 – auch das will ich noch mal in Erinnerung rufen – zunächst einen Bruch. Es bedurfte des permanenten Drucks der Konversionskommunen und auch meiner Fraktion, dass die IMAG-Standortkonversion wieder zum Leben erweckt und Konversion fortgesetzt werden konnte. Heute nun stehen wir vor einer weiteren Stufe der Bundeswehrstrukturreform. So sehr sich einige dabei auch wünschen, dass Standorte in Mecklenburg-Vorpommern verschont bleiben, so sehr bleibt dies eine trügerische Hoffnung. Daher ist vorausschauendes Handeln angezeigt.

Ich habe mir deshalb einmal die Wahlprogramme der Parteien angesehen, was unter dem Stichwort „Konversion“ dort so alles zu finden ist. Im Wahlprogramm meiner Partei findet sich ein größerer Abschnitt unter der Überschrift „Konversion als Wirtschaftsfaktor mit sozialer und ökologischer Perspektive“. Ein Landesprogramm für Konversion ist dabei eins unserer Schlüsselvorhaben.

Im Wahlprogramm der CDU findet man zu dem Stichwort „Konversion“ nichts. Auch bei den GRÜNEN herrscht hier Funkstille, eigentümlicherweise. Im Wahlprogramm der FDP heißt es, ich zitiere: „Die FDP setzt sich für die Umnutzung (Konversion) von Orten ein, die ihre eigent-

liche Funktion verloren haben beziehungsweise ungenutzt sind, wie zum Beispiel Bahnhöfe, Guts- und Herenhäuser.“ Zitatende. Von ehemaligen Militärstandorten ist dort nicht die Rede. Na, ja.

Bei der SPD findet man einen Bezug zur Konversion unter dem Punkt „Ausbau erneuerbarer Energien“. Für meinen Geschmack zwar etwas dürftig, aber immerhin, ein wichtiger Punkt wird aufgegriffen. Die SPD, so ihr Wahlprogramm, will prüfen, welche Flächen für Fotovoltaikanlagen geeignet sind, und da, wo es möglich ist, durch Nachnutzung auf vorhandene Konversionsflächen aus wirtschaftlicher und militärischer Nutzung zurückgreifen. Liebe Kollegen der SPD, genau das ist der richtige Weg. Auch wenn dies nur ein Bestandteil einer modernen Konversionspolitik ist, sollten wir in diesem Punkt Nägel mit Köpfen machen und die Herausforderungen der Energiewende mit den Herausforderungen der Konversion in diesem Land verknüpfen.

Dies ist Anliegen unseres Änderungsantrages. Wir schlagen vor, in Punkt 3 des Koalitionsantrages folgenden Satz anzufügen, ich zitiere: „Dabei sind auch die Herausforderungen der Energiewende zu berücksichtigen. Ehemalige militärisch genutzte Flächen sind bei Geeignetheit zu Schwerpunkten der Erzeugung erneuerbarer Energien zu entwickeln.“ Zitatende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir die Leitlinien für Konversion auf die aktuelle Entwicklung ausrichten wollen, gehört dieser Aspekt unbedingt dazu, wohl wissend, das wir auch dabei kein Neuland betreten. Auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne in Basepohl werden zurzeit die Voraussetzungen für einen Solarpark geschaffen. Neben der Ludwigsluster Energiewende, Kollege Müller, gibt es also auch eine Basepohler Energiewende.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns also diese Initiativen und die neuen Herausforderungen deutlich machen. In Mecklenburg-Vorpommern hat man die Zeichen der Zeit verstanden. Konversion und Energiewende verbinden – das ist Innovation aus Mecklenburg-Vorpommern. Und deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ritter, die Bundeswehrstrukturreform ist auf Bundesebene beschlossen und wird kommen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das kriegen nur die Guten, Herr Waldmüller.)

Dieses Reformvorhaben war für die CDU keine leichte Entscheidung. Insbesondere die Abkehr von der Wehrpflicht wurde in meiner Partei, und das ist in der Presse zu lesen gewesen, ausgiebig und kontrovers diskutiert. Dennoch hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die Reform aufgrund des neuen Anforderungsprofils der Bundeswehr notwendig und richtig ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Nur kein Neid!)

Die Bundeswehr muss aufgrund ihrer neuen Ausrichtung schlanker und effizient gestaltet werden. Nur so können die Soldatinnen und Soldaten für ihre Aufgaben und Einsätze richtig ausgestattet und effizient geführt werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und um sie geht es hier vordringlich. Die Männer und Frauen in Uniform müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben so gut und sicher wie möglich erfüllen zu können.

Mecklenburg-Vorpommern hat aufgrund der vielen Standorte im Land eine besondere Beziehung zur Bundeswehr. An dieser Stelle sei auch noch mal klar gesagt, wir bekennen uns ausdrücklich zu unseren Soldatinnen und Soldaten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Diese besondere Beziehung aufgrund der vielen Standorte bringt aber auch Risiken und Probleme mit sich. So ist es natürlich bei einer effizienteren Organisation der Bundeswehr und den geforderten Einsparmaßnahmen im Rahmen der Strukturreform leider unumgänglich, auch Standorte zu schließen. Wie wir gehört haben, werden von den 23 Standorten im Land einige sicher betroffen sein. Das wird für die betroffenen Kommunen natürlich negative Auswirkungen haben.

Um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern, hat sich die Konversionspartnerschaft zwischen Landesregierung, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Wehrbereichsverwaltung Nord und den Standortgemeinden aus dem Jahr 2006 sehr gut bewährt. Der Schwerpunkt dieser Konversionspolitik ist danach die Begleitung der Kommunen bei der Entwicklung und Realisierung von Nachnutzungsmöglichkeiten. Insbesondere wurde besondere Aufmerksamkeit auf die Anwerbung von Investoren gelegt. Von einigen erfolgreichen Beispielen, wie dem Tourismusort Boltenhagen und dem neuen Gewerbegebiet in Stavenhagen, haben wir bereits vom Wirtschaftsminister gehört. Aber auch die Förderaktivitäten von EU, Bund und Land wurden sehr erfolgreich gestaltet. Die Schwerpunktbildung der Förderung von Arbeitsplätzen und Investitionen war richtig und gut. Auch die Interministerielle Arbeitsgruppe Konversion hat sich als fachübergreifende Plattform bewährt.

Diesen bewährten Ansatz gilt es nun mit allen Beteiligten weiterzuverfolgen. Kommunen, Land und Bund müssen in dieser Absicht weiter gemeinsam das Ziel der erfolgreichen Konversion verfolgen. Dann wird es möglich sein, auch in Zukunft so positive Ergebnisse wie die bereits genannten zu erzielen.

Herr Ritter, was wir allerdings nicht brauchen, ist der Änderungsantrag. Die Aufforderung, die Konversionsflächen bei Geeignetheit zur Erzeugung erneuerbarer Energien zu entwickeln, ist völlig überflüssig, weil selbstverständlich. Dies ist eine Selbstverständlichkeit, genauso wie die Konversionspolitik. Im Rahmen der Aktuellen Stunde haben wir bereits über die vielfältigen Aktivitäten auch im Rahmen des Konzepts „Energierland 2020“ gesprochen. Auf Bundesebene ist gestern das Gesetzpaket zur Energiewende beschlossen worden. Natürlich sind alle diese Maßnahmen auch auf die – und das ist ja wohl selbstverständlich,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bei Ihnen ist nichts selbstverständlich, Herr Waldmüller.)

das ist selbstverständlich – Konversionsflächen zu beziehen. Des Änderungsantrages bedarf es nun also wirklich nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ausreden, das sind nichts als Ausreden.)

Meine Damen und Herren, die Bundeswehrstrukturreform ...

Bitte?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wissen Sie, Herr Ritter, wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, dann würden wir das nächste Mal beschließen, dass wir zum Gehen einen Fuß vor den anderen setzen müssen. Also das ist völliger Unsinn.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist völliger Schwachsinn, was Sie da erzählen, Herr Waldmüller!)

Meine Damen und Herren, die Bundeswehrstrukturreform ist eine Notwendigkeit. Negativ sind allerdings überproportional große wirtschaftliche Einbußen für die von Schließung betroffenen Kommunen. Hier gilt es nun weiterhin, mit allen Betroffenen gemeinsam den erfolgreich beschrittenen Weg weiterzugehen. Ich bin zuversichtlich, dass das wie in der Vergangenheit auch in Zukunft geschafft werden kann. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zum Antrag und um Ablehnung des Änderungsantrags. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Ute Schildt, SPD: Gott sei Dank, das hat man auch nicht mehr ertragen können.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Waldmüller.

Herr Abgeordneter Ritter, für Ihren Zwischenruf erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Frau Reese.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Was wir hier vor uns haben, ist ein schöner Antrag, und selten hat die FDP-Fraktion einem Antrag der Koalitionsfraktionen so bereitwillig zugestimmt. Das will ich hier mal vorweg-sagen.

(allgemeine Unruhe)

Gerade in Mecklenburg-Vorpommern verfügen wir über eine Vielzahl aller Standorte, die ehemals von der NVA oder auch der Roten Armee genutzt wurden. Die Beendigung der Nutzung dieser Flächen durch die jeweiligen Streitkräfte hat die betroffenen Kommunen unverschuldet vor große Probleme gestellt. Damit ist ein erheblicher Rückgang an Bevölkerung, ein Verlust an Kaufkraft für die Gemeinden und die Problematik der geordneten zivilen Nachnutzung verbunden – nur einiges, was dabei zu nennen ist.

Anfangs waren die Kommunen mit diesen Problemen ganz auf sich allein gestellt. Ich kenne eine Vielzahl von Kommunen, die in der Vergangenheit mit den Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dann irgendwann resümiert den Kürzeren gezogen haben. Und der Abschluss der Konversionspartnerschaft

zwischen Bund, Land und Kommunen ist da jetzt tatsächlich als Glücksgriff für Mecklenburg-Vorpommern zu bezeichnen. Die Konversion hat sich für viele beteiligte Kommunen als ein wichtiger Wirtschaftsfaktor erwiesen und ist ein wesentliches Instrument der Strukturentwicklung.

Gerade vor dem Hintergrund der neuerlichen Bundeswehrstrukturreform ist es notwendig, betroffene Standorte bereits frühzeitig mit in die Planungen einzubeziehen. Das Aufrechterhalten der Konversionspartnerschaft ist vor allem auch im Hinblick auf die finanzielle Situation der betroffenen Kommunen unabdingbar und im Interesse einer schnellen und nachhaltigen Lösung alternativlos.

Als Mitglied der Interministeriellen Arbeitsgruppe Konversion beim Wirtschaftsministerium konnte ich mir bereits einen guten Überblick über viele durchgeführte und geplante Projekte in Mecklenburg-Vorpommern verschaffen. Einige sind hier schon genannt worden. Im Gegensatz zu sonstigem Verwaltungshandeln ist es wirklich sehr positiv zu bewerten, wie unkompliziert und auch schnell pragmatische Ansätze zu Lösungen im Rahmen der Konversionspartnerschaft gefunden wurden. Manchmal wünschte ich mir einen Ansatz dieser Art auch für andere Bereiche unserer Landespolitik.

Aufgrund meiner Heimat – ich komme ja aus Anklam, da ist Peenemünde nicht so ganz weit weg – ist das ein Beispiel, das mir also auch noch besonders am Herzen liegt. Auch hier wurde im Rahmen der Konversionspartnerschaft schon viel erreicht, vieles steht noch an, aber darauf ist ja Minister Seidel dankenswerterweise auch schon eingegangen.

Peenemünde wird mithilfe der Konversionspartnerschaft wieder zu einem ansehnlichen Ort hergerichtet, wobei die angedachten Maßnahmen dann eine sehr gute Grundlage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dort vor Ort bieten. Und gerade wegen der bisherigen Erfolge im Rahmen der Konversionspartnerschaft ist es für Mecklenburg-Vorpommern und dessen Kommunen unerlässlich, die Konversionspartnerschaft weiter fortzusetzen. Die Konversionsmaßnahmen sind in den betroffenen Kommunen oftmals noch nicht abgeschlossen und bedürfen einer weiteren Begleitung des Prozesses.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ist tatsächlich überflüssig, schadet aber auch nicht wirklich.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die Energiewende schadet nicht.)

Wir werden uns zu dem Antrag enthalten und dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Reese.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der NPD, der Abgeordnete Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Konversionspolitik – eine Notwendigkeit, selbstverständlich. Nach unserer Auffassung gibt es zwei große Schwerpunkte. Der erste Schwerpunkt ist die Strukturreform der Bundeswehr. Da dürfen wir nicht vergessen, dass das nicht im Interesse unseres Landes geschieht, sondern dass damit – und das sagt auch die politische Führung eindeutig und die

militärische Führung hat sich dem zu fügen – die Streitkräfte zulasten der Kommunen und Gemeinden, in denen Liegenschaften der Bundeswehr vorhanden sind, aufgrund der anderen Verwendung der Streitkräfte erfolgen muss. Das heißt, die Bundeswehr wird umstrukturiert, um im Ausland ihre Aufgaben zu erfüllen, und das nicht immer zum Vorteil und zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Das erst mal vorab.

Das heißt also, über einen Umweg werden hier Lasten in die Gemeinden, in die Kommunen hineinverlagert, die ihren Ursprung in einer falschen Verteidigungspolitik, in einer falschen Konzeption haben, nämlich, dass Streitkräfte, deutsche Streitkräfte ausschließlich nur zur Landesverteidigung, zur territorialen Absicherung unseres Vaterlandes eingesetzt gehören.

Nun müssen wir uns der Sache dennoch stellen, und da wundert mich dann schon, wenn ein ehemaliger Politoffizier der NVA

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Anwesend, Herr Pastörs. Anwesend!)

sich hier hinstellt und bejammert, dass in Mecklenburg-Vorpommern sehr wahrscheinlich Standorte der Bundeswehr geschlossen werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich
habe das überhaupt nicht bejammert.
Sie haben das nur noch nicht begriffen!)

Mein lieber Herr Ritter, in Ihren Reihen ziehen jährlich ganze Horden grölend durch Berlin und skandieren: „Soldaten sind Mörder“, und Sie spielen hier das Schaf.

(Stefan Köster, NPD: Hör mal auf zu jammern!)

Ich sage Ihnen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie
brauchen mir gar nichts zu sagen.)

was Sie hier abziehen, ist an Heuchlerischkeit nicht zu überbieten.

Was Sie hier fordern in Ihrem Antrag, wird selbstverständlich von uns abgelehnt, weil im Rahmen einer Prüfung, ob eine Fläche sich für wirtschaftliche Verwendung eignet, schließt man selbstverständlich auch die Verwendung im Bereich der Fotovoltaik und der alternativen Energien vollumfänglich ein.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Eben nicht! Eben nicht, Herr Pastörs,
weil sie die Fotovoltaik nicht kennen.)

Das zweite Problem, das sind die devastierten Flächen, die wir haben. Das ist der Nachlass der ruhmreichen Sowjetarmee, die hier nicht nur ihren ganzen Dreck abgeladen haben, nachdem sie plündernd und vergewaltigend durch Deutschland zogen, sondern die haben dann ...

(Heinz Müller, SPD: Eh!)

Das ist ein Faktum, Herr Müller.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, auch die Würde des Hauses zu beachten in Ihrem Redebeitrag.

Udo Pastörs, NPD: Ja, aber die Verbrechen der Roten Armee darf man schon nennen. Das hat mit der Würde des Hauses nichts zu tun. Das ist die Wahrheit.

(Zurufe von Wolfgang Griese, DIE LINKE,
und Torsten Koplín, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, darum geht es ja gar nicht.

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren, ich bitte doch jetzt einmal hier um Aufmerksamkeit.

Herr Abgeordneter, es geht auch um die Art und Weise, wie Sie in Ihrer Rede manche Dinge beschreiben.

Udo Pastörs, NPD: Ich habe doch sachlich vorgetragen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Und da haben Sie die Würde des Hauses zu beachten. – Sie haben das Wort, bitte.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde dann vorher meine Reden einreichen, damit die Diktion zunächst dann abgeseget wird, dass ich das Gleiche sagen kann, aber dann in der Formulierung, wie das Präsidium das gerne wünscht.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Udo Pastörs, NPD: Ich komme zurück auf die devastierten Flächen im Land.

(Michael Andrejewski, NPD: Verwüstet!)

Das ist ein Problem, das natürlich die Gemeinden und die Standorte vor riesige Probleme stellt. In Zukunft wird es nur noch möglich sein, eventuell Mittel aus dem EFRE zu bekommen, um hier weiterzukommen. Und wie Sie alle wissen, ist es mit dem Fördergeldstrom, der sich auch nach Mecklenburg-Vorpommern in den letzten 20 Jahren ergossen hat, natürlich dann irgendwann zu Ende. Keiner weiß, was ab 2014 in den verschiedenen Bereichen dann noch an Geld kommt.

Die Alternative dazu wäre ja, dass es Unternehmen gäbe, die bereit wären, solche unglaublichen Summen auf den Tisch zu legen, nur um dort dann ihr Gewerbe zu betreiben. Davon kann man auch nicht ausgehen.

Und die dritte Alternative wäre natürlich, dass die Gemeinden vor Ort dafür sorgen, den Unternehmen attraktive Investitionsplätze zu stellen, das heißt, Geld aus der Gemeinde-/Stadtkasse zu nehmen. Auch das ist nicht vorhanden. Die Gemeinden sind vor große Aufgaben gestellt. Wir als NPD ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, beenden Sie bitte Ihren Redebeitrag.

Udo Pastörs, NPD: Ich komme zum Schluss. Letzter Satz:

Wir als NPD lehnen natürlich den Antrag der LINKEN ab und stimmen dem Antrag ansonsten vollumfänglich zu. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schwarz von der Fraktion der SPD.

(Udo Pastörs, NPD: Das
ist das soziale Problem.)

Thomas Schwarz, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist vieles gesagt worden, und die demokratischen Parteien sind sich ja über den Antrag einig.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich möchte also nicht alles wiederholen, möchte aber jetzt noch mal zur Richtigstellung sagen: Die SPD-Landtagsfraktion hätte natürlich kein Problem gehabt mit dem Änderungsantrag, ihn anfügen zu lassen, aber unser Koalitionspartner wollte dies nicht.

(Harry Glawe, CDU: Ja, man muss auch mal geradlinig bleiben.)

Ich möchte auch einfach mal die Gelegenheit wahrnehmen und mich bei den ganzen Kommunalpolitikern da unten bedanken, die ihr Engagement über Jahre dort durchgeführt und Erfolg erzielt haben. Und ich möchte mich vor allen Dingen auch bei der IMAG Konversion unter Herrn Frey bedanken, die eine ganz tolle Arbeit dort geleistet hat, wie Sie es schon sagten – ressortübergreifend. Ich glaube, das war auch ein entscheidender Aspekt, um die Konversionspartnerschaft erfolgreich durchzuführen. – In diesem Sinne möchte ich mich bedanken für die Aufmerksamkeit und bitte noch mal um Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Heinz Müller, SPD: Sehr gut, sehr gut.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schwarz.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Waldmüller, eins passt Ihnen offensichtlich überhaupt nicht in den Kram, nämlich dass die Urheberschaft für die erfolgreiche Konversionspolitik in Mecklenburg-Vorpommern nicht bei Ihnen, sondern bei meiner Fraktion liegt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch mal zum Änderungsantrag: Ihr Antrag sagt aus, falls Sie ihn gelesen haben, dass die Leitlinien für Konversion fortgeschrieben werden sollen. Der Antrag sagt aber nicht aus, wie das inhaltlich geschehen soll. Unser Antrag ist ein solches inhaltliches Angebot, dass die Leitlinien für Konversion genau um diesen Punkt ergänzt werden sollen. Und da wird der Unterschied zwischen uns und Ihnen deutlich: Sie reden von der Energiewende und wir handeln. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE – Gelächter
bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/4462 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/4462 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und einer Stimme der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der NPD und Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/4405 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/4405 einstimmig angenommen.

(Heinz Müller, SPD: Schade.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte Sie darüber informieren, dass die Fraktionen sich darauf geeinigt haben, den Tagesordnungspunkt 33 als letzten dieser Tagesordnung aufzurufen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 38:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten und nachhaltig finanzieren, Drucksache 5/4419.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten
und nachhaltig finanzieren
– Drucksache 5/4419 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat ein Gesetz zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente beschlossen. Danach sollen bisherige Arbeitsmarktinstrumente geändert und einige auch gestrichen werden. Die Bundesregierung behauptet, sie verbessere damit die Beschäftigungschancen für Erwerbslose. Die schwarz-gelbe „Leistungssteigerung“ bedeutet aber nichts anderes, als Rechtsansprüche der Erwerbslosen abzubauen, den Billiglohnsektor auszuweiten, Instrumente für öffentlich geförderte Beschäftigung zu streichen und Arbeitgeber aus der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Seit der Einführung von Hartz IV hat es bereits mehrere Instrumentenreformen gegeben, mal größere, mal kleinere. Immer flankiert von Sonderprogrammen, zum Beispiel dem Programm „Bürgerarbeit“, über das wir ja heute auch noch reden wollen. Jetzt haben es die Betroffenen bereits weniger als zwei Jahre nach der letzten Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente schon wieder mit einer neuen zu tun. Eine qualitative und inhaltliche Auswertung der Ergebnisse der Reform von 2009 kann nach dieser kurzen Zeit gar nicht die Grundlage der neuen sein. Tatsächlich liegen noch nicht einmal aktuelle Wirkungsstudien über die bestehenden Instrumente seit der letzten Novellierung vor. Warum also, frage ich Sie, Kolleginnen und Kollegen, eine Reform, wenn die Wirkungen der letzten noch nicht einmal bekannt sind?

Die Bundesregierung bestreitet natürlich, dass die Instrumentenreform als Feigenblatt für die Kürzungen erhalten muss. Aber sie hat zuerst die Einsparsumme festgelegt und dann – ein Jahr später – ihre Vorschläge unterbreitet. Selbstverständlich gibt es hier den Zusammenhang zum Sparpaket der Bundesregierung von 2010.

Die Bundesregierung kürzt, und dies überproportional im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Und nun will sie ja auch noch reichlich Geld beschaffen für den Steuersenkungsrettungsschirm, unter den die FDP ja schlüpfen kann, und das Geld holt man sich dann von denen, die keine Lobby haben und die sich auch nicht wehren können.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung kürzt deutlich mehr, als Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Das müssen wir hier festhalten. Außerdem muss doch jedem vernunftbegabten Menschen einleuchten, dass angesichts verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit und zunehmend schwieriger Vermittelbarkeit die Aufwendungen für jeden Einzelnen und für jede Einzelne auch höher sind. Glaubt man den Evaluierungsberichten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – und davon gehe ich aus, schließlich ist es ja eine Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit –, ist keine der Instrumentengruppen tatsächlich überflüssig. Für bestimmte Personengruppen erhöhen sie die Vermittlungschancen. Die Wissenschaftler kritisieren ganz klar die Zielgenauigkeit der Arbeitsmarktmaßnahmen. Das entspricht genau dem, was meine Fraktion fordert: Maßnahmen müssen am Bedarf der Erwerbslosen ausgerichtet werden. Nur dann sind nachhaltige Wirkungen zu erreichen, nur dann erhält die Überschrift vom Fordern und Fördern einen Sinn.

Aber die Bundesregierung bleibt in der Tradition der vorhergehenden sogenannten Arbeitsmarktreformen.

(Jochen Schulte, SPD: Jetzt aber ganz vorsichtig, Regine!)

Die Rechtsansprüche von Erwerbslosen werden abgebaut. So soll der Gründungszuschuss für Arbeitslosengeld-I-Empfänger zur Förderung der Selbstständigkeit nur noch eine freiwillige Leistung sein. Auf die ohnehin gekürzten Leistungen besteht kein Anspruch mehr. Die Bundesarbeitsministerin begründet dies mit angeblichen Mitnahmeeffekten in Höhe von 75 Prozent. Statt mit den Mitteln der aktiven Arbeitsmarktpolitik gute Arbeit zu fördern, reißt die Bundesregierung die letzten Mindeststandards für eine ordentliche Bezahlung ein.

So soll bei dem Instrument „Beschäftigungszuschuss SGB II“, ich nenne nur das Stichwort „Paragraf 16e“, die Förderung von Arbeitgebern nicht mehr davon abhängig sein, ob nach Tarif bezahlt wird. Das lassen Sie sich doch mal auf der Zunge zergehen! Zudem ist das Instrument nicht mehr auf Erwerbslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen ausgerichtet. Damit wird einer weiteren Ausbreitung von Billigbeschäftigung Tür und Tor geöffnet, nämlich genau das, was wir hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht wollen, tritt dann ein: Die Bundesregierung finanziert lieber Arbeitslosigkeit statt Arbeit.

Instrumente wie ABM, aktuell noch in Restauswirkung im SGB III, und die Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante werden gestrichen. Dies wären die letzten Instrumente, die man unserer Meinung nach ansatzweise für öffentlich geförderte Beschäftigung zu guten Bedingungen nutzen könnte. Übrig bleiben dann wirklich nur noch einige Ein-Euro-Jobs. Und wie es damit bestellt ist, wissen Sie ja selbst alle vor Ort. Das Gesetz bestimmt, dass Arbeitgeber komplett aus der Verantwortung für die Folgekosten von Arbeitslosigkeit entlassen werden. Ursprünglich waren Arbeitgeber verpflichtet, der Bundesagentur für Arbeit bei Entlassung langwierig beschäf-

tigter älterer Arbeitnehmer unter bestimmten Voraussetzungen für zwei bis drei Jahre das Arbeitslosengeld einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge zu erstatten. Die Folgekosten werden vollständig auf die Allgemeinheit abgewälzt, das heißt auf die Beitrags- und Steuerzahler, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bei der Arbeitsvermittlung verzichtet die Bundesregierung auf jegliche Anforderungen an deren Qualität. Die gesetzliche Anforderung, schnell und vorrangig in Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, mag sich gut anhören, aber statt die Beschäftigungsaussichten von Erwerbslosen mit bestimmten Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nachhaltig zu stärken, wird hier auf die schnelle Vermittlung, zur Not auch in befristete oder andere prekäre Beschäftigung gesetzt. Mit dem Resultat, dass diese Menschen wenige Monate später wieder ins Heer der Arbeitslosen zurückkehren oder sich zurückmelden müssen oder in Billigjobs dauerhaft mit ergänzendem Hartz-IV-Bezug arbeiten müssen, also von ihrer Arbeit allein nicht leben können.

DIE LINKE bleibt dabei: Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik führen nicht zur besseren Vermittlung. Gute und nachhaltige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen ausreichend finanziert werden. Nur so lässt sich die verfestigte Arbeitslosigkeit bekämpfen. Und das wollen Sie doch schließlich auch. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Jochen Schulte, SPD: Das hat jetzt aber lange gedauert.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Lück.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel.

Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist so, dass man vom ersten Eindruck her immer mal Anträge der LINKEN als durchaus sympathisch ansieht, aber wenn man dann näher hinschaut, dann verliert sich zumindest meine Sympathie.

Ich will versuchen, zunächst einmal bei der Bewertung Ihres Antrages auf die Zielstellung einzugehen, wobei ich gleich sagen will – ich komme darauf zum Schluss dann noch mal zurück –, nach meiner Auffassung ist der Antrag, den Sie schreiben, den Sie stellen, in keinsten Weise eine Neuausrichtung von Arbeitsmarktpolitik, es ist einfach eine Rolle rückwärts.

(Michael Roof, FDP: Genau.)

Also ich meine, das ist wirklich eines der einfachsten Dinge für eine Opposition zu sagen: Das finden wir nicht richtig. Geld wollen wir auch nicht sparen, Rolle zurück. Das ist alles besser. Gut, man kann das ja so machen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Aufgabe der Opposition ist es ja wohl nicht, Geld zu sparen.)

Ich glaube nur, irgendwann werden die Menschen das merken. Irgendwann werden die Menschen das merken.

Also lassen Sie mich zu den Zielen kommen. Worum gehts? Ein zentraler Punkt im Gesetzentwurf zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt ist eben, dass man durch mehr dezentrale Entscheidungsmöglichkeiten den Erfordernissen vor Ort besser gerecht werden kann. Ich finde, das ist eine sehr richtige Erkenntnis. Ich erlebe sehr oft, dass wir Beschwerden haben, wo Entscheidungen bei ARGEN, bei der Agentur für Arbeit getroffen werden, die entspringen zentralen Richtlinien, die besser vielleicht nicht getroffen würden.

(Michael Roof, FDP: Richtig.)

Und ich halte es wirklich für besser, wenn wir dort mehr Flexibilität bekommen durch Erhöhung der Entscheidungskompetenzen. Gerade bei den einzelnen Fachvermittlern soll eben den sehr unterschiedlichen persönlichen Voraussetzungen der Ausbildungs- und Arbeitsuchenden in Zukunft besser entsprochen werden. Ich halte das für richtig, weil ich meine, die Vermittler kennen die Personen besser. Sie haben tagtäglich mit ihnen zu tun.

Und positiv ist nach meiner Auffassung auch, dass der bereits mit der Einführung des Vermittlungsbudgets eingeschlagene Weg der Zusammenfassung mehrerer Instrumente durchaus fortgesetzt wird. Das ist eine alte Klage, dass man dort zu viele Instrumente nebeneinander hat und diese zusammenfassen sollte. Das ist von den Ländern, ich glaube, ziemlich übereinstimmend gefordert worden.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Mit der Einführung des Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins erfolgt eine sinnvolle Erweiterung der Möglichkeiten der individuellen bedarfsgerechten Unterstützung über den bisherigen reinen Vermittlungsgutschein. Das SGB III, also das Recht der Arbeitsförderung, bleibt weiterhin das Referenzgesetz für die Eingliederungsleistungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Das bedeutet, alle Änderungen bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten im Recht der Arbeitsförderung gelten grundsätzlich auch im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Diesen ganzheitlichen Ansatz der rechtskreisübergreifenden Arbeitsmarktpolitik will ich ausdrücklich unterstützen, weil damit eben die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beachtet wird – der Aufbau von Beschäftigung und der Abbau von Arbeitslosigkeit.

Der aktuell vorliegende Gesetzentwurf ist Teil der Umsetzung des im Juni 2010 von der Bundesregierung beschlossenen Zukunftspaktes. Sie haben das erwähnt. Sie wissen, dass infolge der größten Wirtschafts- und Finanzkrise eine Haushaltskonsolidierung dringend nach wie vor notwendig ist. Eckpunkte dieses Pakets waren auch Maßnahmen der Arbeitsvermittlung. Oberstes Ziel soll es aber nach wie vor sein – und das zu unterstellen, finde ich, ehrlich gesagt, einfach zu schlecht, um es mal ganz deutlich zu sagen –, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, Jobvermittlern mehr Entscheidungsspielraum zu geben, um Arbeitslose mit passenden Fördermaßnahmen dann wieder in Arbeit zu vermitteln.

Es macht Sinn, sogenannte Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umzuwandeln. Hier tritt also dann kein gesetzlicher Automatismus mehr ein. Es wird im Einzelfall geprüft, was zur Aufnahme von beruflicher Tätigkeit tatsächlich notwendig ist. Dabei können Sie nicht immer vermeiden, dass dann auch Fehlentscheidungen getroffen werden. Das wird im Leben immer wieder so

sein. Trotzdem halte ich diese größere Flexibilisierung für möglich.

Und, meine Damen und Herren, in der Tat war es so, dass die Inanspruchnahme der Instrumente beobachtet werden muss, und den Gründungszuschuss kann man tatsächlich von zwei Seiten sehen. Auch das kann ich Ihnen dokumentieren. Da gibt es sehr verschiedene Aussagen diesbezüglich.

Die Fraktion DIE LINKE fordert in ihrem Antrag die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die beschlossenen Kürzungen zurückgenommen werden, der Etat der BA nicht weiter belastet wird. Dazu muss man natürlich sagen, dass der Haushalt der Bundesagentur für Arbeit im laufenden Jahr weniger Mittel für den Qualifizierungsbereich eingestellt hat. Im Vergleich zur Planung des Vorjahres wird aber natürlich auch die Entwicklung der Arbeitslosen dabei berücksichtigt.

Und jetzt will ich Ihnen die Zahlen doch noch einmal nennen. Sie kennen sie, davon gehe ich aus. Damit Sie die Entwicklung noch mal sehen, gleiche Zahl, gleiche Zählweise, damit mir keiner sagt, da ist anders gezählt worden: Juni 2011 jetzt 101.500, Juni 2005 ungefähr 175.000 und im Übrigen, das will ich an dieser Stelle auch noch mal sagen, heute mit einer Zahl von 12.500 arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen weniger. Also die oftmals kritisierten Ein-Euro-Jobs und Qualifizierungsmaßnahmen sind reduziert minus 12.000 und trotzdem dieser deutliche Rückgang. Ich finde, das muss man auch akzeptieren. Darüber können wir uns grundsätzlich freuen. Ich glaube, das tun wir auch. Und dabei dürfen wir trotzdem nicht die Spezifik dieses Themas unterschätzen.

(Udo Pastörs, NPD:

Das zweithöchste Ergebnis der ganzen Bundesrepublik Deutschland, 5,9 Prozent.)

Für weniger Arbeitslose also braucht man am Ende auch weniger Geld. Das ist der Haushaltsansatz.

Sie fordern in Ihrem Antrag, die Förderung Erwerbsloser an deren individuellem Bedarf auszurichten und ohne Zwang zu gestalten. Ja, das ist eine hehre Forderung, aber dazu muss man natürlich betonen, dass grundsätzlich die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Prinzip des Förderns und Forderns erfolgt. Hierbei finden die individuellen Bedarfe auch gerade bei der Förderung des Einzelnen Berücksichtigung. Gleichzeitig haben aber erwerbsfähige Leistungsberechtigte auch alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit natürlich auszuschöpfen und dieses mit Nachdruck zu fordern, notfalls dann im Einzelfall mit Sanktionen zu belegen. Ich glaube, das ist richtig. Wer Leistungen der Grundsicherung erhält und damit ja Mittel der Steuerzahler, muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, seine Hilfebedürftigkeit zu beenden.

Mit dieser Forderung, dass die Vermittlung in Niedriglohnbereiche und in Stellen, die nicht der Qualifikation des Erwerbslosen entsprechen, ausgeschlossen sein soll, meine Damen und Herren, das ist nun wirklich ein Thema der Vergangenheit. Das sollten wir endlich mal beendet haben.

Die Diskussion der vergangenen Tage wurde bestimmt vom Fachkräftemangel

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, ja.)

und wird ja nach wie vor auch zukünftig noch mehr bestimmt werden vom Fachkräftemangel und dem

Anstieg der Zahl der offenen Stellen. Typisches Beispiel: Hier drüben können Sie sehen, da werden in den Vorgärten inzwischen Schilder aufgebaut, dass man in dem Fall sehr qualifizierte Leute sucht. Glauben Sie wirklich, dass ein Jobcenter oder eine Arbeitsagentur eine gut geeignete Fachkraft auf eine Hilfstätigkeit vermittelt, wenn eine der Qualifikation entsprechende Stelle zur Verfügung steht?

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Und wenn dies nicht so ist, dann halte ich es immer noch für besser zu arbeiten, als nicht zu arbeiten. Das bleibt für mich der bessere Weg.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Sie fordern, dass die Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber nur bewilligt werden, wenn nicht untertariflich beziehungsweise unterhalb des einzuführenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde entlohnt wird. Ich finde, auch das ist ja ein Thema, was Sie natürlich penetrant immer wieder bringen. Die Argumentation bleibt dieselbe. Ich sehe nicht, dass uns ein solcher Mindestlohn für Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich helfen würde. Gehen Sie mal hin zum Frisör und sagen Sie mal, dort müssen jetzt ab heute 10 Euro pro Stunde entlohnt werden. Da bin ich mal gespannt. Selbst die Gewerkschaft hat diese Forderung nicht erhoben. An dieser Stelle will ich mir das aber jetzt schenken. Ich will grundsätzlich sagen: Lohnkostenzuschüsse orientieren sich am tariflichen oder, wenn der Arbeitgeber nicht tarifgebunden ist, am ortsüblichen Entgelt. Auch da sage ich wieder, es ist besser zu arbeiten, als nicht zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, die Forderung der Fraktion DIE LINKE, dass die öffentlich geförderte Aus- und Weiterbildung von Erwerbslosen gestärkt wird, ist in dem Antrag formuliert. Dazu will ich sagen, dass die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um Arbeitslosen, deren berufliche Eingliederung an mangelnder Qualifikation scheitert, durch entsprechende Anpassungs- und Fortbildungsmaßnahmen dort eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen.

Das ist natürlich im Interesse der Versichertengemeinschaft der Steuerzahler und wenn hier etwas falsch läuft, auch solche Beispiele kenne ich, muss man den Dingen nachgehen, dann muss man darüber reden. Aber man muss natürlich auch hier sagen, es geht nicht, dass ein Prinzip „Wünsch dir was“ eingeführt wird. Auch das kenne ich aus den vielen Schreiben, die wir diesbezüglich erhalten.

Zum Schluss wollte DIE LINKE, dass die öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnisse voll sozialversicherungspflichtig sein müssen, einschließlich der AV der Freiwilligkeit unterliegen und nicht unter 10 Euro pro Stunde entlohnt werden. Den Betroffenen muss damit der Ausstieg aus dem Hartz-IV-System ermöglicht werden. Ich will sagen, dass mit gutem Grund öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse seit vielen Jahren nicht versicherungspflichtig zur Arbeitslosenversicherung sind. Dieses sollen die in der Vergangenheit praktizierten Drehtüreffekte zwischen Arbeitslosengeld und früherer Sozialhilfe ALG I und ALG II vermeiden, das wissen Sie.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Deshalb muss man es auch ändern.)

Meine Damen und Herren, Fazit: Dieser Antrag ist nicht ernst gemeint. Das Thema ist ernst, aber Sie versuchen einfach, hier eine Rolle rückwärts zu machen. Sie hätten mehr konkrete Überlegungen anstellen müssen. Ich habe das schon einmal gesagt, wie wir besser umgehen können mit den circa 20.000 Menschen, wo in der Tat die Problematik steht, dass sie kaum Chancen, vielleicht gar keine Chancen haben auf dem ersten Arbeitsmarkt,

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

aber das kann nicht ein nach oben gehaltener öffentlicher Beschäftigungssektor sein. Wir kommen nachher noch zu einem Punkt mit der Bürgerarbeit.

Lassen Sie uns darüber nachdenken, wie man Bürgerarbeit gangbarer machen kann. Wie kann man das vielleicht etwas entbürokratisieren? Dabei bleibt das Thema immer wieder, dass man sie nicht in Konkurrenz stellen darf zur Arbeit auf dem ganz normalen ersten Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, und das, finde ich, gehört auch zur Ehrlichkeit, dass natürlich diese Einsparungen – darüber ist kein Geheimnis gemacht worden – eine Kompensation sind für die Übernahme der Grundversicherung im Alter durch die Bundesregierung. Das ist nie ein Geheimnis gewesen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Jawohl, das wissen wir auch.)

Das war ein großer Kompromiss.

Gut, dann ist es eben so, jedenfalls die SPD, die CDU halten das für richtig.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das halten wir aber für falsch.)

Diesen Kompromiss tragen die großen Parteien und ich glaube, dass das auch vernünftig ist.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wenn wir feststellen, dass das im Land nachkorrigiert werden muss, dann seien Sie ganz sicher, dann tun wir das, dann bemühen wir uns darum. Ich bin gegenwärtig dabei zu sehen, wie können wir den Abstieg bei den Qualifizierungen, bei den Maßnahmen der Arbeitsgelegenheiten etwas abfedern in drei Kreisen, in Mecklenburg-Strelitz, in Uecker-Randow, in Demmin. In der Tat ist die Kurve dort recht steil. Diese drei Kreise haben weniger Möglichkeiten im Hinblick auf Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Aber, meine Damen und Herren, das löst man nicht mit einem Antrag nach Rollback.

Zum Schluss will ich Ihnen noch einmal sagen, weil mich das auch geärgert hat gerade bei dem vorhergehenden Punkt, das ist so diese Art und Weise der Oppositionsarbeit. Da wird gesagt, ein Zusatzantrag „Energie“ wurde eingebracht, gestern hat DIE LINKE im Bundestag gegen den Atomkompromiss gestimmt, gestern ist man dagegen und hier heute fordert man uns auf, die Energie-wende zu beachten. Dass ich nicht lachen kann!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Regine Lück, DIE LINKE:
Sprechen Sie mal zum Thema!)

So einen Unsinn habe ich selten erlebt.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Weil es eben nicht schnell genug geht, weil es nicht schnell genug geht.)

Insofern danke ich für die Aufmerksamkeit, aber dieser Antrag hilft uns leider nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte. Bitte, Herr Abgeordneter.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde definitiv keine 40 Minuten heute Morgen reden.

(Michael Roof, FDP: Schade. – Torsten Koplín, DIE LINKE: Aber Sie könnten. – Helmut Holter, DIE LINKE: Ich würde sogar zuhören.)

Auch da bin ich mir relativ sicher, Herr Holter.

Aber lassen Sie mich auf den Antrag kommen und die Frage, Arbeitsmarktpolitik neu auszurichten.

Sie wissen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass es – ich will es mal eine Bandbreite von unterschiedlichen Auffassungen nennen, die die Parteien von CDU und SPD und natürlich auch die Koalitionspartner hier in diesem Land zu diesem Thema Arbeitsmarktinstrumente generell haben – natürlich immer wieder schwierig ist, mit einem solchen Antrag, der doch sehr stark ausgerichtet ist auch auf Positionen, die von meiner Bundespartei vertreten werden, umzugehen. Aber lassen Sie mich trotzdem versuchen, mit diesem Antrag so umzugehen, damit hinterher nicht wieder der Vorwurf kommt von Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, hier wird das alles nur in Bausch und Bogen abgelehnt, weil es ein Antrag einer Oppositionsfraktion ist.

Arbeitsmarktinstrumente – und so habe ich jedenfalls den Inhalt dessen verstanden, auch was Herr Minister Seidel eben gesagt hat – müssen sicherlich die Problemvielfalt, die es in den einzelnen Regionen gibt, abbilden. Herr Minister Seidel, da gebe ich Ihnen durchaus recht, dass Flexibilisierung dann auch der richtige oder ein richtiger Weg sein kann. Aber die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist doch, ob die jetzigen Versuche, die von der schwarz-gelben Bundesregierung gemacht werden, zu flexibilisieren, dann tatsächlich der richtige Weg sind.

Die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, so, wie sie uns jetzt dargestellt worden sind in den letzten Wochen und Monaten, soll 2012 in Kraft treten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung verspricht sich dadurch eine effektivere und effizientere Arbeitsmarktpolitik. Sie will dieses, und darauf hat Minister Seidel eben auch noch mal abgestellt, dadurch erreichen, dass die Frage der Entscheidungsfreiheit oder die Möglichkeit der Entscheidungsfreiheit vor Ort erhöht wird.

Die Entscheidungsfreiheit vor Ort ist sicherlich dann auch ein Weg, der zur Problemlösung führen kann. Nur die Frage, die sich in dem Zusammenhang stellt, ist doch auch, wenn man Ermessen einräumt, dann muss man auch – und das gilt ebenfalls für die finanziellen Spielräume – die entsprechenden Ermessensspielräume einräumen, die dann tatsächlich die Ermessensausübung erst ermöglichen.

Wenn man sich dann die vorliegende Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente anschaut, dann muss man auch bereit sein zu sehen, ob das tatsächlich unter den derzeitigen Gesichtspunkten der richtige Weg ist. Mehr als eine Entscheidungsfreiheit bedeutet nämlich momentan, dass die Rechtsansprüche der Arbeitssuchenden auf bestimmte Leistungen der Arbeitsmarktpolitik, zum Beispiel Existenzgründerzuschuss durch die Umwandlung von Pflicht in Ermessensleistung, tatsächlich eingeschränkt werden.

Gleichzeitig, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wird die finanzielle Basis der Bundesagentur für Arbeit dadurch durchlöchert, dass bestimmte Förderleistungen, die dann im Ermessen stehen, mangels Geld schlicht und ergreifend nicht mehr gewährt werden können. Wenn man das sieht, wo denn eigentlich gekürzt worden ist, wo die jährlichen Einsparbeträge dann umgesetzt werden sollen, und da hat man tatsächlich manchmal den Eindruck, dass die Arbeitsmarktpolitik weniger von Frau von der Leyen gemacht worden ist, sondern mehr von Herrn Minister Schäuble, dann kann man nur feststellen, dass zum Beispiel durch die Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen jährlich ein Betrag gekürzt oder eingespart werden soll, der einen Betrag ab dem Jahr 2014 zum Beispiel von 15 Milliarden Euro erreicht.

Im Bundeshaushalt 2011 werden dann schon im Bereich für die aktive Arbeitsmarktpolitik, im Bereich Eingliederungsleistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II die bereitgestellten Gelder drastisch zusammengestrichen, nämlich um 1,3 Milliarden Euro für den Zeitraum oder im Unterschied von 2010 auf 2011 von 6,6 auf 5,3 Milliarden. Es gibt noch weitere Beispiele.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das vielleicht nur einmal als Hintergrund, dass man bei allen berechtigten Diskussionen darüber, wie man auch in einer sich verändernden Umwelt, auch in einer sich verändernden arbeitsmarktpolitischen Umwelt natürlich darüber nachdenken muss, welche Maßnahmen wie möglicherweise neu gestaltet werden können. Aber es kann nicht im Grunde allein die Überlegung sein, dass aus haushalterischen Gesichtspunkten dann Arbeitsmarktpolitik reduziert wird.

Für uns als SPD ist eines wichtig, und ich glaube, das ist auch die Kernaussage, die man in diesem Zusammenhang treffen muss: Arbeitsmarktpolitik kann oder muss darauf ausgerichtet sein, dass sie trotz aller Schwierigkeiten natürlich als Erstes – und da sind wir dann, glaube ich, im Konsens – ausgerichtet sein muss auf eine Vollbeschäftigung für die Menschen in unserem Land. Aber damit verbunden, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, muss auch das Ziel sein, dass wir eine Spaltung des Arbeitsmarktes in diejenigen, die langzeitarbeitslos sind und die wir vielleicht trotz aller Bemühungen sowohl der Bundesagentur als auch von allen anderen Beteiligten und insbesondere natürlich auch der Arbeitssuchenden nicht wieder in den ersten Arbeitsmarkt eingliedern können, und andererseits tatsächlich fehlende Fachkräfte hier vermeiden müssen. Wir dürfen keine Spaltung des Arbeitsmarktes hinnehmen.

Vor diesem Hintergrund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bleibt meine Partei, bleibt meine Fraktion der Auffassung, dass wir uns für den Bereich – und vielleicht sind wir tatsächlich gar nicht so weit auseinander, Sie haben ja selbst die Zahl noch genannt, die wir möglicherweise mit allen Anstrengungen tatsächlich auch

nicht in Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt bringen können – natürlich dann ernsthaft überlegen müssen, dass wir den Arbeitsuchenden eine dauerhafte Perspektive geben. Es kann nicht angehen, dass wir sie immer wieder nur von einer Maßnahme in die andere schieben, um dann irgendwann mal das Renteneintrittsalter zu erreichen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, bei allem Respekt vor Ihrem Antrag und bei allem Respekt vor der Zielsetzung Ihres Antrages, das, was Sie hier vorgeschlagen haben, da bin ich mir nun ehrlich nicht sicher, ob diese Mittel, wenn man sie nur in diesen Punkten so sieht, tatsächlich geeignet sind, auch dieses Ziel, das wir uns stellen, zu erreichen. Ich habe das gestern auch noch mal gegenüber einem Journalisten geäußert: Das vordringliche Problem, das wir in unserem Land haben, ist tatsächlich die Chance und das Potenzial, was wir bei denjenigen auch heute noch haben, die Arbeit suchen, so zu heben, dass wir sie tatsächlich in den ersten Arbeitsmarkt bringen können. Das muss das vorrangige Ziel sein und deswegen müssen unsere Anstrengungen zunächst darauf ausgerichtet sein.

Was Ihren konkreten Antrag, insbesondere den Punkt 2 betrifft, Sie wissen ganz genau, dass Sie bei einer Landesregierung, die gerade was das Thema Arbeitsmarktpolitik angeht, nun doch unterschiedliche Auffassungen bei den Koalitionspartnern hat, einen solchen Antrag hier nicht beschlossen bekommen durch die Koalitionsfraktionen. Ich meine, so dumm ist auch die Fraktion DIE LINKE nicht. Das war jetzt nicht böse gemeint, Herr Professor Tack.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich meine, das muss ja jedem klar sein. Aber auf der anderen Seite wissen Sie auch ganz genau – und ich kann mir durchaus vorstellen, dass der Kollege Holter gleich noch zu dem Thema reden wird und das dann noch einmal aufgreift –, dass gerade vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Positionen natürlich der Ministerpräsident dieses Landes vielleicht an der einen oder anderen Stelle oder die Partei der SPD in diesem Land Einfluss nehmen kann über die jeweiligen Gremien.

Wir werden uns natürlich dafür einsetzen, dass eine entsprechende Arbeitsmarktpolitik, die darauf ausgerichtet ist, wie ich es eben geschildert habe, gerade eine Spaltung auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern, von uns unterstützt wird. Deswegen werden wir an dieser Stelle, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Ihren Antrag heute hier ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Schulte.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende Herr Roof. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Michael Roof, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten und nachhaltig finanzieren – ich denke, wir sind uns alle einig, dass wir unsere Arbeitsmarktpolitik unter das Motto „Fördern und fordern“ setzen sollten.

Wenn wir uns darüber einig sind, dass das unser Ziel ist, dann sind wir uns auch darüber einig, dass die Probleme derjenigen, die gern in den Arbeitsmarkt integriert und eingeführt werden wollen, immer individueller werden, immer einzelner auch auf die Biografien und auf die Lebensweise zu fokussieren sind, dass die Antworten, die wir haben müssen, auch immer individueller sein müssen und dass die Schablonen immer schlechter passen, sondern wir individuelle passgenaue Arbeitsmarktprogramme haben wollen.

Das, was Sie hier aber mit Ihrem Antrag machen, führt uns zu dem Ziel nicht hin, weil es ist auf der einen Seite – und das hat Frau Lück in ihrem Vortrag noch einmal gezeigt – eine Unterstellung in Richtung Arbeitgeber und auf der anderen Seite sind es Forderungen, die bei der Arbeitsmarktförderung völlig wirr und überhaupt nicht nachvollziehbar sind.

Ich will einfach mal beginnen bei den Forderungen, die Sie stellen, also bei Ihrem Punkt 2, dass Sie sagen, die Vermittlung in Niedriglohnbereiche ist auszuschließen. Wenn der Kollege Holter nachher noch spricht oder Frau Lück, dann sagen Sie mir bitte einmal genau, wann ist eigentlich ein Lohn im Niedriglohnbereich, ist er nach Ideologie bei 10 Euro, ist er bei 9,99 Euro ein Niedriglohn, wann ist ein Niedriglohn ein Niedriglohn, dass wir das vielleicht alle mal gemeinsam verstehen.

(Udo Pastörs, NPD: Schauen Sie
mal auf die Lebenshaltungskosten!
Dann lassen Sie sich mal was einfallen!)

Und dann sind Sie bei der Thematik Ihres zweiten inhaltlichen Ansatzes, dass Sie sagen, wir nehmen eine Grenze von 10 Euro. Also meine Definition heißt, 9,99 Euro ist bei Ihnen ein Niedriglohn.

(Regine Lück, DIE LINKE: Aber nicht unsere.)

Dann sagen Sie, bei allen denjenigen, die unter 10 Euro sind, sollen keine Zuschüsse gezahlt werden und da soll nicht aktiv begleitet werden. Das heißt, das ist Ihr Ansatz, Ihr politischer Ansatz zu sagen, alle Tarifverträge, alle Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind im Prinzip im Niedriglohnbereich, die sich unter 9,99 Euro befinden, und die sind für Sie nicht akzeptabel.

Das, was Sie weiterhin dann aber auch sagen – und das hat Frau Lück gesagt, jetzt ist sie leider nicht mehr da, ach doch, da hinten ist sie –, bedrückt mich ein wenig, indem Sie hier das Bild malen und sagen, Arbeitgeber würden sich aus der Verantwortung flüchten, was die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung angeht.

(Hans Kreher, FDP: Ja.)

Meinem Erkenntnisstand nach ist die Arbeitslosenversicherung immer noch paritätisch in der Finanzierung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, mir wäre es am allerliebsten, wenn die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern alles, aber auch alles auszahlen, was sie als Bruttolohn bekommen, also auch den Arbeitgeberanteil, damit die Arbeitnehmer endlich am Ende des Tages noch einmal sehen,

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Alles
Theorie, die in die Hose gegangen ist. –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

wie viele Beiträge an das Sozialsystem abgeführt werden, denn es ist immer eine Zahl, die nicht greifbar ist, die nicht zu sehen ist.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Ja, ja.)

Deshalb ist mein Wunsch, dass man das den Arbeitnehmern auszahlt, dann wissen sie genau, welcher Beitrag geleistet wird.

Dann ist da dieses Bild in Richtung M-V, Frau Lück, das tut mir natürlich als Vertreter des Handwerks besonders weh. Ich glaube, Herr Minister Seidel hat in den letzten zwei Jahren keine Debatte hier ausgenommen, in der er nicht darauf hingewiesen hat, dass gerade diejenigen, die das Rückgrat in Mecklenburg-Vorpommern bilden, nämlich die Handwerksunternehmen hier in diesem Land, es in den letzten zwei Jahren nicht gemacht haben, ihre Arbeitnehmer nicht auf die Straße gesetzt haben. Gerade dort ist der Beschäftigungsgrad so hoch geblieben in den letzten zwei Jahren. Das hätte ich mir auch von Ihnen mal gewünscht, eine Anerkennung der Arbeitgeber hier in Mecklenburg-Vorpommern. Das, was Sie machen, ist eine Vorverurteilung, und das bringt uns im Ergebnis nicht weiter.

Dann bin ich bei der Feststellung bei Ihrem Punkt 1.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist eine Vorverurteilung?)

Das ist eine Feststellung, keine Unterstellung.

Wenn Sie hier in Ihrem vierten Spiegelstrich von ungerechtfertigten Subventionierungen sprechen,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

dann sollten Sie bitte auch eine ungerechtfertigte Subventionierung mit Ort und Datum nennen, denn ungerechtfertigte Subventionierungen will kein Demokrat.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Aber hier zu unterstellen, dass es gang und gäbe sei, auf Arbeitgeberseite ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Roof, kommen Sie bitte zum Schluss.

Michael Roof, FDP: Ungerechtfertigte Subventionierungen sind unredlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Roof.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Rühs. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Günter Rühs, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen, im Namen der CDU-Fraktion kann ich erklären, dass wir den Antrag ablehnen werden.

Im Rahmen der Diskussion haben wir nun schon viel zu den einzelnen Punkten und Forderungen Ihres Antrages gehört. Der Wirtschaftsminister hat ausführlich und schlüssig dargelegt, warum die einzelnen von Ihnen aufgemachten Forderungen keinen Sinn machen. Dem darf ich mich hier vollumfänglich anschließen. Aber nicht nur wegen der einzelnen aufgezählten Maßnahmen, die Ihr Antrag zu Unrecht fordert, können wir ihm nicht zustimmen, auch die grundsätzliche Richtung des Antrages kann man nicht gutheißen.

Es wurde im Einzelnen schon dargelegt, warum die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen jeweils einen Schritt zurück und keine Neuausrichtung in der Arbeitsmarkt-

politik darstellen. Was ich aber insbesondere vermisse, ist die Erkenntnis, dass es bundesweit eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt gibt. So haben wir es nicht nur geschafft, ohne eine Zunahme der Arbeitslosigkeit durch die Wirtschafts- und Finanzkrise zu kommen, darüber hinaus gibt es einen deutlichen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

Wie schon mehrfach dargestellt gilt das auch für Mecklenburg-Vorpommern. Auch hier sei nochmals darauf verwiesen, dass wir 2006 einen Zuwachs von über 26.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen haben. Auf Bundesebene lässt sich dieser Trend in den letzten Monaten sogar noch stärker beobachten. Diese Zahlen sprechen doch eine eigene Sprache. Wenn sich aber die Ausgangsbedingungen verändern, muss natürlich auf die neue Lage auch reagiert werden.

Ein „Weiter so“ oder, wie von Ihnen gefordert, sogar ein Zurückdrehen der Maßnahmen ist dann nicht gerechtfertigt. Insofern ist die Anpassung der Fördermaßnahmen an die geänderte Lage auch völlig richtig. Die Umwandlung von Pflicht- zur Ermessensleistung macht gerade in dieser Situation Sinn. Auch dass in bestimmten Bereichen weniger Mittel notwendig sind, ist vor dem Hintergrund der Entwicklung des Arbeitsmarktes völlig klar. Weniger Arbeitslose bedeuten auch weniger Geld für Qualifizierungsmaßnahmen und andere Eingliederungsmittel.

Zu den anderen Forderungen in Ihrem Antrag gehört natürlich die vorgetragene Forderung nach dem Mindestlohn. Der ist aber in der Form mit uns nach wie vor nicht zu machen.

(Udo Pastörs, NPD: Na,
der wird schon kommen.)

Letztendlich gehört zu dem auf Bundesebene verabschiedeten Paket aber auch ein Bereich, der in Ihrem Antrag nicht hervorgehoben wird. Die Flexibilisierung der Möglichkeiten von Fachvermittlern und das Heruntergeben von Entscheidungsbefugnissen auf die untere Ebene sind doch richtige und wichtige Ansätze. Auch die Zusammenfassung mehrerer Instrumente macht für die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt Sinn. Das Gleiche gilt für die Einführung des Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins. Auch diese innovativen Maßnahmen gehören zu dem Paket der Bundesregierung. Sie sind richtige Schritte auf dem Weg zur Eingliederung von mehr und mehr Menschen in den ersten Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren, wir stehen voll hinter dem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt. Deswegen und aufgrund der aufgezeigten Mängel der einzelnen Forderungen Ihres Antrages werden wir ihn ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Rühs.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE unterteilt wieder einmal ihren Antragstext in einer wachsweißen Entschuldigungsformulierung in Punkt 1 zu Beginn, gefolgt von

einem Katalog an unrealistischen Forderungen an die Bundesregierung unter Punkt 2 und bereits beim ersten Durchblättern merkt man, dass demnächst in Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen anstehen.

Im ersten Punkt soll der Landtag feststellen, dass die Bundesregierung ein Mittelkürzungsprogramm bei den Arbeitsmarktintegrationsmaßnahmen auferlegt hat. Im zweiten Punkt soll die Landesregierung auf Bundesebene aktiv werden, um die drohenden Mittelkürzungen einzustellen, Niedriglohnangebote seitens der Bundesagentur für Arbeit verboten und unter anderem nur Arbeitgeber gefördert werden, die einen Mindestlohn von 10 Euro brutto die Stunde anbieten. Für öffentliche Arbeitgeber ist dieser Mindestlohn verpflichtend.

Die Kritik der NPD: Die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist in der Tat eine Sparpolitik von Frau von der Leyen. Doch ob sie schädlich für den Arbeitsmarkt ist, setzt voraus, dass die bisherigen Methoden erfolgversprechend waren. Auch ohne eine drastische Kürzung der Eingliederungshilfen wäre nämlich die bisherige Arbeitsmarktpolitik zumindest kritisch zu hinterfragen.

Bei Vorabbetrachtung der einzelnen Punkte ist es durchaus richtig, dass die Instrumente für Erwerbslose kaum dem Ziel dienen, ihnen den Weg in Lohn und Brot zu ebnen. Auffällig ist aber, dass gemäß den Forderungen der LINKEN die öffentlich geförderte Beschäftigung weniger eine nachhaltige Sicherung von Erwerbstätigkeit zum Ziel hat, sondern eher eine Koste-es-was-es-wolle-Mentalität innehat. Es bringt nichts, Arbeitsuchende in ein Erwerbsleben zu drücken, das nur von kurzer Dauer ist. Vielmehr müssen Rahmenbedingungen für einen gesunden Arbeitsmarkt geschaffen werden, wobei die Agentur für Arbeit viel mehr als Armutsverwalterin denn als Arbeitsvermittler fungiert.

Vom nationalen Standpunkt aus steht im allgemeinen Mittelpunkt des Wirtschaftsdenkens und der Arbeitsmarktpolitik der soziale Arbeitsbegriff. Im Gegensatz zu den Forderungen der LINKEN sollen insbesondere Möglichkeiten zur Förderung privater, aber auch öffentlicher Arbeitgeber genutzt werden, um einen wahrhaften Arbeitsfrieden herzustellen, damit der Betrieb endlich als Leistungsgemeinschaft vom Arbeitgeber wie vom Arbeitnehmer verstanden werden kann. Der eine bedingt unwiderruflich die ökonomische Zukunft des anderen. Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bleiben nämlich auch dann unmöglich, wenn Mittel hierzu im Überfluss vorhanden wären.

Ein Blick in die Sparte „Aktuelle Wirtschaftsdaten“ der UN, also der „Unabhängigen Nachrichten“, ein Blatt, was ich Ihnen empfehle einmal zu lesen, bildet ungemein und Sie könnten endlich auch mal Wissen haben, um die Diskrepanz zwischen Erwerbslosen und offenen Stellen zu erkennen. Hinzu kommen die statistischen Manipulationen mit dem enormen Anstieg von Zeit- und Leiharbeitern. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich die Zahl binnen zwölf Jahren von 180.000 auf nunmehr 750.000, manche sprechen sogar von mehr als einer Million.

Deshalb ist es müßig, wie DIE LINKE nach mehr Geld für arbeitspolitische Instrumente zu schreien, um eine erfolglose Politik zu kaschieren, statt die Wurzel, die Grundlage von Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dieses sind alles Zahlen und Fakten, die den linken Ideologien geläufig sein dürften.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Solange die Massenverelendung unseres Volkes nicht an des Übels Wurzel gepackt wird, solange kann die Linkspartei politische Erfolge verzeichnen und mit ihrem bühnenreifen Auftritt als Anwalt der sozial Schwachen bei Wahlen punkten.

An einer echten Änderung bestehender sozialer Missstände arbeiten die Nutznießer von Armut, Überschuldung und Arbeitslosigkeit jedoch nie. Sie werden sich nicht wundern, wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Fraktionsvorsitzende Herr Holter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte hat nicht nur die unterschiedlichen Positionen deutlich gemacht, sondern sie hat eben auch deutlich gemacht, dass einige Vertreterinnen und Vertreter, insbesondere von CDU und FDP, den marktliberalen beziehungsweise marktradikalen Ansätzen folgen. Andere, auch Herrn Schulte darf ich dazuzählen, meinen, es muss eine Intervention des Staates erfolgen, um tatsächlich Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Das ist der substanzielle Unterschied zwischen Herrn Seidel und mir. Wenn er sagt, es ist besser zu arbeiten, als nicht zu arbeiten, dann geht es mir bei diesem Spruch um mehr. Es geht um existenzsichernde Arbeit und es geht darum, heute Armut zu verhindern, auch in Zukunft Armut zu verhindern.

(Regine Lück, DIE LINKE: Es betrifft die Altersarmut, genau.)

Wer heute von Hartz IV lebt beziehungsweise im Niedriglohnbereich zu Hause ist, arbeiten muss, der wird auch als Rentnerin und Rentner dann von einer Armutsrente leben müssen und weiterhin auf Aufstockung angewiesen sein, die Grundsicherung im Alter beantragen zu müssen. Genau das wollen wir nicht. Deswegen geht es um ein Leben in Würde, nicht nur heute, sondern auch in Zukunft.

Wenn Herr Roof, ich will ihm die Frage beantworten,

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

nach der Niedriglohndefinition fragt, dann ist das für mich die Pfändungsgrenze. Alles, was unter der Pfändungsgrenze verdient wird, ist für mich Niedriglohnbereich. Sie können beispielsweise die Definition der Europäischen Union für Armut nehmen. Das ist nicht ganz identisch, aber bewegt sich ungefähr auf einem Niveau.

Meine Damen und Herren, alles hat Ursachen und viele wollen inzwischen die Ursachen nicht mehr hören. Wenn wir uns heute zurückerinnern, dann wurde 2005 Hartz IV eingeführt. Bereits vorher gab es eine immer wieder anhaltende Reformveränderung der Instrumente in der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Bundes. Alle wissen wir, dass es ABM gab, 1998 noch viele Wahlkampf-ABM, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, es gab die Strukturanpassungsmaßnahmen. Mit Hartz IV, und nicht nur mit Hartz IV, sondern mit den Hartz-Reformen generell, wenn Sie sich erinnern, sind viele andere Instrumente eingeführt worden. Aber von denen ist nicht mehr viel übrig geblieben, ob es nun die PersonalServiceAgenturen sind, die Ich-AGs und andere mehr.

Auch jetzt – das ist angekündigt und ist hier zum Ausdruck gekommen – greift die Bundesregierung ganz systematisch ein und stellt weniger Mittel bereit für aktive Arbeitsmarktpolitik, jetzt mal fernab, wer welche Maßnahme wie bewertet. Das wissen wir doch, dass nicht nur in diesem Jahr, sondern auch im nächsten und übernächsten Jahr ganz drastisch die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik des Bundes zurückgefahren werden, dass dadurch kaum noch die Ein-Euro-Jobs ermöglicht werden können, und die Entgeltvariante, die Expertinnen und Experten wissen, worum es dabei geht, kaum noch zur Anwendung kommt, und dass dann wirklich die Frage steht, und die Frage steht auch an den Minister, was mit den Kompetenzzentren, die in der Vergangenheit aufgebaut wurden, tatsächlich werden soll.

(Regine Lück, DIE LINKE: Genau.)

Da werden nämlich zurzeit die Beschäftigungsgesellschaften an die Wand gefahren. Sie stehen vor der Frage, wie sie zukünftig weiter wirtschaften sollen, wenn in diesem Zusammenhang auch noch die Pauschale, die ihnen gezahlt wird pro Teilnehmerin und Teilnehmer an der jeweiligen Maßnahme, drastisch gekürzt wird. Hier muss man meines Erachtens tatsächlich mal Klartext reden. Das ist eben auch das, was uns unterscheidet.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Uns unterscheidet sehr viel, darüber will ich jetzt gar nicht reden. Entscheidend ist doch die Frage, ob es angebracht und richtig ist bei sinkender Arbeitslosigkeit, was auch wir anerkennen.

Und, Herr Roof, diese wahlkämpferische Aussage, dass wir Ihre Intention nicht anerkennen – ich habe das immer wieder gesagt und da waren wir uns auch alle einig mit dem Konjunkturrat: Die Konjunkturpakete sowie Verlängerung der Kurzarbeit sind alles richtige und wichtige Regelungen gewesen. Die hätte ich genauso unterstützt, die habe ich auch hier von diesem Pult und in der Öffentlichkeit unterstützt und die Anerkennung will ich hier noch einmal zum Ausdruck bringen. Aber die entscheidende Frage ist doch: Ist es gerechtfertigt, bei abnehmender Arbeitslosigkeit auch die Mittel für Arbeitsmarktpolitik für die einzelnen Maßnahmen zu kürzen? Sie haben selbst gesagt, Herr Roof, die individuellen Probleme sind komplizierter und sind größere Herausforderungen. Da sind wir uns, glaube ich, auch alle einig.

Selbst die CSU, die dortige Sozial- und Arbeitsministerin, sagte, es ist falsch, angesichts abnehmender Arbeitslosigkeit die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zu kürzen. Das ist für mich die eigentliche Herausforderung, dass wir sagen, wenn wir ein Fachkräfteproblem haben, und wir haben ein Fachkräfteproblem, dann müssen wir doch auf einem hohen Niveau aktive Arbeitsmarktpolitik machen, um sowohl die soziale Kompetenz, die fachliche Kompetenz dieser Arbeitslosen zu entwickeln, um sie tatsächlich in Arbeit zu integrieren.

Das Zweite in dem Zusammenhang ist, warum – das hat Herr Seidel hier angeführt und das haben wir ausdrücklich kritisiert – eigentlich bei dem Kompromiss über das Bildungs- und Teilhabepaket, das war der Gegenstand der Verhandlung, gesagt wurde, wenn die Grundsicherung, also die Mittel an die Kommunen weitergereicht werden, dass dann im Rahmen der Arbeitslosen die Mittel für die Bundesagentur für Arbeit gekürzt werden. Wir halten das für falsch, denn wir verfolgen unterschiedliche Strategien, die ich hier noch einmal durchaus zur Kenntnis geben will.

Also um diese Frage geht es, wenn man denn mal hinschaut, wie es mit denen aussieht, die in Arbeit gekommen sind. Das hat das IAB, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, eben herausgefunden, analysiert, dass etwa 10 bis 15 Prozent der Hartz-IV-Betroffenen eine neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen haben, aber nur 55 Prozent dieser Menschen länger als ein halbes Jahr gearbeitet haben. Und die Hälfte wiederum musste auch noch aufstocken und zusätzlich Hartz IV tatsächlich beantragen. Das, meine ich, kann nicht der Weg sein, um ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Ich habe mich immer gefragt, und vielleicht können wir heute darauf eine Antwort geben: Was heißt denn eigentlich, öffentlich geförderte Beschäftigung weiterzuentwickeln? Es wird oft hier im Hohen Haus vom Ehrenamt gesprochen und den vielen Herausforderungen, die vor unserer Gesellschaft insgesamt stehen. Ich könnte das jetzt durchdeklinieren, wie wichtig es ist, in den Städten oder auf den Dörfern diese vielen soziokulturellen Arbeiten zu erfüllen. Es ist auch eine Frage, ob wir einen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten oder eben nicht. Wenn denn die SPD, namentlich die SPD, aber auch andere von einem sozialen Arbeitsmarkt sprechen, habe ich, Herr Schulte, immer danach gesucht, was ist der soziale Arbeitsmarkt im Verständnis der SPD. Dabei muss ich ehrlich sagen, vielleicht habe ich nicht an der richtigen Stelle gesucht, aber vielleicht können Sie mir die Stelle mal zeigen. Das ist aber jetzt nicht so entscheidend.

Ich habe mich immer gefragt: Was heißt sozialer Arbeitsmarkt? Ich bin aber fündig geworden und habe in einem Papier des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom April 2011 gefunden, dass der DGB vorschlägt, eine öffentlich geförderte Beschäftigungsperspektive einzurichten. Hier heißt es in diesem Diskussionspapier: „Unter Beteiligung der Sozialpartner wird ein Sozialer Arbeitsmarkt eingerichtet. In ihm erhalten diese“ – gemeint sind die Langzeitarbeitslosen – „Arbeitsuchenden eine öffentlich geförderte Beschäftigungsperspektive. Diese wird kombiniert – sofern erforderlich – mit einer auf ihre individuelle Situation abgestimmten sozialintegrativen Unterstützung. ... Als Arbeitgeber, (Beschäftigungsträger) sollten insbesondere Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie Vereine gewonnen werden. ... Die Hartz-IV-Träger sollten für den Beschäftigungszuschuss/“ – das ist noch ein anderes Thema – „Sozialen Arbeitsmarkt ein separates Budget vorab zugewiesen bekommen, ausgerichtet an der regionalen Zahl der Arbeitslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass passive Leistungen durch die Beschäftigung eingespart werden.“

Das sind Vorschläge unseres Genossen und Arbeits- und Wirtschaftssenators in Berlin, der genau das gesagt hat, passive und aktive Leistungen zusammenzuführen. Hier wird auch noch mal abgestellt auf die Struktur der schwachen Regionen.

Und dann wird hier noch mal betont, in einem regionalen Konsens muss dieses sichergestellt werden, wobei den Sozialpartnern ein Vetorecht eingeräumt werden muss. Da kann Herr Seidel ja von einem Rollback sprechen, aber genau diesen regionalen Konsens haben wir damals in der rot-roten Regierung in dem damaligen Arbeitsministerium nämlich umgesetzt und haben über die Maßnahmen geredet. Und wenn Herr Glawe, der heute nicht da ist, immer wieder davon redet, dass die Maßnahmen keine Effekte gebracht haben, dann weiß sicherlich auch

Frau Schlupp, dass in ihrem Kreis, und nicht nur in ihrem Kreis, genau aus solchen Maßnahmen Existenzgründungen realisiert werden und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entstanden ist.

Deswegen halten wir genau diesen Weg, wie ihn der DGB vorschlägt, für den richtigen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Holter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/4419. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/4419 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, FDP und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 40:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Keine Atomtransporte über den Hafen in Rostock – Riesigen Imageschaden für das Touristikland Mecklenburg-Vorpommern verhindern, Drucksache 5/4412.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Keine Atomtransporte über
den Hafen in Rostock – Riesigen
Imageschaden für das Touristikland
Mecklenburg-Vorpommern verhindern
– Drucksache 5/4412 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der NPD Herr Pastörs. Bitte, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Immer wieder wird den Bürgern von den Herrschaften des demokratischen Blocks die Tourismuslüge aufgetischt. Immer wieder, und gerade vor Wahlen, gaukeln Sie den Bürgern vor, die Touristen würden wegbleiben, Arbeitsplätze würden massenweise verschwinden, wenn man NPD wählt. Es ist jedoch längst bewiesen und allgemein bekannt, dass Ihre Tourismuslüge eben eine Lüge ist. Andererseits haben Sie es geduldet und der Öffentlichkeit verschwiegen, dass über den Hafen in Rostock in großem Umfang geheime Atomtransporte abgewickelt wurden und weiterhin durchgeführt werden.

Da bejubeln Sie den Atomausstieg und dulden gleichzeitig hochgefährliche Atomtransporte. Solche Atomtransporte sind jedoch in höchstem Maße dazu geeignet, Touristen abzuschrecken. Ich stelle mir gerade vor, wenn die Tatsache, dass hier hochgefährliche Transporte über den Hafen Rostock abgewickelt werden, dies mit der genauso großen Publizität begleitet würde, wie Sie vor der NPD warnen, ich kann Ihnen sagen, dann würden Sie über Nacht einem Drittel der Touristikindustrie hier in Mecklenburg-Vorpommern großen Schaden zufügen.

Ich möchte Ihnen einmal vorhalten, besonders der SPD, wie Ihre Partei entgegen den Warnungen der Energiewirtschaft, die Kernspaltung in Deutschland einzuführen, wie sich damals die SPD eingelassen hat. Mit Genehmigung des Präsidenten zitiere ich: „Die kontrollierte Kernspaltung und die auf diesem Weg zu gewinnende Kern-

energie leiten den Beginn eines neuen Zeitalters für die Menschheit ein. ... Die Hebung des Wohlstandes, die von der neuen Energiequelle ausgehen kann, muss allen Menschen zugute kommen. In solchem Sinne entwickelt und verwendet kann die Atomenergie entscheidend helfen, die Demokratie im Inneren und den Frieden zwischen den Völkern zu festigen. Dann wird das Atomzeitalter das Zeitalter werden von Frieden und Freiheit für alle!“ Ende des Zitats.

Das Atomzeitalter geht nun zu Ende und die SPD entdeckt dann eben neue Leitbilder, wie zum Beispiel den Einsatz für Toleranz, wobei sie aber nicht die Demokratie fördern, sondern sie wollen das deutsche Volk nur nicht herrschen lassen. Sie wollen unser Volk beherrschen und unser Land umvolken, wie Sie das in den Großstädten schon deutlich feststellen können.

Kein geringerer als Roman Herzog bemerkte zu dieser Feststellung auch, man kann von der Bundesrepublik Deutschland – Zitat – „dem Sinne nach nicht mehr von einer lupenreinen Demokratie ausgehen.“

Die Bürger haben zwischenzeitlich erkannt, meine Damen und Herren, wie sie von den Sozialdemokraten in erster Linie hinters Licht geführt wurden.

(Angelika Peters, SPD: Die drei Hanseln,
denen Sie auf der Brücke die Hand
geschüttelt haben, oder was?!)

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass endlich in Mecklenburg-Vorpommern gehandelt wird. Der Hafen gehört zur Hälfte dem Land und zur anderen Hälfte der Hansestadt Rostock. Der Landtag kann also beschließen, dass die Landesregierung die Hafentwicklungsgesellschaft Rostock anweist, jeglichen Umschlag von Atomtransporten, insbesondere von atomaren Brennstäben, sofort einzustellen.

Nach der NPD-Fraktion vorliegenden Erkenntnissen werden Atomtransporte mit den RoPax-Fähren durchgeführt. Hierbei werden sogar gleichzeitig Ladung und Passagiere befördert, insbesondere werden diese Transporte von der Reederei Scandlines von den Häfen von Trelleborg in Schweden nach Rostock durchgeführt, wobei unter anderem Uranhexafluorid und unbestrahlte Brennelemente über die Ostsee geheim befördern werden.

Der Bundestagsabgeordnete Harald Terpe von den Bündnisgrünen nannte es – Zitat – „eine echte Sauerei“, dass die Bevölkerung nichts von den Atomtransporten hier in Mecklenburg erfahren habe. Und der Landesvorsitzende der LINKEN, Steffen Bockhahn, warf unserem Innenminister Caffier von der CDU Fahrlässigkeit vor. Es bleibt ihm rätselhaft, wie der Katastrophenschutz gewährleistet werden kann, wenn der zuständige Innenminister noch nicht einmal die zuständige Feuerwehr und die Hafenmitarbeiter über die hochgefährlichen Transporte informiert hat, so unsere Erkenntnis bei Nachfragen der Feuerwehr.

Nach unserer Information sind in diesem Jahr bereits 23 Atomtransporte über Rostock durchgeführt worden. Die Rostocker Bürgerschaft hat bereits per Beschluss ein Verbot von Atomtransporten über den Rostocker Hafen gefordert. Darüber hinaus hat die Rostocker Bürgerschaft das Innenministerium aufgefordert, auch Atomtransporte mit der Eisenbahn und auf den Straßen von Mecklenburg-Vorpommern zu verbieten.

Jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Landtag am Zug. Das scheint aber den Innenminister nicht zu interessieren. Er duldet weiterhin, so unser Kenntnisstand, hochgefährliche Atomtransporte. Die Genehmigungen, so das Ministerium, würden vom Bundesamt für Strahlenschutz erteilt und die Transporte seien vollkommen ungefährlich.

Meine Damen und Herren, bisher haben wir, was dieses Thema angeht, auch in unserer Wahlkampfkonzeption diese Verhältnisse noch nicht berücksichtigen können. Ich verspreche Ihnen aber, dass uns noch genügend Zeit und Mittel zur Verfügung stehen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass wir dieses Thema im Wahlkampf zu einem unserer drei wichtigen Wahlkampfthemen machen werden.

(Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD)

Mit der Tourismuslüge sind Sie grandios gescheitert. Ich habe gerade vor drei Wochen mit einigen Mitarbeitern meiner Fraktion in einem größeren Hotel hier in Mecklenburg-Vorpommern mehrere Besprechungen durchgeführt

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und der Eigentümer dieses Hotels sagte mir auf die Frage, wie es denn mit den Ausbuchungen in den letzten Jahren bestellt gewesen sei in seinem Haus, Zitat: „Wir sind immer in der Saison mehr als ausgebucht.“ Und auf meine Frage, was er denn zu der Propaganda der Regierenden sage, dass die NPD, wenn sie denn nicht im Landtag säße, vielleicht für noch mehr Tourismus sorgen könnte durch Fernbleiben im Parlament, sagte er: „Wo wollte denn die Tourismusindustrie diese 1,2 oder 1,4 Millionen, die da oft genannt werden, an Mehrübernachtungen denn überhaupt unterbringen? Wir sind ja jetzt schon in den Spitzenzeiten gar nicht der Lage, die Leute, die trotz oder wegen NPD nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, überhaupt unterzubringen.“

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wie aberwitzig, ich möchte fast sagen, wie vollkommen neben der Spur Sie ideologisch verbrämt hier argumentieren. Wenn Sie mit der gleichen Intensität die Transporte von atomaren Brennstäben von den Häfen in Rostock bekämpfen würden, dass das aufhört, dann würden Sie auch dem Tourismus einen besseren Dienst erweisen, als diese Tourismuslüge mit der Hoffnung, dass die Wähler dann weniger NPD ankreuzen, in die Welt zu setzen.

Ich weiß, dass Sie diesem Antrag selbstverständlich nicht zustimmen werden, selbst wenn wir von der NPD das „Ave Maria“ singen würden, würden Sie alle einen Eid ablegen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Um Gottes willen, Herr Pastörs, um Gottes willen! –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

wir hätten das Horst-Wessel-Lied gesungen. Und so neben der Spur lässt sich natürlich keine Politik machen, meine sehr verehrten Herrschaften.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –

Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Ringguth. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Wenn es nicht so traurig wäre, wäre es irgendwie auch schon wieder zum Piepen.

(Udo Pastörs, NPD: Dann piepen Sie doch! Dann piepen Sie doch!)

Ausgerechnet Sie, Herr Pastörs, und die Herren hier von der Fensterfront legen einen Antrag vor und erklären uns, dass Sie riesigen Imageschaden für das Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern abwenden wollen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig. –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Das ist im Grunde genommen gar nicht zu steigern. Das ist so etwas von großartig. Da kann ich Ihnen sagen, im Gegensatz zu Ihnen sitze ich nicht mal in irgendeinem Hotel und rede mit irgendeinem Unternehmer. Ich bin zum Beispiel Chef des Tourismusverbandes Mecklenburgische Seenplatte

(Michael Andrejewski, NPD: Was Sie sich alles für Posten untern Nagel reißen?! –
Udo Pastörs, NPD: Sie sind ein toller Hecht, toller Hecht!)

und ich arbeite im Übrigen mit der Präsidentin dieses Landtages gemeinsam auch im Vorstand des Landestourismusverbandes. Ich habe es mit Hunderten von Touristikern zu tun,

(Stefan Köster, NPD: Sie haben den ganzen Staat unterwühlt.)

Campingplatzbetreibern, Hoteliers,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

aber auch Vermietern von ganz kleinen Ferienwohnungen. Und ich sage Ihnen, die sind alle mit uns einig,

(Michael Andrejewski, NPD: Natürlich.)

wenn es darum geht zu sagen, wir werden von diesem Land riesigen Imageschaden für den Tourismus abwenden,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

wenn Sie ab Herbst, meine Herren, hier nicht mehr sitzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. –
Wolfgang Griese, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Was Sie machen, ist untauglich und wirklich immer gleich. Sie versuchen jetzt, den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land etwas vorzumachen. Sie erklären mit diesem Antrag, dass Atomtransporte, so werden sie ja landläufig bezeichnet, in und durch Mecklenburg irgendwie verhindert werden könnten. Das versuchen Sie zu erklären. Aber in Wahrheit entscheidet weder der Landtag noch die Landesregierung über diese Transporte.

(Michael Andrejewski, NPD: Aber Ihre Partei.)

Was Sie machen – und wie gesagt, das ist schon so banal, weil es eigentlich nur ständige Wiederholung ist –, Sie als Fraktion schüren mit diesem Antrag lediglich Ängste der Bürgerinnen und Bürger, der Menschen in diesem Land.

(Stefan Köster, NPD: Sie schüren Ängste.)

Das ist eben nichts Neues. Sie machen auch gar nichts anderes.

(Michael Andrejewski, NPD:
Sie sollen lieber einschlafen, ne?)

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag fordert doch die Einwirkung der Landesregierung auf die Hafenenwicklungsgesellschaft in Rostock.

(Stefan Köster, NPD: Jawohl.)

Gesellschafter – das ist übrigens falsch, wie Sie es dargestellt haben, aber Sie haben ja so wunderbar recherchiert –,

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie, wie es richtig ist.)

Gesellschafter sind die Stadt Rostock und das Land Mecklenburg-Vorpommern und, jetzt kommts, das Land ist nur minder beteiligt. Die HERO ist Eigentümerin

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

der Infrastruktur des Hafens von Rostock und der Umschlag selbst wird von anderen Gesellschaften durchgeführt, die dafür mit der HERO Verträge abgeschlossen haben. Eine Weisungsbefugnis für die Landesregierung besteht aufgrund der Minderbeteiligung der privatrechtlichen Verträge überhaupt nicht. Schon in diesem Punkt ist Ihr Antrag auch rechtlich überhaupt nicht durchsetzbar.

Richtig ist, die Grundlage der angewandten Vorschriften über den Transport radioaktiver Stoffe sind die Empfehlungen der Internationalen Atomenergieorganisation. Alle Genehmigungen werden vom Bundesamt für Strahlenschutz, und zwar aufgrund nationaler und internationaler Vorschriften erteilt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern dann gemeldet. Die Beförderungsgenehmigung wird, und das ist wichtig, im Übrigen nur erteilt, wenn die Erfüllung der Sicherheitsanforderungen geprüft und nach der Prüfung auch festgestellt ist.

Beim Vorliegen aller Anforderungen ist allerdings das Bundesamt dann auch wiederum verpflichtet, eine Transportgenehmigung zu erteilen, der Antragsteller hat darauf nämlich einen Rechtsanspruch. Wir leben eben in einem Rechtsstaat, auch wenn Ihnen das vielleicht, Herr Pastörs, nicht passt. Die beförderungsrechtliche Aufsicht nach der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter in den Häfen von Mecklenburg-Vorpommern hat die Hafenbehörde. Und um Ihnen das auch noch zu sagen, Sie müssen ja noch Stoffsammlung machen für Ihren Wahlkampf, Hafenbehörde ist im Übrigen der

Oberbürgermeister der Stadt Rostock. Staatliche Aufsichtsbehörde in Mecklenburg-Vorpommern ...

(Udo Pastörs, NPD: So
viel Know-how gegen Sie.)

Ich Sorge immer noch dafür, dass Sie schick Stoff machen können.

Staatliche Aufsichtsbehörde in Mecklenburg-Vorpommern, damit Sie nicht viel Falsches erzählen, Herr Pastörs, nach dem Atomrecht ist gemäß Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach dem Atomgesetz im Bereich der Häfen ebenfalls die Hafenbehörde und das Landesamt für Umwelt und Natur ist dann zuständig, soweit es um die Beförderung von Kernbrennstoffen im Straßen- und Schiffsverkehr geht. Und wenn es Ihnen dann möglicherweise auch noch um Schutz von Strahlung geht, dann ist das LAGuS dafür zuständig.

So, jetzt habe ich Ihnen mal so richtig schön

(Udo Pastörs, NPD: Die Sicherheit erklärt.)

einen kleinen Abriss der Zuständigkeiten gegeben. Vielleicht hilft es Ihnen irgendwo, Herr Pastörs.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Alle vom Bundesamt genehmigten Transporte werden im Internet veröffentlicht. Alle Transporte werden im Internet, Sie sagen, im Weltnetz oder so, veröffentlicht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich habe das auch in meiner Pressemitteilung gesagt, da habe ich auch die Adresse dazu noch mal. Wenn Sie so schön recherchieren, können Sie sich die Pressemitteilung holen, dann haben Sie die Adresse, und dann wissen Sie immer, das wird da veröffentlicht, da können Sie es nachlesen. Von geheim gehalten, wie eben falliert, kann überhaupt nicht die Rede sein. Da ist nichts geheim gehalten.

Richtig ist außerdem, dass die Beförderungsunternehmer dann mit Erteilung der Genehmigung durch das Bundesamt für Strahlenschutz mehrere Routen vorgeschlagen haben, von denen sie sich eine aussuchen können, aber die darin vorgeschlagenen Häfen sind dann auch verpflichtet, die Transporte abzuwickeln. Ein Spielraum für die Häfen oder auch jetzt speziell für den Hafen Rostock besteht nicht.

Ihr Antrag ist also rechtlich nicht durchsetzbar. Aber diese oberflächliche Behandlung eines Themas durch Ihre Fraktion ist bei Ihnen Prinzip, denn genauso ist es bei Ihnen Prinzip, die Ängste der Menschen für Ihre schäbige Polemik, das muss man wirklich einmal sagen, einfach auszunutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –

Michael Andrejewski, NPD: Sie wissen alles.)

Sie bleiben an der Oberfläche, es geht Ihnen nur darum, Ängste zu schüren. Von Verantwortung, Herr Pastörs, kann da nie die Rede sein, bei Ihnen nicht.

(Angelika Peters, SPD:
Der soll ganz ruhig sein.)

Wenn jedes Bundesland Atomtransporte über Straßen, Häfen oder Schienen verbieten würde, dann muss ich auch einmal die Frage stellen: Was eigentlich sollte dann mit dem vorhandenen Atom Müll passieren? Der ist doch vorhanden. Sie haben doch einfach in der kausalen Kette

da irgendwo, ich weiß nicht, einen Bruch oder so, denn bei den Atomtransporten – immer schön förmlich bleiben, formal bleiben – handelt es sich übrigens um Güter der Gefahrenklasse 7. Dazu gehören im Übrigen auch die sehr schwach strahlenden Abfälle aus Röntgen-, MRT-, CT-Anlagen, aus Krankenhäusern, Arztpraxen und so weiter.

Sie haben da jetzt nur über die Kernbrennstofftransporte geredet, aber dann müssen wir schon richtig reingucken und das ist eben alles Gefahrenklasse 7. Da sage ich Ihnen, wenn Sie den kompletten Klinikabfall, der hier leicht radioaktiv verstrahlt ist, nicht mehr transportieren wollen, dann bedeutet das im Grunde ein Lahmlegen auch des Gesundheitswesens in unserem Land. Das muss man auch mal ganz klar sagen.

(Stefan Köster, NPD: Was für ein Schwachsinn! Was für ein Schwachsinn!)

Niemand, niemand jedenfalls von den Demokraten ist ...

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Ringguth, einen kleinen Moment.

Herr Abgeordneter Köster, für den Zwischenruf erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Stefan Köster, NPD: Danke schön.)

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Also niemand von den demokratischen Fraktionen, niemand von meinen Kollegen, die hier sitzen, ist froh über Atomtransporte,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

aber zuverlässiges und verantwortliches Handeln erfordert auch, unbequemen Verpflichtungen nachzukommen. Und wenn der Innenminister Caffier das so deutlich nach außen trägt, wie er das gemacht hat, dann zeigt auch das verantwortungsbewusstes Handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Genauso sieht es aus.

(Michael Andrejewski, NPD: Hat er seinen FAG-Schock schon überwunden?)

Also was Sie machen, ist immer die gleiche Masche, schüren von Ängsten. Gerade nach der Katastrophe in Fukushima versprechen Sie sich jetzt besonders viel davon, das passt irgendwie.

Also zusammengefasst kann man nur sagen, Ihre Politik trägt zur Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger bei, das ist allerdings wahr. Und genau dieses Verhalten schadet im Übrigen dem Tourismus in unserem Land, genauso wie Ihr Platz in diesem Hohen Hause dem Tourismus und dem Ansehen von Mecklenburg-Vorpommern schadet,

(Stefan Köster, NPD: Dafür entwickelt sich der Tourismus aber sehr gut.)

das ist einfach so. Deswegen werden wir alles daransetzen, dass wir klar und deutlich sagen, was mit den Atomtransporten möglich ist.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist totaler Unfug. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Ringguth, darf ich Sie noch einmal unterbrechen?

Herr Abgeordneter Köster, für diesen Zwischenruf erteile ich Ihnen einen weiteren Ordnungsruf und weise Sie darauf hin, dass es der zweite Ordnungsruf ist und Sie bei einem gegebenenfalls dritten Ordnungsruf das Wort entzogen kriegen.

(Michael Andrejewski, NPD: Es ist objektiv unwahr, was er sagt. –
Stefan Köster, NPD: Nichts als die Unwahrheit erzählen Sie hier.)

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Im Übrigen, Herr Köster, widerspricht auch europäisches Recht Ihrem Antrag.

(Michael Andrejewski, NPD:
Europäisches Recht, das ist Besatzerrecht.)

Europäisches Recht widerspricht Ihrem Antrag. Und wenn das für Sie Besatzerrecht ist, dann habe ich das nicht weiter zu kommentieren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Eine Untersagung eines Transportes stellt eine Sperrung dar. Eine Sperrung der Häfen für entsprechende Transporte widerspricht damit der Waren-, Verkehrs- und Dienstleistungsfreiheit in der EU, schon aus diesem Grunde auch ein Verstoß gegen europäisches Recht.

Übrigens hat das Land Bremen in diesem Zusammenhang erst im April einen Zwischenbericht erstellt, in dem es zu diesem Thema heißt: „Die Länder können nicht gegen die erteilten Beförderungsgenehmigungen des Bundesamtes für Strahlenschutz vorgehen.“ Ihr Antrag ist also in der Sache falsch, populistisch und er ist verantwortungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU –
Lorenz Caffier, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss einen Kommentar aus der taz vom letzten November zitieren: „Das doch wirklich grundlegende Problem ist die Nutzung der Atomenergie selbst. Das ist das grundlegende Problem. Transporte von strahlendem Abfall sind nur die unvermeidliche Folge. Das ist einfach so. Das nur mal zur Klarstellung des Verursacherprinzips.“ Weiter heißt es: „Weder Hamburg noch ein anderes Land hat gegen das Atomgesetz des Bundes eine Handhabe. Transporte kritisieren oder Castoren blockieren kann nur Mittel zum Zweck sein, denn das Grundproblem ist eben die Produktion von Atom Müll.“

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Wochen, ich will darauf nicht sehr intensiv eingehen, ist wirklich in diesem Land diskutiert worden über das Energiekonzept der Bundesregierung und zumindest Herr Seidel hat es vorhin gesagt, gestern hat der Deutsche Bundestag den Atomausstieg mit fast allen Fraktionen, die im Deutschen Bundestag beteiligt sind, beschlossen. Damit haben wir europaweit einen einmaligen Weg beschritten, nämlich einen Weg, der den gesicherten Ausstieg, und zwar den gesicherten, aus der Atomenergie möglich macht.

Also, Herr Pastörs, die NPD spielt mit diesem Antrag wieder mal mit den Ängsten der Menschen und unternimmt den vergeblichen Versuch – das sage ich Ihnen im Übrigen, den vergeblichen Versuch –, daraus politischen Nektar zu saugen mit emotionalen Kampagnen über komplexe Probleme, aber Problemlösungen bleiben Sie wie immer schuldig.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Stefan Köster, NPD: Bla, bla, bla!)

Wir werden Ihren Antrag ablehnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ringguth.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Ringguth!

(Angelika Peters, SPD: Herr Ringguth, lassen Sie sich das gefallen, „lieber Kollege“? Ich glaube nicht.)

Sie sprachen gerade von Ängsten und dass wir mit Ängsten spielen und sie nicht ernst nehmen würden.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich sage Ihnen, es war die CDU, Ihre Partei, die die Ängste der Menschen vor der Kernenergie kriminalisiert haben. Ihr Innenminister Kanther, fällt mir da gerade ein, hat die Blockierer brutal blutig geschlagen.

(Stefan Köster, NPD: Schlagen lassen.)

Ich habe es selber gesehen, weil ich oft bei Demonstrationen gegen die Castortransporte mit meiner Frau in der Absperrungskette stand und die Polizei brutal gegen die Ängste der Menschen vorging, Ihre Partei, nicht die NPD.

(Angelika Peters, SPD: Na, mit Schlagen hat die NPD aber auch ihre Erfahrungen, ne? Das wollen wir mal festhalten. Sie hauen auch so einfach zu, auch auf Frauen.)

Das ad 1.

Zweiter Punkt. Auch mit Ihrer aufgeblasenen Attitüde und dem Wortschwall, den Sie hier losgelassen haben, kommen Sie bei uns nicht weiter.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich sage Ihnen auch, warum: Weil wir es mit der Wende-Dehalskanzlerin, der ehemaligen FDJ-Sekretärin, eben mit einer Person zu tun haben, die eine Ausstiegslüge fabriziert. Wenn ich das ernst nehmen soll, was Sie hier gerade kundgetan haben, wenn nämlich Sie hier von Atomausstieg sprechen und gleichzeitig das EU-Recht den Ausstieg zwar möglich macht – das ist richtig juristisch –, aber es unmöglich ist, den Atomstrom, der an der Peripherie unseres Landes erzeugt wird und in die Bundesrepublik Deutschland hineingeleitet wird, der darf und kann auch nicht an unseren Grenzen halt machen. Und deswegen ist das, was da im Moment in Berlin beschlossen worden ist, eine Ausstiegslüge und die Wahrheit hat man irgendwo in die Zukunft hineingesetzt bei 2020, 2025, vielleicht 2030. Vielleicht gibt es noch mal eine Verlängerung, denn den ersten Ausstieg, den die rot-grüne Regierung in Berlin ja fabriziert hat, der ist ja schon Makulatur geworden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bleibe dabei: Wir nehmen die Ängste ernst. Sie haben sie in der Vergangenheit nicht ernst genommen, sondern Sie haben jeden kriminalisiert, der sich explizit gegen die

Atomkraftnutzung ausgesprochen hat. Die SPD, ich habe das vorhin in meiner Einbringungsrede klar ausgeführt mit einem Zitat, hat sogar geglaubt, der Weltfrieden und das ewige Glück würde –

(Angelika Peters, SPD: Was ist das für ein Blödsinn hier?!)

lesen Sie es nach in Ihren Annalen – jetzt über die Menschheit weltweit ausgebreitet, wenn wir anfangen, die teuflische Kernspaltung für zivile Zwecke zu nutzen.

Und ein letztes Wort: Wenn die Feuerwehr – wenn das richtig ist, unsere Information – nicht vom Innenminister vernünftig detailliert vorher in Kenntnis gesetzt wird, was in welchem Umfang wann von wo nach wo transportiert wird, hochgefährliches Plutonium, und das vergleichen wir mit irgendwelchen Restabfällen von medizinischen Röntgengeräten, sagen Sie mal: Was haben Sie eigentlich da oben in Ihrem Denkgebäude aufgebaut, als Sie hier eben standen? Nichts, da war Luft.

(Lorenz Caffier, CDU: Was haben Sie denn da in Ihrem Denkgebäude?)

Da war viel Belüftung, wenig Substanz, viel Geschwafel.

(Zurufe von Lorenz Caffier, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich wiederhole mich:

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Wir verlangen, dass nicht nur in Berlin, Herr Innenminister, Beschlüsse gefasst werden, dass man aussteigt, sondern wir verlangen, dass dann auch in den Bundesländern das getan wird, was notwendig ist, um Schaden von unserem Bundesland abzuhalten, dafür zu sorgen, dass die NPD in der neuen Legislatur vielleicht mit einem oder zwei Abgeordneten mehr hier in den Landtag hineinkommt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

damit Sie dann in die Lage versetzt werden, mit etwas mehr Nachdruck von der Fensterfront das zu tun,

(Angelika Peters, SPD: Drehen Sie mal Ihre Uhr zurück!)

was für die Menschen hier im Lande notwendig ist. Sie tun nämlich gerade das Gegenteil, meine Herrschaften.

(Hans Kreher, FDP: Wir sind keine Herrschaften! Wir sind keine Herrschaften!)

Ich gehe davon aus, dass Sie den Antrag vielleicht jetzt natürlich einstimmig ablehnen werden,

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

aber ich nehme das zum Anlass, festzustellen, dass wir mit dieser Entscheidung dann wieder ein kleines Tröpfchen Propagandawasser

(Beate Schlupp, CDU: Ja, ja.)

in das Fass hineinbringen, was es dann hoffentlich im Wahlkampf für uns positiv zum Überlaufen bringt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/4412. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/4412 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 41:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Chancen der Bürgerarbeit nutzen – zielgerichtetes Fördern und Fordern durch Aktivierung und Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen, auf Drucksache 5/4407.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
Chancen der Bürgerarbeit nutzen –
zielgerichtetes Fördern und Fordern
durch Aktivierung und Integration
von Langzeitarbeitslosen in den
ersten Arbeitsmarkt unterstützen
– Drucksache 5/4407 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU, der Abgeordnete Herr Glawe. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Michael Roof, FDP: Aber jetzt, Herr Glawe. Jetzt oder nie!)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bürgerarbeit ist ein Modellvorhaben des Bundes, das im Jahre 2010 gestartet ist. Ziel ist es, Langzeitarbeitslose mittels individueller Förderung über einen sozialversicherungspflichtigen Bürgerarbeitsplatz in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren. Meine Damen und Herren, das ist sehr wichtig, um Langzeitarbeitslosen auch in unserem Land weiter eine Chance zu geben.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Am 15. Juli 2010 konnte mit der sogenannten Aktivierungsphase begonnen werden. In dieser Phase können in Mecklenburg-Vorpommern immerhin 7.510 erwerbsfähige Hilfebedürftige teilnehmen und integriert werden. Ziel ist es, mittels Eingliederungsvereinbarung mit dem jeweilig Betroffenen eine Maßnahme zu vereinbaren. Dazu sind sowohl das Jobcenter als auch die Arbeitslosen bereit. Ziel ist es, binnen sechs Monaten eine Arbeit auf dem regulären Arbeitsmarkt zu finden. Wichtig ist auch, scheitern die Bemühungen, werden die Gründe ermittelt und konkrete Förderung wird in Gang gesetzt. Im Anschluss daran können die so geförderten Hilfebedürftigen einen Bürgerarbeitsplatz erhalten. Und das ist das Neue, dass man insgesamt sieht, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten, welche Voraussetzungen hat der jeweilige Bürger oder die Bürgerin, darauf wird reagiert. Dann wird geguckt, welche Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt angeboten werden und vermittelt werden können, und erst dann zieht Bürgerarbeit.

Meine Damen und Herren, es gibt verschiedene Regionen in Mecklenburg-Vorpommern, wo diese Dinge in den Landkreisen und in den Jobcentern umgesetzt werden. Wichtig ist, dass Kommunen, Verbände oder Vereine auch mitziehen und die Fragen der Zusätzlichkeit und

das öffentliche Interesse in Form von Anträgen auf den Weg bringen, um so den Weg zu ebnen, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um dann auch Bürgerarbeit in den Regionen – zugeschnitten auf die Region – umzusetzen.

Meine Damen und Herren, Ziel bleibt es, nach den Maßnahmen die Bürgerinnen und Bürger in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu überführen. Wichtig ist, dass alle integriert werden, dass sie wieder Chancen bekommen und dass sie ihre jahrelange Arbeitslosigkeit mit einem Job beenden. Daher sind wir auch sehr dankbar, dass die Bundesregierung dieses Projekt Bürgerarbeit auf den Weg gebracht hat. Denn immerhin ...

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Gute Bundesregierung.)

Ja, die Bundesregierung ist da sehr beispielhaft, denn sie finanziert die Dinge, meine Damen und Herren.

(Michael Roof, FDP: Vor allem der Bundeswirtschaftsminister. –
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:
Die Steuerzahler, die Steuerzahler!)

Auch, ja. Was haben Sie denn dagegen, frage ich mich jetzt, Frau Dr. Linke. Sie haben doch ÖBS über Jahre ohne Nachhaltigkeit auf den Weg gebracht.

(Michael Andrejewski, NPD: Westerbelle zahlt das direkt aus seinem Portemonnaie.)

Die Ziele, die Sie sich alle gesteckt haben, sind nicht erreicht worden. Und jetzt herumzukritteln an einer wirklich interessanten Variante, Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben, da kann man eigentlich nur staunen, wie DIE LINKE sich zu diesem Thema – und in dem Falle sogar diesmal Frau Dr. Linke – verhält.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, die Dauer der Bürgerarbeitsplätze kann sich zeitlich von sechs Monaten bis zu drei Jahren erstrecken. Das Modellprojekt endet am 31.12.2014. Daher ist es wichtig, dass wir noch in diesem Jahr die Dinge ausloten, die dann über 1.600 Bürgerarbeitsplätze in den Regionen auf den Weg bringen. Und das hat einen klaren Vorteil. Der Vorteil liegt auch beim Arbeitgeber. So erhalten die Arbeitgeber Mitarbeiter, die ihr Können, ihre Erfahrungen und ihre Arbeitskraft einbringen. Sie können mithilfe dieser Mitarbeiter zusätzliche Leistungen anbieten, sie haben keine zusätzlichen Kosten, denn die Finanzierung erfolgt aus Bundesmitteln und aus Mitteln des ESF. Der Arbeitnehmer in Bürgerarbeit erhält 900 Euro für 30 Stunden. Das Bruttogehalt sowie die Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers in Höhe von 180 Euro werden gefördert.

Meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern lautet die genaue Zahl für Bürgerarbeitsplätze 1.661. Davon sind zurzeit 531 genehmigt. Ich meine, eine durchaus vorzeigbare Zahl,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

denn die anderen Anträge, die noch zu bewilligen sind, sind auf dem Weg. Ich denke, wir werden am Jahresende weitestgehend die 1.661 Stellen besetzt haben.

Meine Damen und Herren, noch ein, zwei Bemerkungen zur Entwicklung des Arbeitsmarktes allgemein. Die Große Koalition hat durch gutes Setzen von Rahmenbedingungen immerhin 26.000 sozialversicherungspflichtig

tige Arbeitsverhältnisse mehr auf den Weg gebracht und die Arbeitslosenzahlen sind um 75.000 gegenüber der Verantwortung von Herrn Holter, als er abgegeben hat an die Große Koalition, gesunken. Ich glaube, das ist ein durchaus bemerkenswertes Ergebnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Regine Lück, DIE LINKE: Na, ob die
Arbeitsplätze Ihr Verdienst
sind, das ist fraglich.)

Nichtsdestotrotz bleibt es eine Aufgabe, Langzeitarbeitslosen weiter eine Chance in Mecklenburg-Vorpommern zu geben.

Noch zwei, drei Worte zu Dingen, die im Landkreis Nordvorpommern auf den Weg gebracht wurden bezüglich Bürgerarbeitsplätze. Der Landkreis Nordvorpommern wird etwa 100 Bürgerarbeitsplätze installieren. Die erste Aktivierungsphase lief von September 2010 bis März/April 2011. In dieser Phase haben 332 Teilnehmer mitgewirkt. In der zweiten Aktivierungsphase sind es 279.

Meine Damen und Herren, das Wichtige an dieser Geschichte ist, dass schon bei der ersten Phase insgesamt dafür Sorge getragen werden konnte, dass 75 dieser Bürgerinnen und Bürger direkt auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten. Für die weitere Phase gilt das Kriterium der Langzeitarbeitslosigkeit – vier Jahre und mehr – nicht nur für Ältere, sondern berücksichtigt Bürger ab dem 25. Lebensjahr. Insgesamt führt das dazu, dass wir, denke ich, hervorragende Rahmenbedingungen geschaffen haben, um insgesamt in Nordvorpommern die Bürgerarbeit als interessantes Instrument für Arbeitslose auf den Weg zu bringen. Die Dinge werden intensiv angenommen. Die Vermittlung, die Verwaltung und die Jobcenter arbeiten intensiv mit den Bürgern zusammen. Ich denke, das ist relativ beispielhaft, wie wir in Nordvorpommern mit den Dingen umgehen.

Meine Damen und Herren, in Nordvorpommern sind zurzeit 22 Maßnahmen bewilligt, weitere 64 beantragt. Unterstellen wir einmal, dass alle, die beantragt sind, auch genehmigt werden, dann sind es 86 Maßnahmen von 100, die sozusagen in der Pipeline sind. Von allen Anträgen sind bisher nur zwei nicht angenommen worden. Ich glaube, dass das Instrument Bürgerarbeit geeignet ist, Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben, von daher bitte ich um Ihre Unterstützung und um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Glawe.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel. Herr Seidel, Sie haben das Wort.

Minister Jürgen Seidel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst muss ich mich mal ein bisschen an DIE LINKE richten. Das ist eben auch eine Art des Umgangs mit dem Problem, wenn man versucht, die Dinge, die es gibt, die man vor sich hat, auch wirklich so umzusetzen, dass sie den Menschen zugutekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Ich will nur in wenigen Worten noch mal dieses Thema Bürgerarbeit erläutern, weil mein Fraktionsvorsitzender ja in seiner wirklich allumfassenden Weisheit die Dinge schon sehr breit erläutert hat. Insofern kann ich mich auf das ganz Wesentliche konzentrieren. Ich will nur eine Sache noch mal kurz erklären. Das hat er zwar auch schon ausgeführt, aber ich vermute mal, dass das nach wie vor nicht überall klar ist.

Die Bürgerarbeit ist nicht nur der Teil, den wir erleben, wenn der Arbeitsplatz durch einen Menschen besetzt wird, sondern die Bürgerarbeit ist das Davorliegende, was dann alles passieren muss, um überhaupt erst einmal zu sehen, haben wir wirklich alle Möglichkeiten genutzt, gibt es eine Chance, muss man ein Hindernis aus dem Weg räumen,

(Regine Lück, DIE LINKE: Aktivierungsphase nennt man das, Herr Minister.)

geht es um ein Kind, was nicht untergebracht werden kann, geht es um Qualifizierung, die noch notwendig ist, wie gesagt, ist alles getan worden, um demjenigen den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Erst wenn das alles abgeschlossen ist, dann kommt es zu einer eventuellen Einstellung auf einen Bürgerarbeitsplatz. Und deswegen konnten die Zahlen nicht sofort auf 1.661 hochgehen, das muss man einfach noch mal deutlich machen, weil ich immer wieder gefragt wurde, warum sind denn die 1.661 Plätze nicht besetzt. Nein, weil diese Aktivierungsphase davorsteht. Die gehört mit zu dem Programm Bürgerarbeit.

Meine Damen und Herren, wir können uns auch heute fragen, warum ist es gelungen, dass nur 12 von 18 Grundsicherungsstellen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern dieses Thema in Anspruch nehmen. Das ist leider Geschichte, daran können wir jetzt nichts mehr ändern. Aber wir können uns vielleicht damit in gewisser Weise trösten: Es ist ein Modellversuch und wir haben es auch alle in der Hand, dafür zu sorgen, dass aus diesem Modellversuch am Ende eine praktikable Maßnahme wird.

Jetzt will ich noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, der ist, glaube ich, wirklich wichtig, und zwar auf die Tatsache, dass wir inzwischen konstatieren können, seit April dieses Jahres konstatieren können, dass die Antragstellung insofern erleichtert wurde, als dass Zuwendungsempfänger und ausführende Stelle nicht mehr identisch sein müssen. Das heißt zum Beispiel, dass sowohl eine Beschäftigungsgesellschaft Arbeitgeber sein kann und der Arbeitsplatz bei einem Verein eingerichtet wird. Das war bisher nicht so

(Rudolf Borchert, SPD: Großer Vorteil.)

und das hat auch zu vielen Irritationen geführt. Also zu mir kamen Leute und sagten: „Ja, im Verein können wir das ja nicht machen.“ Das ist jetzt ausgeräumt. Das heißt, es geht jetzt auch, dass Plätze im Sportverein oder Kulturverein oder wo auch immer diesbezüglich besetzt werden können. Da will ich wirklich deutlich den jeweiligen Trägern, möglichen Trägern zurufen, dass man sich da noch mal die Dinge anschauen soll. Und deswegen werden wir auch, dass eben im Rahmen dieser 1.661 die Zahl von 531, die wir heute haben, ansteigen soll, dass wir die Möglichkeiten nutzen in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich will auch sagen, wir haben zur Unterstützung der Umsetzung der Bürgerarbeit für die teilnehmenden Grundsicherungsträger insgesamt 24,5 Stellen im Rahmen der vom Sozialministerium verantworteten Integrationsprojekte für das sogenannte begleitende Coaching bewilligt. Also wir befördern auch diesen Prozess und insofern unterstreiche ich sehr die Intention dieses Antrages und bitte Sie alle, in Ihren jeweiligen Wahlkreisen oder ansonsten in Ihren Vereinen, wo Sie tätig sind, dazu beizutragen, dass wir diese Möglichkeiten nutzen. Ich möchte gern, dass dieses Modellprojekt zu einem tragfähigen Instrument am Ende wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

(Jochen Schulte, SPD:
So, Frau Lück, jetzt steht die Linie.
Stimmst du auch diesem Antrag zu?)

Regine Lück, DIE LINKE: Das hättet ihr gerne.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Na.

(allgemeine Unruhe)

Nee, nee, nee. Also, Bürgerarbeit ist weit entfernt von öffentlich geförderter Beschäftigung.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ansonsten versteht ihr unsere Begriffe überhaupt nicht.

Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Seit der Einführung von Hartz IV hat es ja zahlreiche Bundesprogramme gegeben – und ich sage ganz bewusst: angeblich zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Unter mehr oder weniger wohlklingenden Titeln sind immer neue Modellprojekte entwickelt worden, die verschiedene Gruppen Erwerbsloser ins Visier genommen haben – an Transit 50Plus möchte ich erinnern, ich möchte erinnern an Kommunal-Kombi.

(Harry Glawe, CDU: Läuft aus.)

Das sind nur zwei davon. Allen gemeinsam war natürlich auch die Verschönerung der Statistik. Aber die soziale Situation der einbezogenen Menschen hat sich nicht wesentlich verbessert.

Jetzt nun Bürgerarbeit. Worum geht es? Das Konzept beruht auf dem Prinzip „Keine staatliche Leistung ohne Gegenleistung“. Dahinter steht die politische Grundannahme, dass Arbeitslosigkeit nicht nur deshalb zustande kommt, weil nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, sondern weil es den Betroffenen auch an Motivation mangelt, eine Arbeit aufzunehmen. Dafür seien sogenannte Anreize nötig. Erst recht müsse das jetzt so sein, da ja die Wirtschaft boomt.

Zwölf Träger, das hat der Minister schon gesagt, der Hartz-IV-Grundsicherung aus Mecklenburg-Vorpommern haben Konzepte erarbeitet und eingereicht. Insgesamt sollen ja die 1.600 Stellen entstehen und zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeitsplätze

sollen es ja auch sein. Nach der halbjährigen Aktivierungsphase beginnt die eigentliche Bürgerarbeit.

Pro Bürgerarbeitsplatz, das wissen ja fast alle hier im Saal, gibt es entweder 900 Euro beziehungsweise 600 Euro für 30- oder 20-Stunden-Stellen, zusätzlich werden 180 Euro beziehungsweise 120 Euro Sozialversicherungsaufwand für die Dauer von maximal drei Jahren bereitgestellt. Das war der Plan. Aber wie sieht die Realität aus? Der Minister hat es schon gesagt – statt 1.600, also wenn ich mir die Statistik von April ansehe, da waren es nur 51,

(Harry Glawe, CDU: Das
geht doch gerade erst los.)

vielleicht sind es jetzt ja auch schon ein paar mehr geworden, mehr Stellen haben wir zurzeit nicht.

Kaum ein Arbeitsvertrag in der Bürgerarbeit wird für drei Jahre abgeschlossen – ich rede jetzt immer über die 51, die in der Statistik sind –, die meisten sind befristet für ein halbes Jahr, das möchte ich Ihnen auch noch einmal zur Kenntnis geben, denn ein Wechsel der Personen ist durch das Gesetz nicht ausgeschlossen. Der Arbeitslohn aus der Bürgerarbeit erreicht in den seltensten Fällen 900 Euro, weil die wenigsten Stellen über 30 Stunden gehen. Zuzahlungen durch die Träger sind gesetzlich nicht ausgeschlossen, aber allerdings auch nicht vorgeschrieben, und kommen deshalb so gut wie überhaupt nicht vor. Für die Betroffenen endet aufgrund des geringen Entgeltes die Hilfebedürftigkeit nicht. Sie verbleiben also im System Hartz IV und müssen sich trotzdem Aufstockergeld holen.

Und genau das ist der Punkt. Bürgerarbeit hört sich zunächst für Sie positiv an, nach freiwilligem Engagement, sinnstiftender Tätigkeit und einem Ausweg aus dem Hartz-IV-System. Die Praxis sagt uns aber zurzeit etwas völlig anderes.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Die Realität sieht anders aus. Hinzu kommt, dass das Kriterium Zusätzlichkeit inzwischen so stringent ausgelegt wird, dass kaum ein Arbeitsfeld übrig bleibt, außer, der Minister hat ja jetzt die Zusage gemacht, dass man großzügiger sein will, was Vereine und Verbände angeht.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist doch gut.
Regine, sag doch mal, dass das gut ist.)

Auch deshalb gibt es so wenig Stellen – bisher. Ein vollwertiger, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz liegt nicht vor,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

da keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt werden, somit also auch kein Anspruch auf Arbeitslosengeld I erworben wird. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat die Bundesregierung gefragt, warum die Bürgerinnen- und Bürgerarbeit keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlt. Die Antwort war, weil damit falsche Anreize gesetzt werden. Das ist doch aber unserer Meinung nach völlig absurd. Von einem Arbeitnehmerbrutto von 900 Euro kann man mit Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung wahrlich ein dickes und beruhigendes Polster schaffen – sage ich jetzt mal wirklich ironisch.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Der Staat fördert den Niedriglohnsektor und gibt damit dem Slogan „Arm trotz Arbeit“ neue Nahrung.

(Harry Glawe, CDU: Es geht doch um die Chance, wieder in Arbeit und Leistung zu kommen, Frau Kollegin.)

Ja, Kolleginnen und Kollegen, mit Bürgerarbeit betreibt der Staat – auf den Punkt gebracht – nämlich Lohn-drückerei. Und der nächste Hammer ist, dass für Bürgerarbeit auch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter herangezogen werden dürfen.

(Harry Glawe, CDU:
Die sollen eine Chance bekommen, wieder ins Leben zurückzukehren. Da kann auch DIE LINKE nichts dagegen haben.)

Was sagen Sie denn zu dem Fakt? Das ist neu und ich frage mich, was das mit Abschaffung von Langzeitarbeitslosigkeit zu tun hat. Leiharbeiter sind so oder so schon in einer unwürdigen Lage. Wir lehnen das ab! Aber sie, die Leiharbeiter, sind nicht arbeitslos. Bürgerarbeit ist ein weiteres Zwangsinstrument

(Rudolf Borchert, SPD: Was soll das denn?)

gegenüber Erwerbslosen, denn sie haben nicht die Möglichkeit, Nein zu sagen. Im Wort „Freiwilligkeit“ steckt natürlich auch der Begriff „Freiheit“. Für Hartz-IV-Betroffene gibt es diese nicht. Wir meinen, das Netz der sozialen Sicherung darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, die die betroffenen Menschen zum Spielball arbeitsmarktpolitischer Experimente machen, die in erster Linie einer für Politiker leichter zu ertragenden Statistik dienen. Wir werden also Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Jochen Schulte, SPD: Das ist aber schade.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Lück.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Lück! Ich will mich jetzt kurzfassen, weil das Wesentliche zum Thema Bürgerarbeit haben sowohl der Fraktionsvorsitzende der CDU als auch der Wirtschaftsminister gesagt. Bloß, Frau Kollegin Lück, eines muss ich natürlich an dieser Stelle auch mal sagen: Ich kann mich daran erinnern, dass wir bei uns im Wirtschaftsausschuss auch mit Ihnen gemeinsam lange über die Sinnhaftigkeit und die Chancen des sogenannten Bad Schmiedeberger Modells diskutiert haben. Und wenn ich mich nicht falsch erinnere, sind es auch die Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE gewesen, die durchaus das als ...

(Regine Lück, DIE LINKE: Niemals!)

Na, gucken wir noch mal nach!

(Regine Lück, DIE LINKE: Niemals!
Da gucken wir aber noch mal drauf.)

Dann gucken wir noch mal genau nach.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Niemals haben wir das gesagt.
In Bad Schmiedeberg schon gar nicht.)

Wie gesagt, wir können das gerne noch mal nachgucken. Weil, es war vom Grundsatz her immer die Überlegung – das ist meine Erinnerung –, dass das Ziel von Arbeitsmarktpolitik tatsächlich sein muss, Leute in den Arbeitsmarkt zu bringen, wenn es geht, in den ers-

ten Arbeitsmarkt, wenn das nicht funktioniert, Qualifizierungsmaßnahmen. Und wenn das nicht geht, muss man sich schon mal die Frage stellen, wie groß dann noch der Unterschied ist zwischen dem, was Sie manchmal als öffentlichen Beschäftigungssektor fordern, und dem, was in welcher Konstellation dann auch immer als Bürgerarbeit gemacht wird, wie groß der Unterschied tatsächlich ist.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Aber ein riesiger, aber ein riesiger! –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Weil hier – und das ist ja die dritte Stufe, um die es hier geht –, hier wird Leuten, die ansonsten weder sofort vermittelbar wären in den ersten Arbeitsmarkt noch durch Qualifizierungsmaßnahmen in den ersten Arbeitsmarkt gebracht werden könnten, hier wird Menschen, die ansonsten arbeitslos blieben,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Darum geht es also, Leute aus der
Arbeitslosenstatistik zu holen. Aber zu welchen
Bedingungen, aber unter welchen Bedingungen?!)

eine Chance gegeben, eine Chance gegeben.

Ja, natürlich geht es darum, Leute aus der Arbeitslosenstatistik zu bekommen, weil jeder, der arbeitet, tatsächlich auch die Chance hat, ein selbsterfülltes Leben zu führen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das ist für diese Leute besser, als zu Hause sitzen zu müssen und zuzugucken, wie ihre Nachbarn zur Arbeit gehen, während sie da sitzen und nicht arbeiten können.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Wenn das die Politik ist, die Sie wollen, dann sagen Sie das doch auch mal laut! Das ist nicht die Politik, die die SPD in diesem Land will.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wir wollen Arbeit für die Menschen in diesem Land und wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie das!

(Regine Lück, DIE LINKE: Bis jetzt
haben Sie 51 Stellen, Herr Schulte,
da brauchen Sie sich gar nicht
so aufzuregen, 51 Stellen.)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine Menge, es gibt eine Menge auch an dem Modellprojekt Bürgerarbeit zu kritisieren.

(Harry Glawe, CDU: Da hast du auch recht.)

Es gibt zum Beispiel daran zu kritisieren, dass ursprünglich ganz klar die Aussage kam, dass tarifvertragliche Löhne dort gezahlt werden sollten, auch durch die Kommunen, und dass dann der Deutsche Städte- und Gemeindetag beim Bund angefragt hat, ob das denn auch für ihn gelten sollte. Und auf einmal war das alles nicht mehr so.

Aber das sind Punkte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, da muss man dann tatsächlich, wenn dieses Modellprojekt zu einem Ende geführt ist und wenn es erfolgreich zu einem Ende geführt werden sollte, darüber nachdenken, wie man das lösen kann.

Ich habe mich gerade eben mit dem Kollegen Borchert noch mal drüber unterhalten, während Sie Ihre Rede gehalten haben, Frau Kollegin Lück, und der hat mir ganz deutlich gesagt, er wäre froh, wenn er bei sich im Wahlkreis in einem Sportverein eine Stelle Bürgerarbeit hätte, damit er dann dort jemand in Arbeit bringen könnte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr richtig.)

Das wäre dann tatsächlich wieder ein Mensch in diesem Land mehr, der nicht arbeitslos wäre.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Was es daran zu kritisieren gibt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, das kann ich an dieser Stelle wirklich nicht mehr verstehen,

(Regine Lück, DIE LINKE: Aber den Antrag, den wir eingebracht haben, öffentliche Beschäftigung im Sport zu machen, den haben Sie doch abgelehnt.)

und deswegen habe ich an dieser Stelle auch kein Verständnis mehr dafür, dass Sie sich hier hinstellen und diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, zur Bürgerarbeit ist hier schon sehr viel ausgeführt worden, jeder hat erklärt, was das ist. Ich glaube, wir sollten an die Menschen denken, die wir damit in Arbeit bringen können.

(Michael Roof, FDP: Sehr richtig, ja.)

Und wenn es nur so ein kleiner Schritt ist,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

mag ja sein, dass da Kritik ist. Es mag auch sein, dass nicht alles richtig läuft. Aber wir haben gehört und eigentlich bedanke ich mich, dass jetzt die Tür auch aufgemacht wird für Vereine, weil es da auch viele Tätigkeiten gibt, die weggebrochen sind und wo man auch Menschen helfen kann, wieder in Arbeit zu kommen. Und ich selbst habe erlebt, dass durch solche Maßnahmen – egal, wie sie die letzten 20 Jahre gewesen sind –, es sind immer wieder Menschen kleben geblieben, die wir irgendwann später in sozialversicherungspflichtiger Arbeit hatten. Ich kann hier Beispiele sagen, wo man vor fünf oder zehn Jahren geglaubt hätte, die kriegen wir nie gerade laufend, heute laufen sie gerade.

Also insofern ist es eine Chance, diese Chance sollten wir nutzen und nicht immer nur darüber diskutieren, wie es nicht geht. Vielleicht sollten wir noch hier und da Verbesserungen einführen, auch in dem ganzen Genehmigungswesen, dass es nicht zu bürokratisch wird. Aber ich sehe dieses als Chance. Deswegen werden wir als Liberale diesem Antrag zustimmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut, sehr gut.)

Und das war soeben meine letzte Rede in diesem Hohen Hause. Ich bedanke mich bei allen Kollegen und verabschiede mich damit. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Ja, lieber Ralf, das war deine letzte Rede in diesem Landtag, aber nicht dein letztes Engagement. Das weiß ich.

Meine Damen und Herren, ich habe ja nun die Ehre, hier meinen Fraktionskollegen hiermit zu verabschieden, und das macht mir natürlich ganz besondere Freude,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Das glaub ich, den wollen Sie ja loswerden.)

denn Ralf Grabow hat es bewiesen, nicht nur hier im Landtag, dass man trotz Behinderung mit vielen anderen Möglichkeiten,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

die er gefunden hat, und ich weiß, dass er oftmals körperlich sogar krank war,

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

aber meines Wissens hat er bei keiner Ausschusssitzung gefehlt.

(Michael Roof, FDP: Richtig. – Udo Pastörs, NPD: Das stimmt nicht. In der Wirtschaftsausschusssitzung hat er gefehlt. – Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ralf Grabow hat noch viel vor, das weiß ich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ralf, ich kann, glaube ich, im Namen aller Abgeordneten

(Heinz Müller, SPD: Aller Demokraten.)

hier sagen, dass wir für dein Engagement als Vorsitzender des Sozialausschusses sehr dankbar sind, dass du es verstanden hast, durch deine kommunikative Art über alle Fraktionsgrenzen hinweg zu arbeiten. Da habe ich manchmal so im Stillen gedacht, das ist ein „Ralf Dampf“ in allen Gassen, der ist mit allen schnell in Verbindung und kommunikativ, wie das kein anderer fertigbringt, habe ich immer gestaunt.

(Regine Lück, DIE LINKE: Nun ist es aber gut.)

Also alles Gute, Ralf. Und ich denke, im Namen der Mehrheit dieses Hauses wünschen wir dir alles, alles Gute.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Ralf Grabow, FDP: Danke.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bürgerarbeit hat ihre Berechtigung, wenn sie keine sinnlose Beschäftigungstherapie darstellt, sondern die Leute wirklich fit macht für den ersten Arbeitsmarkt. Das ist eine Frage der Beurteilung des Einzelprojekts, das man sich dann genau ansehen muss. Sie ist sinnvoll, wenn sie nicht ausbeuterisch ist – das scheint nicht der Fall zu sein. 900 Euro sind zwar nicht doll, aber eine Arzthelferin bekommt auch nicht mehr, wie ich gehört habe. Sie ist also gerade noch akzep-

tabel, wenn sie privaten Unternehmern keine Konkurrenz macht – auch das muss man anhand des einzelnen Projektes prüfen – und wenn die begründete Aussicht besteht, dass der Betreffende, der in Bürgerarbeit gebracht wird, auch tatsächlich in absehbarer Zeit eine Chance hat, in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen, weil es sonst ins Leere läuft.

Wenn das alles gegeben ist, dann kann man dem zustimmen. Die Grundidee ist erst einmal gut. Ob es sich in der Praxis bewährt, wird man sehen, wenn nicht, kann man es einkassieren. Aber ich wüsste nicht, wie ich den Leuten eine Ablehnung beibringen sollte, die in meine Hartz-IV-Sprechstunde kommen. Die würden fragen, ob ich sie noch alle habe, denn die wären froh, wenn sie so etwas kriegen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rühs von der Fraktion der CDU.

Günter Rühs, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Konzept der Bürgerarbeit ist sehr gut und findet meine volle Unterstützung.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir haben bereits ausführlich gehört, mit welchen Instrumentarien die Bürgerarbeit die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt. Im Unterschied zum immer wieder von Links geforderten zweiten und dritten Arbeitsmarkt

(Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

hat das Konzept Bürgerarbeit einen entscheidenden Vorteil. Es ist voll und ganz auf eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Danach bemisst sich der ganze Zuschnitt der Bürgerarbeitsplätze. Außerdem werden nur Tätigkeiten gefördert, die im öffentlichen Interesse liegen und nicht in Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt stehen.

Die Erfolge, welche bei der Umsetzung des Konzepts bereits gemacht wurden, hat der Wirtschaftsminister dargestellt. Auch wurde schon darauf verwiesen, dass ein ambitioniertes Ziel verfolgt wird. 1.661 Beschäftigungsmöglichkeiten sollen in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen werden. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass genügend förderfähige Beschäftigungsmöglichkeiten bereitgestellt werden.

Um dies zu unterstützen, haben wir den heutigen Antrag gestellt. Wir wollen erreichen, dass die Kommunen und andere im öffentlichen Interesse tätigen Arbeitgeber im Rahmen des Bundesprogrammes Bürgerarbeit entsprechende zusätzliche, im Gemeinwohl liegende Beschäftigungsmöglichkeiten zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt anbieten. Dadurch kann das gute und wichtige Konzept der Bürgerarbeit zu einem großen Erfolg werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Oh, oh! Die Hoffnung stirbt zuletzt.)

Das haben wir ja hier heute sowohl von Minister Seidel als auch von den Kollegen Glawe, Schulte und Grabow ebenso gehört. Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren, um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke Herr Rühs.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/4407. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/4407 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD, aber Ablehnung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 43:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Mittelstandsförderung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/4409.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Mittelstandsförderung in
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 5/4409 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Roolf von der Fraktion der FDP.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erinnern Sie sich noch an den 29.04.2009?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nö.)

Damals hat die FDP-Fraktion einen Antrag in den Landtag eingebracht, der da lautet: „Mittelstandspaket für Mecklenburg-Vorpommern“. Und wenn Sie sich den Antrag – ich denke, Sie erinnern sich alle, denn Mittelstandspolitik ist für Sie ja eine Herzenssache –

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Richtig, richtig, jawohl.)

anschauen, genau, dann sehen wir in unserem Antrag als eine der ersten Forderungen – ich wiederhole noch mal das Datum: 29.04.2009 – die Überarbeitung des Mittelstandsförderungsgesetzes für Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Heute, fast zweieinhalb Jahre später, haben wir nicht nur diese Forderung unseres Antrages nicht erfüllt, sondern wir haben als Landtag, ich denke mal, oftmals über Mittelstand geredet, wir haben auch oftmals über Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern geredet, aber das, was wir als Bekenntnis für den Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Mittelstandsförderungsgesetz ablehnen hätten können, haben wir bisher nicht getan. Und deshalb haben wir als Fraktion Ihnen heute noch mal einen Entschließungsantrag vorgelegt, wo es uns sehr wichtig ist, nämlich genau das Bekenntnis, was bisher aus diesem Hause nach unserer Auffassung so nicht gekommen ist, nachzuholen, und zwar mit unseren Aktivitäten und mit unserem Engagement für den Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei haben wir Regierungsprogramme und Regierungsentscheidungen kritisch bewertet – ich nenne da nur das Vergabegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben auch Initiativen für die Kontrolle der Landesregierung und der Landesverwaltung in Gang gesetzt – ich denke da nur an unseren Antrag zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss vom 18.06.2008 zur Verschwendung von För-

dergeldern in Mecklenburg-Vorpommern. Und wir haben eigene Programme entwickelt – da denke ich an unser Mittelstandsförderungsgesetz vom 17.03.2011.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das sind Rechenschaftsberichte
wie auf dem Parteitag.)

Zusammenfassend will ich sagen, wir haben mit unserer Arbeit Regierungsprogramme kritisch bewertet, wir haben Initiativen zur Kontrolle in Gang gesetzt und wir haben das Entscheidende, wir haben eigene Programme entwickelt. Und dem aufmerksamen Abgeordneten hier im Landtag wird auffallen, dass genau das, genau das die Kriterien unserer Landesverfassung sind, an denen Oppositionshandeln festgelegt wird. Denn im Artikel 26 unserer Landesverfassung im Absatz 2 wird uns genau dieses als Aufgabe auferlegt und genau dieses haben wir, denke ich mal, für den Mittelstand erreicht.

Und wenn ich dann, ich habe es gesagt, heute darum werbe, dass wir diesen Entschließungsantrag hier heute positiv verabschiedet werden, dann mag man sagen, das haben wir doch schon alles 35-mal in irgendwelchen Redebeiträgen gemacht, ist doch völlig unstrittig, wozu brauchen wir das noch. Auch da haben wir es Ihnen ein Stückchen leichter gemacht und haben viele Attribute und Inhalte, die auch gerade aus Regierungshandeln in den letzten Monaten mit eingebracht worden sind, in unsere Entschließung einfließen lassen, sodass es Ihnen auch aus dem Grunde nicht schwerfallen dürfte, unserer Entschließung zuzustimmen.

Ich möchte Ihnen dann an dieser Stelle auch über unsere programmatische Ausrichtung und über das, was in unserem eigenen Programm zum Thema Mittelstand zu finden ist, noch einmal zwei, drei Punkte konkret ins Gedächtnis rufen.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Wer sich unser Engagement anschaut, wer sich womöglich auch mein persönliches Engagement anschaut, der wird im Paragraphen 1 unseres Gesetzes, was wir Ihnen eingereicht haben, ein klares Bekenntnis zum Eigentümer- und inhabergeführten Unternehmen hier in Mecklenburg-Vorpommern finden und es ist uns und es ist mir sehr wichtig, dass das genau die Säulen sind, die unser Land tragen. Sie werden sehen, dass wir in unserer Initiative das Recht dieser Unternehmerinnen und Unternehmer und deren Beschäftigten stärken wollten und auch versucht haben zu stärken, indem wir ihnen einen Rechtsschutz an die Seite gestellt haben.

Und wenn Sie sich weiterhin unsere Programmatik anschauen, dann werden Sie erkennen, dass wir das, was wir für den Mittelstand tun, nicht nur in belanglose Berichte, die wir alle fünf Jahre hier mal der Ordnung halber halten, einfließen lassen wollten, sondern in strukturierte Rechenschaftsberichte, die alle zwei Jahre zu halten sind, damit wir genau die Dinge, die sich permanent verändern und auch schnell verändern, damit wir die rechtzeitig erkennen, um eben auch rechtzeitig dann die richtigen Maßnahmen einzuleiten. Das Bild des mittelständischen Unternehmers in Mecklenburg-Vorpommern richtig darzustellen, war für uns als Liberale und auch für mich eine Herzenssache und ich will es an einem sehr guten Beispiel festmachen, wie schwierig sich unternehmerisches Handeln und auch unternehmerisches Denken in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Zeiträumen entwickelt hat.

Schauen Sie sich das Thema um die Unterstützung der Griechen einmal genau an. Da haben Sie auf der einen Seite die größten DAX-Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, deren Vorstände mit Begeisterung alles unterstützen und alles begleiten, was an Geldfluss nach Griechenland notwendig ist,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Weil sie Gewinne kriegen, logisch.)

um ihre Interessen an dieser Stelle auch gewährleistet zu sehen. Und sie haben 100 unternehmergeführte Unternehmen, wo die Unternehmerinnen und Unternehmer sehr klar und sehr deutlich sagen, wir, wir müssen sehr genau, sehr genau kritisch hinschauen, was passiert mit dem Geld, was passiert mit unseren Steuergeldern, was passiert mit dem Geld, was wir zur Verfügung stellen. Ich will Ihnen an diesem einen Beispiel wirklich einfach nur zeigen, dass unternehmerisches Handeln

(Udo Pastörs, NPD: Oh Mann,
schwafel, schwafel, schwafel!)

vor allem durch Persönlichkeiten geprägt wird,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, wie Sie.)

durch Menschen geprägt wird, die auch unternehmerische Verantwortung übernehmen.

Deshalb mein Werben für unseren Entschließungsantrag. Geben Sie sich heute einen Stoß oder einen Ruck. Ich glaube, es wäre womöglich der erste oder der zweite Antrag der FDP, dem Sie zustimmen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Roof.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel. Herr Seidel, Sie haben das Wort.

Minister Jürgen Seidel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Roof, jetzt muss ich einfach mal sagen, das ist jetzt ein bisschen so wie heute früh das Thema mit dem Energieantrag bei den LINKEN. Also wir müssen uns nicht gegenseitig von der Notwendigkeit überzeugen. Das müssen wir wirklich nicht tun. Jetzt kann ich ja verstehen, dass jemand es gerne hat, wenn er dann vom Rednerpult einen Schein in die Sonne halten kann und sagen: „Guckt mal, da habe ich für euch gekämpft. Ich habe zwar keine Mehrheit bekommen, alle haben es abgelehnt, aber ich bin der Kämpfer für den Mittelstand, für das Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern.“

Ich bin Ihnen ja dankbar, dass Sie heute sogar gesagt haben, das finde ich ja auch richtig, dass ich mich sehr für das Handwerk, für den Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern einsetze,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

weil das natürlich die Erkenntnis ist, dass dieses Land, da muss man nicht lange schauen, das kriegt man relativ schnell raus, sich ausschließlich eigentlich aus Mittelstand zusammensetzt. Handwerk, Kleinstfirmen, kleine Firmen, mittelständische Firmen – das ist es. Und inso-

fern, wie gesagt, ist es wirklich nicht hilfreich, jetzt hier noch mal nachzuzukarten.

Ich habe mir mal ganz schnell heute früh noch ein paar Zahlen zusammengesucht, die will ich jetzt einfach nur mal runterratern, um deutlich zu machen, was wir für den Mittelstand tun. Ich finde das immer wichtiger, als jetzt irgendeinen Antrag hochzuhalten und guckt mal zu sagen, ich habe hier im Landtag vom Mittelstand gesprochen. Das ist es nicht.

Wir haben in den Jahren von 2007 bis 2010, also das abgerechnete Jahr 2010, 12,5 Millionen Euro ausgegeben für die Verbundausbildung. Sie wissen wie ich, das ist eine lange Forderung des Handwerks, da richtet es sich praktisch an Kleinstfirmen. Wir haben für die überbetriebliche Lehrlernausbildung 2007 bis 2006 6 Millionen Euro ausgegeben an genau dieselben Adressaten – Handwerk, kleine Firmen –, die nicht in der Lage sind, die praktische Ausbildung an den Maschinen so zu machen, wie sie heutzutage gemacht werden muss. Deswegen unterstützen wir das. Wir haben über die Gemeinschaftsaufgabe in den letzten Jahren, 2007 bis 2010, allein 562 Millionen als Zuschuss ausgegeben, das sind 2,8 Milliarden Investitionen, das sind zu 80 Prozent kleine, mittelständische Firmen nach der europäisch abgestimmten Definition.

Und ich habe das mal rausgesucht für Forschung und Entwicklung: Wir haben 91,2 Millionen ausgegeben für Forschung und Entwicklung, für die Unterstützung von Forschung und Entwicklung, allein im letzten Jahr 36 Millionen. Den Hauptschwerpunkt bildet das Thema Verbundforschung, die wir machen, weil es kleine 20-Mann-Firmen sind, die in Mecklenburg-Vorpommern diese Anträge stellen und wo wir eben die Forscher dieses Landes, also Universitäten oder außeruniversitäre Forschungseinrichtungen zusammenführen. Auch das richtet sich genau an die kleinen Firmen, an den Mittelstand.

Und wissen Sie, ich habe noch Messförderung, 3 Millionen, ich will mir das jetzt wirklich schenken. Ich könnte den ganzen Haushalt runtergehen. Wissen Sie, dann ist es natürlich, wenn Sie ernsthaft eine Übereinstimmung hier haben wollen und wenn Sie ernsthaft eine Beschlussfassung hier haben wollen, dann ist es natürlich schon eine Zumutung, in Ihrem Punkt 1 des Antrages zu sagen, im Interesse einer ausgewogenen mittelständischen Wirtschaftsstruktur ist es unumgänglich, den Mittelstand zu unterstützen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, wirklich.)

Also wissen Sie, das ist dann wirklich eine Zumutung und das zeigt mir, dass man eben nicht auf einen Konsens aus ist, sondern man sucht irgendetwas, um sich profilieren zu können. Dass das im Zusammenhang steht mit den eingereichten Entwürfen für Mittelstandsgesetze, das weiß doch jeder hier in dem Raum. Also insofern, was solls. Vielleicht mit einem Unterschied – wir gehen davon aus, dass wir auch in der nächsten Legislaturperiode Mittelstandspolitik machen werden, und insofern sind wir so selbstbewusst zu sagen, so helfen wir uns nicht. Ich empfehle die Ablehnung dieses Antrages. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ja, ich muss jetzt den Kollegen Professor Methling hier an dieser Stelle zitieren, ich hoffe, er nimmt es mir nicht übel,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Es kommt drauf an.)

aber er hat eben bei der Rede des Kollegen Roofl gesagt, er hätte den Eindruck, hier wäre der Rechenschaftsbericht des FDP-Fraktionsvorsitzenden auf dem nächsten FDP-Parteitag und ...

Habe ich Sie richtig zitiert?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:
Ja, das ist die kollektive Meinung.)

Völlig abwegig war dieser Eindruck, glaube ich, nicht.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Sehr geehrter Kollege Roofl, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion der FDP, ich denke, wir haben in den letzten fünf Jahren oft und häufig darüber gestritten, welche Wege möglicherweise die richtigen für eine Mittelstandspolitik, für eine Förderung des Mittelstandes hier in Mecklenburg-Vorpommern waren. Aber ich glaube, weder die Kollegen von der CDU noch die Kollegen der Fraktion DIE LINKE, und das nehme ich insbesondere auch für meine Fraktion in Anspruch, lassen sich hier in irgendeiner Weise unterstellen, dass wir nicht um die Bedeutung des Mittelstandes und des Handwerkes in diesem Land wüssten und dass wir nicht alles aus unserer Sicht, und das gilt dann natürlich insbesondere für die die Regierung tragenden Fraktionen, getan haben, um eine Erfolg versprechende Mittelstandspolitik in diesem Land zu machen.

Wir wissen alle, wie die Wirtschaftsstruktur in diesem Land ist. Sie ist ohnehin bundesweit schon sehr stark getragen von kleinen und kleinsten Unternehmen, von Handwerksbetrieben. Diese Situation ist bei uns im Land noch wesentlich stärker ausgeprägt, als das im Bundesdurchschnitt der Fall ist.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will nicht noch mal auf die Zahlen eingehen, die Herr Minister Seidel eben vorgetragen hat. Es sind ja Zahlen – ich sage das jetzt mal in aller Deutlichkeit –, dieser Haushalt, diese Haushaltsansätze sind ja von uns beiden getragen worden, von beiden Regierungskoalitionen, und es macht ja auch damit deutlich, dass wir entsprechend mit beiden Regierungsfractionen diese Ziele voll unterstützen.

Aber was man natürlich sagen muss, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, man hat, wenn man diesen Antrag liest, hat man natürlich, das wurde auch verstärkt von dem, was Sie hier vorgetragen haben, sehr geehrter Kollege Roofl, man hat den Eindruck gewinnen müssen, dass Sie als FDP, als FDP-Fraktion in diesem Landtag einem Thema hinterhergelaufen sind, das offensichtlich schon von anderen, nämlich von den Regierungsfractionen und von der Landesregierung Erfolg versprechend besetzt worden ist. Anders lassen sich Ihre Anträge und anders lässt sich auch der Umstand, dass Sie kurz vor Toresschluss dieser Landtagsperiode noch mal ein Mittelstandsfördergesetz eingereicht haben, nicht erklären.

Ich sage das hier an dieser Stelle ganz deutlich: Meine Fraktion, sie wird auch in der nächsten Wahlperiode dieses Thema der Mittelstandspolitik und natürlich auch vor dem Hintergrund des seit 1993 bestehenden und tatsächlich überarbeitungsbedürftigen Mittelstandsfördergesetzes in Angriff nehmen. Und deswegen haben wir auch überhaupt kein Problem damit, dass die jetzigen Gesetzentwürfe – und sie sind ja beide beraten worden im Wirtschaftsausschuss – bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht in den Landtag einkommen. Das, was an Nennenswertem, an Wissenswertem durch die Anzuhörenden im Wirtschaftsausschuss auch im Hinblick auf beide Gesetzentwürfe gesagt worden ist, das verfällt ja nicht, auch wenn die Gesetzentwürfe selber der Diskontinuität verfallen, das wird dann weiter in der nächsten Wahlperiode aufgenommen werden können. Und wer immer auch in diesem Landtag dann sitzen wird, hat die Chance, auf dem aufzubauen, was dort an Erkenntnissen gesammelt worden ist.

Ich sage das aber auch ganz deutlich, und das mag mir der eine oder andere dann auch übel nehmen, ich habe lange überlegt, ob es kurz vor Toresschluss, um diesen Ausdruck noch mal aufgreifen zu wollen, kurz vor Toresschluss überhaupt Sinn macht, am Ende dieser Wahlperiode tatsächlich ein Mittelstandsfördergesetz in Angriff zu nehmen. Herr Minister Seidel hat ja eben noch darauf hingewiesen, wir haben erfolgreiche Mittelstandspolitik mit den Regierungsfractionen in diesem Land gemacht, mit der Landesregierung. Und ob man dann tatsächlich einige Monate kurz vor Ablauf dieser Wahlperiode das selber noch mal dadurch unterstützt oder unterstreichen muss, dass man einen entsprechenden Gesetzentwurf macht, das will ich mal dahingestellt sein lassen. Ich denke mal, das ist Zielrichtung dann auch in der neuen Wahlperiode.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion der FDP, lassen Sie mich noch zwei Sätze zu Ihrem Antrag, auch zur Ziffer 2 sagen. Da nennen Sie Punkte wie die Erhöhung des Innovationspotentials, die Förderung der Kultur der Selbstständigkeit, die Sicherung des Fachkräftebedarfes und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Chancengleichheit. Lassen Sie mich zunächst mit dem letzten Punkt, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, anfangen. Wenn ich die Wahlperiode richtig in Erinnerung habe, ist es gerade meine Fraktion gewesen – und da hat es dann ja auch lange Diskurse gegeben mit unserem Koalitionspartner –, die vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf darauf gedrungen hat, dass eben zum Beispiel im Ladenöffnungsgesetz Regelungen geschaffen werden, wie gerade für Frauen, die dort arbeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser erreicht werden kann.

Und, Herr Kollege Rooff, wenn ich die Punkte Sicherung des Fachkräftebedarfes, Kultur der Selbstständigkeit oder Erhöhung des Innovationspotentials nehme, dann kann ich ja nur entweder der Auffassung sein, Sie haben die Diskussion, die über die ganze Bandbreite der demokratischen Fraktionen hier in den letzten fünf Jahren auch zu den verschiedensten Gesetzentwürfen geführt worden ist, entweder nicht verfolgen wollen oder Sie haben sie nicht verfolgen können. Denn genau diese Punkte sind über die verschiedensten Anträge, über die verschiedensten Gesetzentwürfe und natürlich auch über die Haushaltsbeschlüsse in diesem Landtag immer wieder aufgenommen und ersetzt worden. Und ich muss jetzt nicht nur auf die Debatte heute Morgen oder gestern zurückgreifen, die Sicherung des Fachkräftebedarf-

es ist wohl das Problem, das uns alle gemeinsam in diesem Land am meisten antreibt.

Deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sieht meine Fraktion keinerlei Anlass, diesem Antrag heute zu folgen. Er ist völlig überflüssig und er würde uns selber im Endeffekt sogar nur in ein schlechtes Licht stellen, wenn wir den heute mit beschließen würden, weil wir ja tatsächlich den Eindruck erwecken würden, als ob es dieses Antrages bedarf.

Sehr geehrte Kollegen, lassen Sie mich dann zum Schluss aber noch einen Hinweis geben aus den Gesprächen, die ich in der letzten Zeit auch in meiner Funktion als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses geführt habe. Das ist eine Bitte, eine Empfehlung, die Sie vielleicht mit den dann neu gewählten Kolleginnen und Kollegen in den kommenden Landtag aufnehmen mögen: Es hat in den Gesprächen mit den Kammern in diesem Land immer wieder den Wunsch gegeben, dass in die Geschäftsordnung des Landtages eine ähnliche Regelung aufgenommen würde, wie sie gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden zum Tragen kommt, nämlich dass, wenn Angelegenheiten der Wirtschaft in Ausschussberatungen, insbesondere in Beratungen des Wirtschaftsausschusses behandelt werden, eine entsprechende Regelung aufgenommen wird, dass die Kammern, also die Industrie- und Handelskammern beziehungsweise die Handwerkskammern, dann dazu gehört werden sollen.

Wir haben uns zwar, ich glaube, über die ganze Breite des Ausschusses immer darauf verständigt, bei den entsprechenden Anhörungen das aufzunehmen und die entsprechenden Vertreter zu laden, aber ich denke, es wäre auch unter dem Gesichtspunkt einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik und natürlich auch vor dem Hintergrund der Stärkung des Mittelstandes in diesem Land durchaus sinnvoll, wenn die kommende Geschäftsordnung des Landtages in einem entsprechenden Punkt angepasst werden sollte und den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern ähnliche Rechte eingeräumt werden könnten, wie das bereits bei den kommunalen Spitzenverbänden der Fall ist. Das würde uns nicht wehtun und die entsprechende Bedeutung, die wir diesen Körperschaften einräumen, noch einmal unterstreichen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Holter von der Fraktion DIE LINKE.

Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass die LINKE in der letzten Sitzung des Landtages oder voraussichtlich letzten, weiß ich ja nicht, in der voraussichtlich letzten Sitzung des Landtages dieser Wahlperiode einen Antrag zur Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik einbringt oder die Koalitionsfraktionen einen Antrag zur Stärkung der Bürgerarbeit einbringen, ist genauso legitim, wie die FDP einen Antrag zur Stärkung des Mittelstandes einbringt. Und dass wir uns in den Debatten dann auch aus unterschiedlichen Sichten und unterschiedlichen Positionen heraus dazu noch mal verständigen, versteht sich von selbst. Klar, jeder will auch sicherlich Pflöcke für den bevorstehenden Wahlkampf einschlagen. Das, glaube ich, liegt auf der Hand und wäre auch absurd, das nicht anzuerkennen.

Was aber die FDP hier macht, verwundert mich insofern schon, weil, Herr Roof, Sie haben ihr Mittelstandsfördergesetz hier vorgelegt. Die Koalition hat daraufhin ihren Gesetzentwurf in dieses Hohe Haus eingereicht. Wir haben diese andiskutiert, wir haben auch eine Anhörung dazu durchgeführt, aber zu einer Entscheidung kommt es nicht mehr. Darüber kann man jetzt unterschiedlicher Auffassung sein, ob es gut oder richtig ist. Ich habe ja die Gesetzentwürfe bewertet, das will ich hier jetzt gar nicht mehr tun. Sie machen jetzt eins: Sie gehen wie in einem Gesellschaftsspiel zurück auf Anfang

(Michael Roof, FDP: Richtig.)

und versuchen also, die gesamte Debatte noch mal aufzurollen.

Ich kann mich gut erinnern, gerade auch weil es jetzt die letzte Sitzung ist und Herr Seidel und ich uns ja in vielen Fragen inhaltlich heftig und kräftig streiten. Finde ich ja auch gut, aber wir haben, als es die Krise gab, wenn man so will, auch einen vielleicht nicht ausgesprochenen Konsens oder eine Vereinbarung gefunden – ich will das mal deutlich machen an dem Zukunftskonzept für die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern –, dass wir erst mal abwarten, wie wir aus der Krise herauskommen, und dann Strategien entwickeln. Das habe ich im Prinzip auch im Wirtschaftsausschuss damals mit unterstützt und gesagt, das ist erst mal der richtige Weg.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Erste und vorrangige Aufgabe ist Krisenbewältigung. Das man da auch wieder unterschiedliche Ansätze gehabt hat, ist wieder ein anderes Thema.

Die zweite Geschichte ist, auch im Hinblick auf das, was wir beim Antrag zur Arbeitsmarktpolitik diskutiert haben, selbstverständlich, und das einigt doch die demokratischen Fraktionen, für den Mittelstand kann man nicht genug tun. Da könnte ich jetzt auch lang und breit darüber sprechen, was ich da für notwendig halte. Wenn ich mir den Punkt 2 hier anschau, die vier Punkte, na, die kann man doch locker unterschreiben. Jetzt kommt aber die spannende Frage, auf das Wie kommt es an und noch viel mehr kommt es auf die Qualität an. Das, glaube ich, ist dann wieder ein Unterschied, der ja sicherlich uns dann wieder auszeichnet. Und darüber muss man doch diskutieren: Wie soll eigentlich das, was hier steht, praktiziert werden? Wie wollen Sie das Innovationspotenzial erhöhen?

So, da hat Herr Schulte ja in Bezug auf den Haushalt diskutiert. Das habe ich ja auch schon sehr oft angesprochen. Auch in unserem Wahlprogramm steht natürlich, nicht nur natürlich, sondern das habe ich, das kann ich jetzt so sagen, an der Stelle auch so gewollt, dass wir noch viel mehr und viel stärker auf Innovation setzen müssen. Jetzt müssen wir mal darüber sprechen: Was ist denn eigentlich Innovation?

(Michael Roof, FDP: Es geht
doch um das Vergabegesetz.)

Diejenigen, die bei der Branchenkonferenz zur Gesundheitswirtschaft, da kann ich auch noch was zu sagen,

(Michael Roof, FDP: Ja.)

also bei der Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft waren in dem einen Forum, haben ja sehr wohl mitgenommen, dass nicht alles, was sich Innovation nennt, auch Innovation bedeutet.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Modewort.)

Darüber muss man auch noch mal sprechen, deswegen rede ich über die Qualität.

Wenn es darum geht, auch den Mittelstand zu stärken, dann hat auch die Debatte über den Mindestlohn aus meiner Sicht etwas mit Stärkung des Mittelstandes zu tun. Es hat etwas mit der Zukunft der Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zu tun. Wenn wir nicht aus dem Niedriglohnbereich herauskommen, dann werden wir die Fachkräfteproblematik nicht lösen können, weil nämlich, logischerweise, insbesondere die jungen Leute sich danach umschauen, wo wird am meisten oder am besten bezahlt, so – und dann können wir über Mittelstandsförderung sprechen noch und nöcher. Wenn also insgesamt das Lohnniveau in Mecklenburg-Vorpommern nicht angehoben wird, jetzt lasse ich mal die Wege dahin weg, dann werden wir also auch hier mit der Förderung des Mittelstandes nicht weiterkommen. Da können Sie jetzt viel über die anderen Punkte hier reden.

Wir haben auch sehr viel darüber gesprochen, weil Herr Schulte das auch angesprochen hat, über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Familie und Beruf und die Chancengleichheit. Auch da gilt es doch, nicht nur den Appell in die eine Richtung, sondern in die andere Richtung zu senden, und da gilt es doch auch, einen, wenn man so will, gesellschaftlichen Konsens zu finden, wie wir denn tatsächlich das ermöglichen wollen, dass wir Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus der Elternzeit wieder einen beruflichen Einstieg ermöglichen. Das sind doch alles Debatten, die wir führen müssen. Aber wenn es dann wieder heißt, über das Wie, und wir die vielen Modellprojekte, die wir in der Vergangenheit alle miterlebt haben, auch positiv bewerten, die aber abbrechen, weil keine Förderung mehr zur Verfügung steht, dann bin ich doch der Meinung, wir brauchen hier eine nachhaltige und eine verestigte Geschichte, um tatsächlich auch über diesen Weg den Mittelstand zu fördern, damit man nicht fragen muss: Das Modellprojekt läuft übermorgen aus, und danach? Das ist doch die Frage und das kommt meines Erachtens hier in Ihrem Antrag so nun gar nicht zum Ausdruck.

Ich kann feststellen, ohne jetzt die einzelnen anderen Punkte durchdeklinieren zu wollen, dass das, was ich bei der Einbringung Ihres Mittelstandsfördergesetzes hier vorgetragen habe, dass das bei Ihnen angekommen ist. In dem Sinne herzlichen Dank. Links wirkt!

Aber wir sind der Überzeugung, dass Ihr Antrag heute hier nicht verabschiedet werden sollte. Sie sollten sich tatsächlich überlegen, ob das, was Sie in Bezug auf den Mittelstand versuchen, die Wirkung erzeugt. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie viel konkreter sagen, was Sie für den Mittelstand tun wollen. Das vermisse ich bei der FDP. Den Ansatz unterstützen wir. Wir werden uns deswegen zu Ihrem Antrag enthalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller für die Fraktion der CDU.

(Vincent Kokert, CDU: Gib alles, Wolfgang!)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Roof, Sie begannen und einer der ersten Sätze war, und das haben Sie sehr ironisch gemeint, Mittelstand ist ja für alle hier Ehrensache. Entsprechend Ihrer ironischen Wertung wollten Sie damit suggerieren, dass die FDP die einzige Partei ist, die die Fahne des Mittelstandes hochhält.

(Hans Kreher, FDP: Ja. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Ich glaube, das ist Ihnen nicht angemessen.

(Vincent Kokert, CDU: Das wäre aber dann eine ganz kleine Fahne.)

Ihnen persönlich ist das nicht angemessen, diese Aussage. Ich glaube, Sie kriegen da auch, in der Schule würde man sagen, kein Bienchen,

(Hans Kreher, FDP: Das wollen wir auch gar nicht.)

nicht von uns, sondern von dem Klientel, das Sie vertreten möchten, vom Klein- und Mittelstand, weil die sehr wohl eine pragmatische Wirtschaftspolitik im Land Mecklenburg-Vorpommern bestätigt haben. Insofern ging das in der Tat am Thema vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Ralf Grabow, FDP: Oha!)

Um es ganz deutlich zu sagen, Mittelstandsförderung ist selbstverständlich eine Herzensangelegenheit der CDU-Fraktion und war es auch der Koalitionsfraktionen. Man kann es auch nicht oft genug betonen, aber, Herr Roof, es ist unser täglich Brot – das täglich Brot des Wirtschaftsministeriums,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

das täglich Brot der CDU-Fraktion und der Koalitionsfraktionen. Deswegen haben wir auch die Erarbeitung eines neuen Mittelstandsfördergesetzes unterstützt und positiv begleitet.

(Hans Kreher, FDP: Nachdem wir erst eins eingereicht haben.)

So ist es.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Sie haben vollkommen Recht, will ich gar nicht abstreiten. Im Wirtschaftsausschuss wurden der Gesetzentwurf der FDP und der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Mittelstandsförderung in Mecklenburg-Vorpommern parallel beraten.

Wie wir auch schon vom Wirtschaftsminister hören konnten, bestand nicht nur aus unserer Sicht, sondern auch aus Sicht der angehörten Verbände im Wirtschaftsausschuss große Einigkeit über dieses Gesetz. Ein erneuter Gesetzentwurf wird durchweg positiv eingeschätzt, er soll die jetzigen Regelungen zur Mittelstandsförderung, die seit Anfang der 90er-Jahre gelten, ersetzen,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Regelungsfelder wie Fachkräftebedarf, Unternehmensnachfolge. Ich will das nicht alles aufzählen, wir haben inhaltlich ja darüber gesprochen. Die Wirtschaftspolitik, gerade für den Mittelstand, stand in den letzten Jahren immer im Vordergrund. Und man kann sich natürlich selber loben, aber ich habe es eingangs gesagt, selbst die Wirtschaftsverbände des Klein- und Mittelstandes

haben diese pragmatische Wirtschaftspolitik als positiv bewertet.

Es konnten ja auch beachtliche Erfolge erzielt werden, die sind auch schon genannt worden. Wichtig scheint es mir, aber doch zu erwähnen, Herr Holter hatte es auch gesagt, die Wirtschafts- und Finanzkrise und die damit zusammenhängende Werftenkrise

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

konnten bewältigt werden und trotz dieser dramatischen Einschnitte lag das Exportvolumen 2010 mit circa 6 Milliarden wieder auf dem gleichen Stand wie 2008 vor der Krise. Damit hat es sich seit 2005 mehr als verdoppelt. Auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist dank der Entwicklung des Mittelstands sehr positiv verlaufen. Seit 2006 gab es einen Zuwachs von über 26.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Diese Konzentration auf diese Aufgaben war bei aller Notwendigkeit eines neuen Mittelstandsfördergesetzes während dieser Zeit vordringlich und diese Schwerpunktlegung hat sich, wie gezeigt, ausgezahlt.

Jetzt ist aber das Projekt eines neuen Mittelstandsfördergesetzes wichtig, auch darüber bestand Einigkeit in der Anhörung vor dem Ausschuss. Allerdings gibt es einige Punkte im Entwurf der FDP, wir haben darüber gesprochen, die nicht in ein solches Gesetz gehören. Regelungen über die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen und Vergabemodalitäten müssen in einem solchen Gesetz, wie schon gesagt, nicht aufgenommen werden. Wir haben hier in diesem Landtag gestern und vorgestern die Spezialgesetze dafür erlassen.

All dies spricht aber insgesamt für die Einigkeit zwischen den Koalitionsfraktionen, aber auch der FDP-Fraktion über die Notwendigkeit des Gesetzes. Den heutigen Antrag haben Sie, Herr Roof, meines Erachtens nicht aufgrund von inhaltlichen Differenzen gestellt, sondern, weil Sie mit den Abläufen nicht einverstanden waren, weil Sie Ihr Ziel nicht erreicht haben.

Es ist richtig, dass aufgrund des Beratungsablaufes im Wirtschaftsausschuss das von uns vorgelegte Mittelstandsfördergesetz nicht mehr auf der aktuellen Landtagssitzung verabschiedet werden konnte. Die Kritik, die Sie mit Ihrer Pressemitteilung geäußert haben, dass es uns mit dem Gesetz nicht ernst sei, möchte ich aber dennoch, ich habe das zwar schon in der Presse gemacht, aber hier heute nochmals entschieden zurückweisen.

(Hans Kreher, FDP: Das sehen wir anders.)

Das Thema liegt uns vielmehr so sehr am Herzen, dass wir auf das im Wirtschaftsausschuss formulierte Anliegen, eine Anhörung durchzuführen, nicht zugunsten einer Verabschiedung auf der letzten Landtagssitzung verzichten wollten. Dies ist angesichts der wichtigen Regelungsmaterie auch richtig so. Die solide vorbereitete Anhörung, die im Wirtschaftsausschuss durchgeführt wurde, hat dazu geführt, dass diese Landtagssitzung nicht mehr zu erreichen war. Das heißt keinesfalls, dass die gewonnenen Erkenntnisse nicht umgesetzt werden. Wir, die CDU-Fraktion, sind vielmehr fest entschlossen, in der neuen Legislatur das im Wirtschaftsausschuss besprochene Gesetz zu erlassen. Darin stimmen wir, wie bereits gehört, mit dem Wirtschaftsminister vollkommen überein.

Ich fordere Sie deshalb auf, meine Damen und Herren, die inhaltliche Diskussion tatsächlich im Vordergrund zu belassen, Streitereien über die Verfahrensabläufe brin-

gen uns in der Sache nicht weiter. In der Sache steht die CDU-Fraktion nach wie vor für eine erfolgreiche mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik. Das wird auch so bleiben. Diesen Antrag brauchen wir dafür nicht. Ich bitte Sie daher, lehnen Sie diesen Antrag ab. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Roof, wer sich ständig anbietet, wird abgestoßen. Vielleicht haben Sie es in Ihrer eigenen Fraktion ja schon erlebt.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Und was Sie hier zum Beispiel heute mit Ihrem letzten Antrag, zu dem Sie wahrscheinlich gleich sprechen, vorgelegt haben, das ist wieder so eine Anbiederungsnummer, die Sie hier abziehen. Das heißt also, Sie versuchen, kurz vor Toresschluss noch zu punkten, für oder bei einer Klientel zu punkten, für die Sie sich anmaßen, ganz alleine hier in diesem Hause Verantwortung zu tragen. Sie täuschen also etwas vor, wenn Sie Ihre Wahlergebnisse sehen und die Umfragen, die neuesten, was in der Realität überhaupt gar nicht vorhanden ist. Das schwirrt nur in dem Köpfchen vom Fraktionsvorsitzenden der extrem liberalen, kapitalistisch orientierten FDP herum,

(Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

und das nur noch wenige Stunden, denn dann ist für Sie hier Feierabend. In der nächsten Legislatur, ganz sicher, sitzen Sie nicht auf irgendeinem Stuhl und können hier diese primitive, ich möchte sagen, populistische Nummer abziehen in Richtung Mittelstand, was Sie hier heute noch tun können. Das vorab.

Das Zweite ist, die FDP hat mit sehr viel Euphorie hier vor fünf Jahren und auch relativ schwach oder, ich möchte sagen, relativ schwach begonnen. Aber das, was Sie hier jetzt zum Schluss abliefern, da sind Sie auf einem Niveau angekommen, das kann ein Sechstklässler auch aufschreiben, der ein klein bisschen von zu Hause Bildung mitbekommen hat, denn in den Schulen hier in Mecklenburg-Vorpommern spielt der Unterricht, was also Wirtschaft und Selbstständigkeit, Unternehmerkultur et cetera angeht, überhaupt gar keine Rolle. Und das haben Sie nicht zu verantworten, sehr wohl. Das haben ganz andere zu verantworten. Das haben die zu verantworten, die hier 1990 aufgetreten sind und den Leuten etwas von blühenden Landschaften erzählt haben.

Wenn Sie jetzt in Ihrem Antrag hier kommen und so Allgemeinplätze belegen, wie, ich zitiere mal, „innovationskraftsteigernde sowie effizienzsteigernde und bürokratiensenkende, zukunftsgerichtete Mittelstandsförderung in Mecklenburg-Vorpommern (ist) unumgänglich“, ja, sagen Sie mal, da haben Sie aber einen tollen Satz hingefriemelt. Wunderbar! Nennen Sie mir mal einen einzigen, auch Nichtfachmann, der draußen auf der Straße diesem widersprechen würde.

Was Sie hier abliefern, Herr Roof, hätte ich Ihnen nicht zugetraut. Ich vermute, das haben Sie gar nicht geschrieben. Ich traue Ihnen einiges zu, aber das nicht. Und der, der Ihnen das aufgeschrieben hat, ist wahrscheinlich ein

Heckenschütze in Ihrer Mannschaft oben, die froh ist, wenn Sie dahin gehen, wo Ihre Fraktion Sie sehen will. Nämlich raus hier aus dem Parlament und raus aus der Verantwortung als Fraktionsvorsitzender der FDP. Und das kann ich und meine Fraktion, das können wir sehr gut verstehen.

Noch ein Wort zu dem, was der Herr Wirtschaftsminister eben ausgeführt hat. Herr Wirtschaftsminister, mit Verlaub, ich verstehe ja, dass Sie frohlocken, weil die Zahlen nicht schlecht sind, und ich weiß auch, dass Sie, und das meine ich jetzt ehrlich, dass Sie ein Mann sind, der zweifellos aus meiner Sicht nicht umsonst ein gewisses Ansehen im Mittelstand genießt. Aber ich muss Ihnen auch sagen, was Sie hier eben gemacht haben, dass Sie so versucht haben darzustellen, dass die Zahlen, so, wie sie jetzt sind, das Verdienst einzig und allein der Politik in den letzten fünf Jahren, also dieser Regierungskoalition geschuldet sind, das ist auch ein Ammenmärchen, Herr Minister.

Ihnen ist zu Hilfe gekommen, dass ganz einfach die Wirtschaft, die kleinen Betriebe – und Sie wissen, dass wir bei 95, 98, 99 Prozent weniger als 200 Beschäftigte hier haben im Land –, dass nämlich diese kleinteilige Wirtschaft es trotz größter Schwierigkeiten geschafft hat, relativ das Niveau zu halten, denn viel mehr ist es nicht, was wir vor der Krise hatten. Wenn Sie dann sich hier hinstellen und von guten Zahlen bei der Beschäftigung reden, dann müssen Sie auch da in die Qualität schauen. Wenn jemand beschäftigt ist, heißt das noch lange nicht, dass er ein vernünftiges, sozial auskömmliches Einkommen hat in diesem Land. Wir sind nach wie vor ein Land der Hungerleider.

Wenn man dann Nachwuchs rekrutieren will, dann muss man auf die Bildung schauen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

denn da sagen die Handwerksmeister, jeder vierte, fünfte Schüler, den ihr uns schickt, den können wir überhaupt gar nicht als Handwerksgehilfe ausbilden, der ist ganz einfach gar nicht ausbildungsfähig, der ist überhaupt nicht in der Lage, einen Beruf als Tischler, als Schlosser, als Bäcker, Konditor oder als Mechatroniker durchzustehen.

Also wer den Mittelstand fördern will, der darf dann auch nicht wie Sie, Herr Roof, jubeln, wenn wir eine EU-Dienstleistungsrichtlinie hier verabschieden müssen und Sie dann beide Hände heben. Wunderbar von der EU, da kann dann alles kommen und zusätzlich Wettbewerb machen, bloß die Löhne und die Preise, die sollen ja steigen, aber die Löhne nicht, dass das dann nicht geschehen darf, das haben wir seit 1. Mai. Und da haben Sie dann auch wunderbar begrüßt, dass wir jetzt die Arbeitnehmerfreizügigkeit in diesem Land endlich geschafft haben, dass die Friseurin mit 5,20 Euro brutto die Stunde Konkurrenz gemacht bekommt von jemandem aus dem Ostblock, dem ehemaligen Ostblock, aus den östlichen Mitgliedsstaaten, die hier irgendwo vielleicht dann das Gleiche anbietet für 4,20 Euro.

Das ist keine Mittelstandsförderung. Sie sind nicht die Partei des Mittelstands. Sie sind naiv, nichts anderes. Ihren Antrag lehnen wir selbstverständlich ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Herr Roolf.

Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke mal, die Debatte über das Thema hat uns genau dahin geführt, was zu erwarten gewesen ist. Wenn wir an der Arbeit der Landesregierung Kritik geübt haben, was den Mittelstand anbelangt, ist uns gesagt worden, wir würden übertreiben. Wenn wir sie überprüft haben, dann hat man gesagt, mit dieser Überprüfung, mit dieser Art und Weise der Auseinandersetzung reden wir das Land schlecht. Und wenn wir eigene Anträge gestellt haben, meine Damen und Herren, dann kam von der Landesregierung: Haben wir schon lange gemacht, haben wir vor, werden wir demnächst vorlegen, brauchen wir nicht. Das sind die drei Kriterien, nach denen Sie unsere Arbeit hier begleitet haben.

Wenn Sie sich dann unseren Antrag anschauen, dann sind es wirklich genau die drei Punkte, die meine beiden Kollegen auch aus dem Wirtschaftsausschuss hier angesprochen haben, wo wir klare Antworten gegeben haben. Herr Schulte, na klar, Ladenöffnung. Wir Liberalen wollen, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer frei entscheiden können, wann sie ihr Geschäft eröffnen. Und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir den Vorschlag gemacht, längere Betreuungszeiten in Kitas zu ermöglichen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wer war dagegen? Sie waren dagegen. Sie sagen hier heute, wir heldenhaften Sozialdemokraten werden jetzt auch den Kammern die Möglichkeit geben, dass sie im Wirtschaftsausschuss mit angehört werden. Herr Schulte, wir wollen öffentliche Sitzungen des Ausschusses hier im Landtag. Da muss keiner bitten und betteln, das ist unsere Vorstellung von parlamentarischer Demokratie.

(Der Abgeordnete Jochen Schulte
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Und dem Kollegen Waldmüller, dem sozialdemokratisierten Kollegen Waldmüller,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Ja, natürlich. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Also einem
Bayern das zu unterstellen, einem Bayern.)

dem möchte ich an dieser Stelle zurufen, wenn wir nicht die Initiativen zur Kommunalverfassung aufgebracht hätten, die wir gemacht haben, wo jede Menge CDU-Menschen wie aufgeschreckte Hühner

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der CDU)

durchs Land gelaufen sind und gesagt haben, oh, so haben wir den Referentenentwurf

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

doch nicht gemeint, wir korrigieren da noch mal nach. Schauen Sie sich Ihren Referentenentwurf zur Kommunalverfassung an

(Hans Kreher, FDP: Richtig.)

und schauen Sie sich an, was am Ende daraus geworden ist! Sozialdemokratisierter kann man nicht sein als CDU. Mein Anspruch wäre das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Schulte?

Michael Roolf, FDP: Nein, Herr Kollege Schulte. Gerne mal bei einem Glas Wein später.

(allgemeine Heiterkeit)

Dann sind wir bei der Endbewertung, bei der Abschlussbewertung unserer Arbeit für den Mittelstand, für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern. Und da stellen wir uns die Frage, Herr Minister Seidel: Waren wir erfolgreich? Erfolg definiert jeder für sich unterschiedlich. Erfolg macht sich daran aus, wie viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wir in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen haben.

(Udo Pastörs, NPD: Auch, unter anderem.)

Da werden mir Zahlen von 26.000 gesagt. Ich habe mir die Zahlen vom Dezember 2006, damals sind wir hier im Parlament neu dabei gewesen, und habe sie mir im April 2011 angeschaut. Dort haben wir ein Auflaufen ...

(Zuruf von Minister Jürgen Seidel)

Wir können noch einen Monat mehr nehmen, Herr Minister.

Wir vergleichen jetzt einmal Äpfel mit Äpfeln. Da sind wir bei der Situation, dass wir erkennen, dass wir einen Aufwuchs von versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Mecklenburg-Vorpommern in dem von mir benannten Zeitraum von 3,5 Prozent haben,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

von 3,5 Prozent, Herr Kollege Kokert. Das ist erfolgreich.

(Vincent Kokert, CDU: Ich kenne die Zahlen,
die brauchen Sie mir nicht zu erzählen.)

Die ostdeutschen Bundesländer, alle zusammen, haben 5,4 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern 3,5 Prozent. Das heißt, wir sind nicht mal Durchschnitt, wir sind nicht mal Mittelmaß. Und für mich ist erfolgreiche Arbeit, mich nicht unterhalb eines Mittelmaßes anzusiedeln, sondern zu erreichen, dass ich überdurchschnittlich etwas erreiche. Wer sich mit Mittelmaß abfindet, der tut der Wirtschaft keinen Gefallen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich, wenn wir es im Lande Mecklenburg-Vorpommern bei dem Füllhorn der Gelder nicht mal geschafft haben,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Mittelmaß zu sein, kann ich von Erfolg nicht sprechen.

(Udo Pastörs, NPD: Schwach.)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Roolf.

Sie haben soeben Ihren letzten Redebeitrag hier im Parlament absolviert und Sie haben mit Ihrer Rede wieder einmal gezeigt, dass Sie es schaffen, dieses Parlament in Aufregung zu versetzen und die Abgeordneten zu einem lebhaften Kommentieren und Äußern zu dem, was Sie sagen, zu bewegen. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/4409. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/4409 bei Zustimmung der Fraktion der FDP, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 44**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Zukunftskonzept zum Schweriner Sportpark „Paulshöhe“ erstellen, auf Drucksache 5/4413.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Zukunftskonzept zum Schweriner
Sportpark „Paulshöhe“ erstellen
– Drucksache 5/4413 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund der Debatte, die wir hier vorhin beendet haben, möchte ich das Problem Paulshöhe jetzt mal aus einer ganz anderen Richtung beleuchten und anfassen, weil es irgendwie doch zusammengehört. Mittelstand, Wirtschaft, soziale Leistungen des Staates, Daseinsfürsorge,

(Heinz Müller, SPD: Vorsorge.)

abgesichert sein, Gesunderhaltung – das sind alles Themen, die in einer Symbiose meiner Meinung nach zusammengehören. Die NPD-Fraktion hat Ihnen einen Antrag vorgelegt, weil aufgrund einer asozialen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik hier in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren Verhältnisse geschaffen wurden,

(Jörg Heydorn, SPD: Tah, tah!)

die gerade für die jungen Menschen hier am Standort Mecklenburg-Vorpommern und – heute speziell mein Thema – hier im Großraum Schwerin unerträglich geworden sind. Wir haben eine Abwanderung der Jugend, der Leistungsfähigen, der Leistungswilligen, wir haben auf der anderen Seite eine Infrastruktur, die den jungen Menschen als wenig attraktiv erscheint. Und ich glaube, dass gerade die sportliche Betätigung der Jugend eine unverzichtbare Größe ist, ohne die ein vernünftiges und zufriedenes nach vorne gerichtetes Denken der nächsten Generation undenkbar ist.

(Jörg Heydorn, SPD: Stellen Sie sich doch vor den Spiegel und halten Ihre Rede!)

Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Problem der Sportstätten folgte unmittelbar dem Problem der Schulschließungen. Wir haben in der Fläche komplett die kleinen Schulen dichtgemacht, weil in der Fläche die Jugend weggelaufen ist beziehungsweise die Menschen, die sich dort noch befinden, überhaupt gar kein Interesse mehr daran haben, Jugend in die Welt zu setzen, also Kinder zu bekommen.

Das berühmte Vergreisungssystem dieses Landes drückt sich dann auch aus auf dem Gebiet des Vorhaltens von Sportstätten. Ich las heute Morgen in der Zeitung, dass Mecklenburg-Vorpommern auf allen Gebieten Spitzenreiter werden will – Gesundheitsland, Sportland,

Tourismusland, Bildungsland. Und dann habe ich mal kurz abgeklopft: Wo sind wir denn überhaupt spitze?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Heute Morgen steht in der Zeitung, dass – im Bereich des Sportes, Schwimmen – 30 Prozent der jungen Menschen unter zehn Jahren noch nicht mal schwimmen können. Aber Fußballspielen möchten die Jugendlichen und das können sie auch mit relativ einfachen Mitteln.

(Irene Müller, DIE LINKE: Man merkt, dass Sie keine Ahnung haben. – Zurufe von Jörg Heydorn, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Jetzt gibt es einige Stadien hier in Mecklenburg-Vorpommern und eins davon ist eben Paulshöhe, das seit 1920 der Jugend die Möglichkeit gibt, sich sportlich zu betätigen. Und jetzt, so die Lage, ist die Stadt dabei, Überlegungen anzustrengen, inwieweit sie möglichst schnell dieses Traditionsstadion den Jugendlichen wegnehmen kann, weil sie sich selbst in die Lage gebracht hat, dass sie unbedingt viel Geld braucht. Wir haben uns natürlich gekümmert durch Kleine Anfragen, wir haben natürlich versucht herauszufinden, was zunächst mal an dem Gerücht, dass Paulshöhe verkauft werden soll, dran ist, und ich muss Ihnen sagen, es ist sehr, sehr traurig, dass das, was die Fans in erster Linie und die Fußballer in diesem Stadion schon lange befürchten, Wirklichkeit zu werden droht.

Deswegen heute hier unser Antrag, der ganz klar lautet, dass wir oder dass die Regierenden und die Stadt einen Weg finden müssen, um dieses Stadion der Jugend in dieser Stadt zu erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wer, meine sehr verehrten Damen und Herren, Geld hat für Auslandseinsätze der Bundeswehr in mehr als sechs Ländern, wer Geld hat für eine jährliche Nettozahlung in die EU von 14 Milliarden Euro, für die steigenden ...

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Immer wieder die gleiche alte Leier! – Stefan Köster, NPD: Aber immer wieder neu.)

Das ist nicht die alte Leier, Herr Dr. Jäger. Das ist die festgeschriebene Kontinuität der Zahlungen der BRD an die EU, die wir grundsätzlich natürlich ablehnen. Und deswegen werde ich das so lange wiederholen, wie die Bundesrepublik Deutschland nicht gescheit wird und endlich aus diesem Verein aussteigt,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

auch wenn Ihnen das, Herr Dr. Jäger, natürlich nicht gefällt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, weil das völlig unsinnig ist, was Sie da eben sagen. Das ist Blödsinn! Blödsinn!)

Wir zahlen für Diäten,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wir zahlen selbst für eine Loveparade,

(Zurufe von Jörg Heydorn, SPD, Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

wir zahlen für Asylbetrüger in Millionenhöhe

(Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

und für die deutsche Jugend ist kein Geld da,
(allgemeine Unruhe)

meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Das ist ein Zustand ...

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ein Elend ist das.)

Und das ist ein Elend, Herr Dr. Backhaus. Vielen Dank für die Zustimmung.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Die hätte ich jetzt in diesem Punkt von Ihnen, Herr Dr. Backhaus, gar nicht erwartet.

(Jörg Heydorn, SPD: Aber einen schicken Scheitel haben Sie.)

Ich bedanke mich jedoch für die Unterstützung.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Mit Ihnen stimmt doch was nicht. –
Stefan Köster, NPD: Sie müssen nicht von sich auf andere schließen.)

Und ich sage Ihnen, wenn Sie in den nächsten Jahren weniger Geld aus den Töpfen der EU bekommen, die wir vorher hineingezahlt haben, die dann woanders hingehen ...

(Dr. Till Backhaus, SPD: Was haben Sie denn da eingezahlt?)

Wir zahlen

(Dr. Till Backhaus, SPD: Sie?!)

als Bundesrepublik Deutschland

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie kassieren nur. –
Jörg Heydorn, SPD: So ist das.)

jedes Jahr netto, Herr Dr. Backhaus, 14 Milliarden netto.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Wie viele Menschen haben Sie denn schon beschissen, Sie persönlich?)

Ich habe Ihnen doch mal erklärt, wie Ihre Exfrau bei mir war, wenn ich das aufgreifen darf,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Machen Sie mal! Erklären Sie mal alles!)

und die sich nicht beschissen fühlte. Sie fühlte sich wahrscheinlich eher beschissen, als sie merkte, wen sie geheiratet hat,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und sich dann hat schnell scheiden lassen. Das ist der Fakt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Till Backhaus, SPD: Sie haben einen Pfostenschuss!)

Sie holen sich bei mir immer eine blutige Nase ab, aber immer wieder versuchen Sie es.

(Jörg Heydorn, SPD: Als vorbestrafter Volksverhetzer leben Sie von unseren Geldern.)

Ich komme zum Thema.

(Jörg Heydorn, SPD: Als vorbestrafter Volksverhetzer leben Sie von unseren Geldern und stellen sich hier hin und erzählen uns so ein Märchen. Da glauben Sie doch selber nicht dran. Jetzt fängt er auch noch an zu grinsen, weil er weiß, was er hier für ein Gesabber abgibt.)

Die Stadt, mein lieber Herr Schreidorn, hat uns mitgeteilt,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Sie haben doch einen Vollpfostenschuss!)

dass sie bis zum 31.03. ...

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das finde ich auch nicht ganz fair hier. Am besten, er fliegt wieder raus. Das ist ja unerträglich.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich muss Ihnen einen Ordnungsruf erteilen.

Udo Pastörs, NPD: Das fällt Ihnen ja nicht schwer.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Nein, das fällt mir nicht schwer, weil Sie eben gegen die Würde des Hauses verstoßen haben.

(Michael Andrejewski, NPD: Welche Würde?)

Sie haben den Abgeordneten Heydorn persönlich beleidigt und das geht nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Er kann sich einfach nicht benehmen. –
Dr. Till Backhaus, SPD: Mit dem stimmt sowieso was nicht.)

Bitte unterlassen Sie das! Setzen Sie Ihren Redebeitrag so fort, wie sich das gehört!

(Zuruf von Stefan Köster, NPD –
Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist ja wohl das Allerletzte!)

Udo Pastörs, NPD: Die Oberbürgermeisterin ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Moment! Moment!

Herr Abgeordneter Köster, Sie sind beim zweiten Ordnungsruf darauf aufmerksam gemacht worden, dass Ihnen bei einem dritten Ordnungsruf das Wort entzogen wird. Den erteile ich Ihnen jetzt. Sie haben meine Amtsführung hier überhaupt nicht zu kritisieren. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Michael Andrejewski, NPD)

Deswegen gehe ich mal davon aus, dass das eine ganz bewusste Provokation Ihrerseits war.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Herr Abgeordneter Köster,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Jetzt sollten Sie ihn aber langsam mal rausschmeißen.)

ich bitte Sie, nehmen Sie Ihre Sachen,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Genau, aber zügig!)

verlassen Sie den Saal.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich finde das gut.)

Herr Abgeordneter Backhaus, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie das hier bitte auch nicht dokumentieren.

(Michael Andrejewski, NPD: Zum Glück haben Sie das richtige Parteibuch, Herr Backhaus.)

Herr Abgeordneter Pastörs, noch mal zu Ihnen. Das war der zweite Ordnungsruf. Sie wissen, dass der dritte Ordnungsruf den Wortentzug nach sich zieht.

Bitte fahren Sie fort.

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Ein Schauspieler ist das.)

Udo Pastörs, NPD: So, dann wären wir jetzt beim Brief der Frau Gramkow, die ja jetzt hier der Stadt vorsteht und die uns dann mitteilt, dass es eine Zweckbindung für das Stadion gebe – 31.03.2014 – und dass danach, wenn verkauft würde, natürlich die Stadtvertretung zuständig ist. Nachtigall, ick hör dir trapsen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist geltende Rechtslage. Das wissen Sie nur nicht.)

Natürlich, Herr Dr. Jäger, ist das geltende Rechtslage. Nur, was wir versuchen, ist, natürlich herauszufinden, ob und wann der Jugend in Schwerin diese historische Sportstätte entzogen wird, wenn man sie verscherbelt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Hat Ihr Stadtvertreter da mal eine Anfrage gestellt?)

Und wenn das dann der Fall sein sollte,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Den hab ich noch nie reden gehört.)

dann ist das genau das Gegenteil von dem,

(Jörg Heydorn, SPD: Der versteht doch nichts.)

was die linke Marxistin Gramkow hier in diesem Hohen Hause, als sie noch Abgeordnete war, genau das Gegenteil von dem, was sie hier immer postuliert hat – die größte Ungerechtigkeit ist die geheuchelte Gerechtigkeit. Damit sind sie 2006 in den Landtagswahlkampf gegangen.

Wenn jetzt diese Sportstätte in Schwerin an Großkapital, an Leute mit sehr viel Geld in der Tasche für einige Millionen verkauft wird, dann ist das die Bestätigung, dass DIE LINKE

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

in Person von Frau Gramkow heuchelt und nicht die NPD, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

die sich für den Erhalt hier in diesem Hohen Hause einsetzt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben doch überhaupt nichts gemacht.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Pastörs für die Fraktion der NPD.

(Jörg Heydorn, SPD: Nee, der war schon. – Angelika Peters, SPD:
Das war die Einbringung.)

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich weiß nicht, ob das so alles richtig ist oder ob Sie das jetzt aufgrund der Ereignisse nicht mehr so ganz sortiert bekommen. Ist das so, dass ich jetzt reden darf? Sie haben mir das Wort erteilt, also dann darf ich, keine Gegenrede?

(Heinz Müller, SPD: Ja, nun reden Sie doch! – Dr. Till Backhaus, SPD:
Nun reden Sie doch einfach mal! –
Wolfgang Griese, DIE LINKE:
Darauf können wir aber auch verzichten.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen an der Reaktion des Blocks, dass er auf das, was ich gerade gesagt habe, entweder sprachlos ist

(Michael Andrejewski, NPD:
Schweigen im Walde.)

oder ganz einfach die Auseinandersetzung hier heute in diesem Hohen Hause scheut,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie haben null Ahnung. – Zuruf
von Torsten Koplín, DIE LINKE)

denn es sind ja Landtagswahlen und man könnte sich die Zunge verbrennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an sich ist ja alles gesagt,

(allgemeine Unruhe –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Ja, richtig. –
Heinz Müller, SPD: Das reicht uns auch. –
Zurufe von Jörg Heydorn, SPD, und
Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

was ich aber über das hinausgehend, was ich zuvor ausgeführt habe, Ihnen jetzt auch noch visuell mit auf den Weg geben möchte,

(Angelika Peters, SPD: Ach du liebes bisschen!
Was er uns mit auf den Weg geben will hier!)

dass Sie es auch nicht vergessen im Landtagswahlkampf, dass Sie wissen, was wir wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Lassen Sie es! Lassen Sie es!)

werden wir Ihnen jetzt noch, ich möchte sagen, eine kleine Vorstellung bieten, wie sie vielleicht hier in diesem Hohen Hause noch nicht da war. Wir wollen Heimat erhalten.

(Die Abgeordneten Birger Lüssow, Tino Müller und Udo Pastörs entrollen ein Transparent. –
tumultartige Unruhe – Beifall und
Zurufe auf der Besuchertribüne –
Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Die Sitzung ist unterbrochen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bitte die Ordnungskräfte, dafür zu sorgen, dass das hier sofort entfernt wird. Ich berufe den Ältestenrat ein.

Unterbrechung: 12.38 Uhr

Wiederbeginn: 13.07 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Da es sich mit allergrößter Wahrscheinlichkeit um eine ganz gezielt geplante und bewusst initiierte Provokation der NPD-Fraktion gehandelt hat, was eben am Ende der Rede des Fraktionsvorsitzenden der NPD hier geschehen ist, schließe ich die Abgeordneten Udo Pastörs, Tino Müller und Birger Lüssow von der heutigen Sitzung aus. Der Abgeordnete Andrejewski erhält einen Ordnungsruf. Wir werden nach diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung noch einmal unterbrechen müssen, um den Ältestenrat erneut einzuberufen, um darüber zu befinden, ob gemäß Paragraph 99 Absatz 1 der Ausschluss für weitere Sitzungstage erfolgen soll und für wen.

Wir setzen jetzt unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort und ich rufe auf den Abgeordneten und Vizepräsidenten Andreas Bluhm. Bitte schön.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 21 Jahre Parlamentsgeschichte – so was wie eben war in diesem Parlament noch nicht zu erleben und ich hoffe, dass es künftig den Parlamentariern wie den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes erspart bleibt, so eine Showveranstaltung zu erleben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas zur Aufklärung der tatsächlichen Situation.

1. Die Sportentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Schwerin definiert die grundsätzlichen Leitlinien für die sportpolitischen Entwicklungen und sie hat die Aufgabe, Entwicklungen aufzuzeigen und Prioritäten zu setzen. Auf dieser Grundlage werden auch in Schwerin die konkreten Planungen und Beschlussvorlagen erarbeitet.
2. Entsprechend der durch die Stadtvertretung Schwerin im Jahre 2007 beschlossenen Sportentwicklungsplanung zählt Fußball neben anderen Sportarten zu den Leitsportarten.
3. Bei der Umsetzung des Sportentwicklungsplanes im Punkt des vereinsgebundenen Fußballsports ist durch die Stadtvertretung speziell ein Fußballkonzept erarbeitet worden. Dabei handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, die zu den Selbstverwaltungsaufgaben einer Kommune gehört.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

4. Die Stadtvertreterversammlung von Schwerin hat am 13.12.2010 mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung der Fortschreibung des Sportentwicklungsplanes der Landeshauptstadt im Bereich des vereinsgebundenen Fußballsports zugestimmt. Im Vorfeld, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat es zu dieser Beschlussfassung einen mehr als einjährigen Diskussionsprozess mit allen Fußballvereinen der Stadt Schwerin und dem Sportbund gegeben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genauso ist es.)

5. Ausgangspunkt war damals auch ein Beschluss der Stadtvertretung Schwerin auf der Drucksache 2522/2009 – Entwicklung Fußballzentrum Schwerin –, mit dem die Oberbürgermeisterin beauftragt worden war, den Abgeordneten ein zeitlich und inhaltlich hinreichendes Lösungskonzept für ein Fußballzentrum in der Landeshauptstadt Schwerin vorzulegen.

6. Unter Federführung der Verwaltung wurde mit Beteiligung aller, ich wiederhole noch einmal, aller Fußball spielenden Vereine, also auch Dynamo, und des Stadtsportbundes ein Arbeitsgremium gebildet. Auf der Grundlage von Mitgliederstatistiken, Spielklassenzugehörigkeit, Trainingshäufigkeit und den durch die Fußballvereine eingereichten Entwicklungskonzeptionen wurde unter Hinzuziehung der vorhandenen Planung für den Sportpark Lankow der Entwurf erarbeitet.

7. In mehreren Beratungen wurde der erarbeitete Entwurf mit allen am Prozess Beteiligten beraten und in den Arbeitsgremien Konsens zum Konzept erzielt, das vorsieht, bei schrittweiser Aufgabe der Standorte Krösnitz, Paulshöhe und Görries ein Fußballzentrum Lankow zu entwickeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Der Fußballkonzeption, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben alle Beteiligten einstimmig zugestimmt. Auch auf dieser Grundlage ist dann mit dem Beschluss 641 aus dem Jahr 2010 vom 13.12.2010 bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung in der Stadtvertretung Schwerin die Oberbürgermeisterin beauftragt worden, ein Nachnutzungskonzept für die Sportstätten Krösnitz, Paulshöhe und Görries bis zum 31.12.2011 vorzulegen.

8. Zugleich wurde Ende 2009 ein Förderverein gegründet, der sich unter anderem zur Aufgabe gemacht hat, die Bauvorhaben im Sportpark Lankow gemeinsam mit den Vereinen FC Eintracht, SSC Breitensport und SG Dynamo Schwerin zu realisieren. Gründungsmitglied dieses Vereins ist auch die SG Dynamo Schwerin.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

9. Hinzu kommt, dass die Sportanlage Paulshöhe die Anforderungen an eine Spielstätte der Verbandsliga nicht erfüllt. Eine Sanierung würde den Bestandschutz aufheben und vonseiten der Baubehörde der Stadt ist als nicht vorstellbar dargestellt worden, alle baurechtlichen Anforderungen an eine Neubaumaßnahme an dem Standort Paulshöhe zu erfüllen beziehungsweise einzuhalten.

Also zusammengefasst, meine sehr verehrten Damen und Herren:

10. Das genannte Sportgelände fällt alleinig in den Verantwortungsbereich der Stadt Schwerin und deren Vertreter. Der vorliegende Antrag entzieht sich in jeder Weise einer Entscheidung auf Landesebene.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

An dieser Stelle ist die Frage berechtigt, ob die Herren der NPD-Fraktion gegebenenfalls Nachhilfe in Sachen Föderalismus und Kommunalpolitik benötigen.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist schade um die Zeit.)

Sie haben ja Ihre eigenen Abgeordneten in der Stadt. Da hätte man die Diskussion geführt und nicht hier heute mit einem solchen vor allen Dingen konfrontativen Verhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Vor diesem fachlichen Hintergrund lehnen die Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP diesen Antrag ab.

(Gino Leonhard, FDP: So ist es.)

Eine weitere Frage zwingt sich ebenfalls auf: Warum ist ausgerechnet der Sportplatz Paulshöhe in Schwerin Gegenstand eines Antrages der Fraktion der NPD?

(Hans Kreher, FDP: Genau, das müssen wir noch herausstellen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Welches Ziel verfolgt die Fraktion mit dem Antrag? Warum beinhaltet er nicht auch Krösnitz oder Görries oder irgendeine andere Sportstätte bei uns in diesem Land?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Hans Kreher, FDP: Richtig.)

Bei genauerer Betrachtung erschließen sich Zusammenhänge:

1. Der Sportplatz Paulshöhe ist regelmäßig Austragungsort von Fußball-Landesliga-Spielen und Treffen der Fanszene der SG Dynamo Schwerin.
2. Die SG Dynamo Schwerin vereint auf Landesebene eine durch die Polizei als extrem gewaltbereit eingestufte und rechtsextrem orientierte Fanszene.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Der Umgang seitens der Vereinsführung mit Hooligans sorgt bundesweit für Kritik.

(Hans Kreher, FDP: Ja.)

Dynamo schließt gewaltbereite Fans nicht aus, sondern versucht, diese in das Vereinsleben zu integrieren.

3. Der Initiator dieser gesonderten Art und Weise des Umgangs mit gewaltbereiten Fans ist jemand, der 2002 rechtskräftig vom Landgericht Schwerin wegen der aktiven Beteiligung an den ausländerfeindlichen Übergriffen 1992 in Rostock-Lichtenhagen verurteilt wurde.

(Hans Kreher, FDP: So ist es.)

Er ist heute Fanprojektleiter der SG Dynamo Schwerin.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das kann doch nicht wahr sein!)

Vor diesem Hintergrund ist berechtigter Zweifel an der Rolle des Fanbeauftragten des Fußballclubs anzubringen.

(Angelika Peters, SPD: Aber sehr berechtigt.)

Und auch der Ansatz der Resozialisierung gewalttätiger, insbesondere aus der rechten Szene stammender Fußballfans erlangt angesichts dieser Umstände den Verdacht einer Alibifunktion.

4. Weiter zu der Frage, was die NPD mit ihrem Antrag bezweckt und welche Motive eine Rolle spielen. Skurrilerweise liegt die Vermutung nahe, dass auch hier die Person des Fanbeauftragten eine entscheidende Position einnimmt und enge Kontakte zu den Herren der NPD pflegt. Das kann man ja vor dem Hintergrund der hier heute stattgefundenen Demonstration

(Hans Kreher, FDP: Ganz genau.)

und dessen, was hier eben im Parlament passierte, wohl mehr als vermuten.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Die Einreichung des Antrages der NPD ist datiert auf den 15. Juni dieses Jahres. Eine Woche zuvor besuchte der erwähnte Fanbeauftragte in männlicher Begleitung die NPD-Fraktion im Landtag in Schwerin.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist ja unglaublich!)

Fakt ist jedoch, dass beiden Herren zunächst vom Sicherheitspersonal des Landtages der Zutritt verwehrt wurde. Grund dafür war, dass beide Herren Turnschuhe einer speziellen Marke trugen. Diese ist ähnlich anderer etablierter Marken eindeutig mit einer Kundenorientierung im rechtsextremen Umfeld belegt und wird bevorzugt in der rechten Szene als Identifikationsmerkmal getragen. Die Hausordnung des Landtages untersagt in eindeutiger Weise das öffentliche Tragen betitelter Marken oder extremistischer Symbolik. Erst nach dem Wechsel des Schuhwerks wurde den „hilfesuchenden Bürgern“ der Zutritt gestattet. An dieser Stelle unser Dank an die Sicherheitskräfte dieses Parlaments.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr gut.)

5. Insgesamt bleibt zu vermerken, dass erhebliche Zweifel an den Motiven des NPD-Antrages zu einer gemeinwohlorientierten Weiterentwicklung und Modernisierung des Sportparks Paulshöhe bestehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wohl wahr.)

Auch an der vermeintlich musterhaften Resozialisierung und der Kompetenz im Umgang mit gewaltbereiten Hooligans seitens des Fanbeauftragten dürfen wohl Zweifel gehegt werden. Die Vermutungen zu den Motiven des NPD-Antrages drängen sich auf. Es geht darum, dem rechtsorientierten Spektrum der Fanszene des SG Dynamo Schwerin auch weiterhin einen Treffpunkt unter dem Deckmantel eines gemeinnützigen und gesellschaftlich integrierten Fanprojekts zu bieten. Das wollen die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP im Landtag Mecklenburg-Vorpommern nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Aus diesem genannten Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man diesen Antrag der NPD nur ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/4413. Wer dem NPD-Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/4413 einstimmig abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe das bereits angekündigt. Wir werden jetzt die Sitzung noch einmal ganz kurz unterbrechen, damit der Ältestenrat zusammentreten kann, um über das Strafmaß in Bezug auf die NPD-Abgeordneten zu befinden, da es offensichtlich begründete Anhaltspunkte dafür gibt, nicht nur für eine Sitzung auszuschließen, sondern für mehrere.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Für
immer bitte, für immer bitte.)

Und das müssen wir jetzt noch einmal gemäß Geschäftsordnung beraten. Wir setzen die unterbrochene Sitzung um 13.30 Uhr fort.

Unterbrechung: 13.20 Uhr

Wiederbeginn: 13.34 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass der Ältestenrat soeben getagt hat. Ich hatte die Verpflichtung, gemäß Paragraph 99 Absatz 1 das Benehmen mit dem Ältestenrat herzustellen in der Frage zum Ausschluss von Mitgliedern des Landtages für weitere Sitzungen.

Ich habe Ihnen bereits vor dieser Unterbrechung mitgeteilt, dass die Abgeordneten Udo Pastörs, Tino Müller und Birger Lüssow von der heutigen Sitzung ausgeschlossen werden, dass der Abgeordnete Herr Andrejewski einen Ordnungsruf erhalten hat. Der Ältestenrat hat mit mir das Benehmen darüber hergestellt, dass die Abgeordneten Udo Pastörs, Tino Müller und Birger Lüssow für weitere drei Sitzungstage ausgeschlossen werden aufgrund der gröblichen Verletzung der Ordnung und Würde des Hauses, aufgrund der ganz gezielten, bewusst geplanten Provokation hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

Wir haben auch zur Kenntnis genommen ganz bewusst und geplante Verstöße gegen die Hausordnung auf der Besuchertribüne. Ich habe im Zuge der Sitzungsunterbrechung aufgrund der Beifallsbekundungen dort hinten die Besuchertribüne räumen lassen. Der Ausschluss von dieser Sitzung umfasst auch diejenigen Besucher, die auf Einladung der Fraktion der NPD hier heute Zugang gefunden haben. Und wir werden uns vorbehalten, strafrechtlich zu prüfen, ob es weitere Sanktionen in Bezug auf dieses Verhalten geben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zum **Tagesordnungspunkt 46:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Hilfsprogramm für Gemüseanbauer in Mecklenburg-Vorpommern einrichten, Drucksache 5/4415.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Hilfsprogramm für Gemüseanbauer
in Mecklenburg-Vorpommern einrichten
– Drucksache 5/4415 –**

Das Wort zur Begründung kann hier nicht gehalten werden, weil der letzte verbliebene Abgeordnete der NPD-Fraktion nicht anwesend ist.

Im Ältestenrat haben wir eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart.

Ich sehe, dass Herr Müller von der Fraktion der NPD sich äußern möchte.

(Ute Schildt, SPD: SPD!)

SPD, Entschuldigung.

Heinz Müller, SPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantrage, dass wir auf eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt verzichten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das kannst du dann gleich bei
dem nächsten auch noch machen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gibt es zu diesem Vorschlag Widerspruch aus dem Plenum? – Das ist nicht der Fall.

Dann kann ich mir gut vorstellen, dass die Abgeordnete Frau Schildt, die eigentlich ihre letzte Rede heute hier gehalten hätte, angesichts des Tagesordnungspunktes aber nicht böse ist, dass das jetzt entfällt.

(Ute Schildt, SPD: Überhaupt nicht.)

Wir kommen dann sofort zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt.

Wer dem Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/4415 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/4415 bei Ablehnung aller anwesenden Abgeordneten abgelehnt. Das ist eine einstimmige Entscheidung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 47:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Erwerbstätige Empfänger von Arbeitslosengeld II bei Aufwandsentschädigungen für kommunale Mandate besser stellen, Drucksache 5/4416.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Erwerbstätige Empfänger von Arbeitslosengeld II bei Aufwandsentschädigungen für
kommunale Mandate besser stellen
– Drucksache 5/4416 –**

Auch für diesen Tagesordnungspunkt gilt, dass die Einbringung nicht erfolgen kann mangels Abwesenheit des NPD-Abgeordneten.

(Michael Roolf, FDP: Mangels Anwesenheit.)

Mangels Anwesenheit, ich bitte um Entschuldigung. Es war etwas hektisch jetzt im Moment.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart.

Herr Abgeordneter Müller.

Heinz Müller, SPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantrage, dass wir auch zu diesem Antrag der NPD auf eine Aussprache verzichten.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gibt es zu diesem Antrag Widerspruch? – Das sehe und höre ich nicht, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/4416. Wer dem NPD-Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen?

enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/4416 einstimmig abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 42**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Bericht über die Spezifikation der Lehramtsstudiengangskapazitäten vorlegen, Drucksache 5/4421.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Bericht über die Spezifikation der
Lehramtsstudiengangskapazitäten vorlegen
– Drucksache 5/4421 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Vizepräsident Bluhm für die Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So kurz vor Schluss der heutigen Sitzung und der Beratungen des Parlamentes der 5. Legislaturperiode heute ein etwas sperriger Antrag,

(Zuruf von Michael Roof, FDP –
Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP)

zumindest, was die Überschrift betrifft.

(Zuruf von Matthias Mantei, CDU)

Es sieht zunächst so aus, als handele es sich um ein Thema, das nur für Spezialisten geeignet ist, doch es wird sich zeigen, dass es genau das nicht ist.

Wir haben am Mittwoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier im Haus das Lehrerbildungsgesetz nach einer kontroversen Debatte, aber mit Mehrheit verabschiedet.

(Marc Reinhardt, CDU:
Sehr richtig, sehr richtig.)

Sie werden sich daran erinnern, dass eine meiner Kernkritiken war, dass in den Zielvereinbarungen schon strukturelle Entscheidungen getroffen worden sind, zu denen das Lehrerbildungsgesetz passfähig gemacht wurde. Kollege Brodkorb entgegnete, dass das richtig sei, weil vorher der Rahmen abzustecken sei. Den Zusammenhang von Zielvereinbarungen und Lehrerbildungsgesetz will ich gar nicht bestreiten, doch sich jetzt praktisch im Nachgang auf die Zielvereinbarungen zu berufen, ist eben nur die halbe Wahrheit.

Unter Beachtung der von mir am Mittwoch beschriebenen Zeitschiene, der Geburt des Lehrerbildungsgesetzes, wäre es durchaus möglich gewesen, erst das Lehrerbildungsgesetz zu beschließen und dann die Zielvereinbarungen darauf abzustimmen.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Aber das ist nun so, wie es ist.

Unser Antrag hat nichtsdestotrotz wieder mit der doch etwas verworrenen und unkoordinierten Geschichte der Gesetz- und Ordnungsgebung für die Umgestaltung der Lehrerausbildung in unserem Land zu tun.

Worum geht es in unserem Antrag? In Anlage 2 der Zielvereinbarungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, beschäftigt sich diese explizit mit der ersten Phase der Lehrerausbildung. Das ist zunächst zu begrüßen, weil damit ihre Bedeutung für das Land unterstrichen wird. Es ist auch wichtig, dass das Land in Fragen der Lehrerbildung seinen Einfluss geltend macht. Trotz des

hohen Gutes der Autonomie von Hochschulen muss das Land – und das erkläre ich ausdrücklich auch für meine Fraktion – in existenziellen Fragen, wie denen der Lehrerbildung, sichern, dass die zukünftigen Anforderungen an den Lehrkräftenachwuchs auch gesichert werden können.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Dass dies in Zusammenarbeit mit den Hochschulen gelungen ist, begrüßen wir ausdrücklich. So gibt es zum Beispiel in der Anlage 2 Festlegungen zum Umfang, zur Struktur und zum Inhalt des Lehramtsstudiums.

Im Punkt „Umfang“, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind diese Vereinbarungen allerdings bisher nicht abgeschlossen. Dort heißt es, ich zitiere: „Die Kapazitäten der einzelnen Lehramtsstudiengänge und Fächer werden jedoch so ausgerichtet, dass das Land unter Berücksichtigung realistischer Schwundquoten seinen Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern langfristig in allen Schularten und -fächern gemäß der Stralsunder Erklärung der KMK grundsätzlich selbst decken kann.“ Jetzt kommt es, ich zitiere weiter: „Eine verbindliche Spezifikation der gemäß Lehrbedarfsplanung in den einzelnen Fächern und Lehrämtern mindestens vorgehaltenen Studienplätze wird für die Zielvereinbarungsperiode zwischen den Vertragspartnern bis spätestens Ende April 2011 vorgenommen.“ Ende des Zitats.

Wir haben heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, den 1. Juli 2011. Bei der Vorbereitung des vorliegenden Antrages Anfang Juni 2011 hat unsere Nachfrage bei den Universitäten ergeben, dass es bis dato keine Verhandlungsergebnisse zu diesen Punkten gegeben hat. Wir meinen, dass die Termineinhaltung schon deshalb notwendig ist, damit die Planungssicherheit an den Hochschulen in Vorbereitung des Sommersemesters 2011/2012 auch gesichert werden kann. Ich hoffe oder bin mir ziemlich sicher, dass der Minister in seiner Rede erklärt, worin die Ursachen dafür liegen und wie sich der aktuelle Sachstand in dieser Frage darstellt.

Aber wie dem auch sei, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht wir haben den Termin festgesetzt, sondern das Ministerium gemeinsam mit den Hochschulen. Damit müssen wir uns auch in der voraussichtlich letzten Sitzung dieser Legislatur, ich will mal sagen, mit dem etwas eigenwilligen Umgang mit vorgeschriebenen oder selbst gesetzten Terminen befassen. Ich konstatiere, wir haben in dieser Frage während der Legislatur mehrfach eine negative Situation im Bereich der Realisierung von terminlichen Vorgaben erlebt.

Zum Verhältnis von Legislative und Exekutive habe ich mich gestern im Zusammenhang mit der Sonderkonferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Länderparlamente ausführlich geäußert. Ich glaube, hier haben wir ein Beispiel dafür, wo die Exekutive ein gewisses Eigenleben entfaltet, das nicht weit von der Missachtung der Legislative entfernt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abhängig von dem, was der Minister hier heute an aktuellem Sachstand darstellt, würde ich mich dann in meiner Diskussionsrede entweder zu dem Vorschlag äußern, den Antrag für erledigt zu erklären,

(Hans Kreher, FDP: Sehr gut.)

oder darum bitten, über ihn abzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Hans Kreher, FDP: Genau.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat jetzt der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Hochverehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Bluhm, ich weiß nicht, wie Sie es gemeint hatten, aber ich will gern darauf zurückkommen. Sie haben unterstellt, dass es nichts für Spezialisten ist, und auf der anderen Seite, dass es verworren ist,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nee, nee.)

insofern finde ich das schon ein bisschen verworren.

Es haben ja alle Abgeordneten den Antrag mit der Begründung vorliegen, den Sie eingereicht haben. Wir werden hier aufgefördert als Landesregierung, die Ergebnisse der in Anlage 2 der Zielvereinbarungen – wo ich davon ausgehe, dass die Eingeweihten das gelesen haben – festgelegten verbindlichen Spezifikation der gemäß Lehrerbedarfsplanung für die in den einzelnen Fächern und Lehrämtern vorzuhaltenden Studienplätze dem Landtag unverzüglich vorzulegen. Jetzt muss man sich das natürlich auch zweimal anschauen, weil man irgendwo im Kopf diese Anlage 2 hat, weil wir das hier beschlossen haben. Aber Sie weichen eben in einem ganz bestimmten Punkt vom Text, der ansonsten fast wörtlich wiedergegeben worden ist, von der Zielvereinbarung ab, indem Sie ein kleines Wörtchen haben. Das kleine Wort, um das es geht, heißt „mindestens“. Und das finde ich schon spannend, jetzt sind wir nämlich bei Spezialisten.

Die Zielvereinbarungen mit den Universitäten zur Lehrerbildung sprechen zwar auch von kapazitären Obergrenzen, worauf ich auch gleich zurückkommen will, wenn es jedoch um die verbindliche Spezifikation von Kapazitäten bis hinein in die einzelnen Studiengänge und Fächer geht – und das ist eben jetzt der Unterschied, das muss man jetzt wirklich ganz genau lesen –, verlangt das Land lediglich, dass die Universitäten gemeinsam die, und das jetzt wieder, Sie haben auf die gestrige Debatte verwiesen oder die von vorgestern, gemessen am Landesbedarf erforderliche Ausbildungskapazität nicht unterschreiten. Also im Detail zu spezifizieren sind somit, dem Wortlaut der Zielvereinbarungen entsprechend, die Untergrenzen, nicht jedoch die Obergrenzen. Beide Universitäten haben hierauf allergrößten Wert gelegt, mit wem Sie auch immer telefoniert haben. Sie sind bereit, mindestens die Lehrkräfte auszubilden, die das Land braucht. Sie haben sich auch bereit erklärt, planerische Richtwerte für die insgesamt vorzuhaltende Lehramtskapazität und für die Kapazität in den einzelnen Lehrämtern insgesamt zu akzeptieren, wie die entsprechende Tabelle der Anlage 2 ausweist. Sie haben sich aber in den Zielvereinbarungen nicht verpflichtet, Kapazitätsgrenzen nach oben in jedem einzelnen Fach vorab zu definieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Festlegung der Zahl von Studienplätzen ist Gegenstand der Hoch-

schulplanung. In diesem Sinne wurden in der schon genannten Anlage 2 zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen entsprechende Regelungen getroffen. Auch das müsste bekannt sein. Demnach umfassen die Kapazitäten der Universität Greifswald in der Laufzeit der Zielvereinbarungen 1.500 Studienplätze, die Kapazitäten der Universität Rostock umfassen, ich nehme das jetzt mal, die 2.500 Studienplätze.

Vorübergehend ist eine nachfragebedingte Ausweitung für die Lehrämter Grundschule und Regionale Schule möglich. Und beide Universitäten sind jedoch gehalten und haben sich verpflichtet, die Kapazitäten im Lehramt Gymnasium auf 150, respektive 200 Studienplätze, Anfängerplätze besser gesagt, dann auch festzulegen. Beide Universitäten haben – wie in der Zielvereinbarung festgelegt – erste Schritte in die angestrebte Richtung unternommen. Man kann das überprüfen. Die Kapazitäten im Lehramt Regionalschulen sind gestiegen, in Rostock um fast 70 Prozent, in Greifswald rein rechnerisch zwar bislang erst um 10 Prozent, aber, das wissen wir natürlich hier auch, die dortigen Lehramtsfächer für Regionale Schule bleiben bewusst frei von Zulassungsbeschränkungen. Auch das ist bekannt.

Und diese unterschiedliche Handhabung ergibt sich aus den an den beiden Standorten unterschiedlichen Ausgangs- und Randbedingungen der Umsteuerung, die hier im Einzelnen nun nicht erläutert werden kann. Beide Universitäten haben aber gegenüber dem Bildungsministerium in einer eigens anberaumten Besprechung verbindlich zugesagt, die von ihnen unternommenen und weiterzugehenden Schritte untereinander zu kommunizieren und abzustimmen. Auch das ist erfolgt. Die Umsteuerung – das ist, denke ich, für uns alle deutlich – ist eben ein hochsensibler, alle lehrerbildenden Bereiche auch gleichermaßen betreffender Prozess. Über den aktuell erreichten Stand der Umsteuerung habe ich also eben gesprochen. Die weiteren Schritte müssen die Detailplanung der Universitäten dann haben beziehungsweise muss das ihnen vorbehalten bleiben. Trotz bestehender planerischer Vorgaben, wie eben dargelegt, bleiben in alledem die Grundsätze des Kapazitätsrechts ebenso zu beachten.

Die Universitäten legen jährlich die Kapazitätsberechnung vor und bitten für die Studiengänge, in denen die Nachfrage erkennbar über dem Studienplatzangebot liegen wird, um die Festsetzung von sogenannten Zulassungszahlen. Diese Berichte der Universitäten Greifswald und Rostock liegen meinem Haus mit jeweiliger Kommentierung vor. Sie stellen dann auch – das sei in dem Zusammenhang auch noch mal gesagt – die Entwicklung der jährlichen Aufnahmekapazitäten je Studiengang für das kommende Studienjahr, also jetzt Wintersemester 2011/2012 sowie Sommersemester 2012 im Vergleich mit dem Wintersemester 2010/2011 sowie Sommersemester 2011, dar.

Die jährliche Festlegung von Zulassungszahlen auf der Grundlage der Kapazitätsberichte muss sich streng an den jeweils vorhandenen personellen Ressourcen, ausgedrückt in Stellen, orientieren. Ein planerischer Richtwert allein ist nicht ausreichend, um eine konkrete Zulassungszahl zu begründen. Der Prozess sowie der Umbau vom Lehramt Gymnasium hin zum Lehramt Regionalschule kann und darf nur in diesem Fall unter der Wahrung von Artikel 12 des Grundgesetzes und der dort verbrieften Freiheit der Studienplatzwahl erfolgen. Solange bestimmte Stellen beispielsweise noch in bestimmten Bereichen gebunden sind, müssen sie in die Kapazi-

tätsberechnung eingehen und determinieren damit die Zahl der aufzunehmenden Studienanfängerinnen und Studienanfänger.

Im Lichte der planerischen Vorgaben der Zielvereinbarungen und zugleich unter strenger Berücksichtigung des Kapazitätsrechts wird auf Grundlage der Kapazitätsberichte der Hochschulen zuerst die Zulassungsverordnung für das Wintersemester 2011/2012 und sodann auch für das Sommersemester 2012 erarbeitet. Sie tritt im Juli rechtzeitig zum Anmeldebeginn in Kraft und wird veröffentlicht.

Unter Punkt 16 ist, wie gesagt, in dieser Landtagsdebatte das Lehrerbildungsgesetz angenommen worden. In Paragraph 1 Absatz 4, auf den möchte ich auch gern noch einmal hinweisen, ist eine Regelung enthalten, die sich ebenfalls auf die an den Universitäten vorzuhaltenden Studienplätze im Bereich der Lehrerbildung bezieht. Auch die jährliche Aufnahmekapazität beim Lehramt an Gymnasien insgesamt wird explizit benannt. Also dort steht noch einmal das, was ich eingangs sagte, Greifswald 150 und Rostock 200. Abweichende Festlegungen durch das Bildungsministerium sind in begründeten Ausnahmefällen nach Zustimmung – insofern finde ich das keine Aushebelung des parlamentarischen Verfahrens, denn es steht dort – des zuständigen Landtagsausschusses möglich. Ich glaube, das ist ganz klar geregelt.

Das neue Lehrerbildungsgesetz tritt am 01.08. dieses Jahres in Kraft. Erstmals greift dann auch der Paragraph 1 Absatz 4 somit zum Studienjahr 2012/2013. Sollte sich aber ergeben, auch das will ich gern sagen, dass die Universitäten ihren Pflichten aus der Zielvereinbarung und aus dem Gesetz sowohl zeitlich wie sachlich nicht oder nicht hinreichend nachkommen, sieht der Absatz 5 in Anlehnung an Paragraph 14 Absatz 2 LAG als Ultima Ratio entsprechende Mittel der Rechtsaufsicht vor.

Der von der Fraktion DIE LINKE angesprochene Bereich der Kapazitäten in den Lehramtsstudiengängen ist somit mehrfach normiert, ein mehrfach normierter Bereich. Also mehrfach kann man ihn gar nicht normieren. Die Zielvereinbarungen und das Lehrerbildungsgesetz stellen auf Planwerte ab. Die jährlich zu berechnenden Zulassungszahlen stellen das dar, was die Hochschule dann im Lichte ihrer Pflichten entsprechend Artikel 12 Grundgesetz aufnehmen muss. Diese beiden unterschiedlichen Regelungskreise gilt es nun, Schritt für Schritt aneinander anzunähern. Und ich hege – auch das will ich am Ende einer solchen Landtagsdebatte sagen – nach meinen bisherigen Erfahrungen jetzt keinen Zweifel, dass die Universitäten sich auf diesen Weg begeben haben und ihn auch konsequent beschreiten werden.

Insofern, Herr Bluhm, kann ich dem nicht vorgreifen. Ich denke, damit ist eigentlich zu dem Antrag alles gesagt worden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD.

Er ist nicht da. Dann hat jetzt das Wort der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Kreher von der Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Aus unserer Sicht, meine Damen und Herren, ist

dieser Antrag jetzt in der letzten Sitzung gut, richtig und wichtig,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Genau.)

weil er wirklich – das ist von meinem Kollegen Bluhm vorhin gesagt worden – mit dem Lehrerbildungsgesetz, das wir gestern beschlossen haben, sehr eng zusammenhängt. Wir haben dazu einiges gesagt bekommen gestern. Wir waren damit auch nicht zufrieden. Wir haben sogar nicht mit abgestimmt, weil das Gesetzgebungsverfahren nach unserer Sicht wirklich nicht in Ordnung war, so, wie es gelaufen ist. Aber es ist nun mehrheitlich beschlossen und nun muss das auch in die richtige Richtung gehen.

Insofern war Ihr Antrag, Herr Kollege Bluhm, auch in der heutigen letzten Sitzung noch mal die Möglichkeit, auf das nächste Semester hinzuweisen, um vom Minister – wie es hier steht – entsprechend sofort, also im Grunde genommen heute das zu bekommen. Sie haben selbst gesagt, wenn das jetzt so ist, dass wir das als Bericht entsprechend entgegennehmen können, dann würden Sie selbst das für erledigt erklären.

Ich muss sagen, es ist natürlich, wenn der Minister das jetzt vorträgt, sehr schwer, in der Schnelle das alles nachzuvollziehen, was da im Einzelnen gesagt wurde,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

aber mein erster Eindruck ist so, dass ich jetzt sagen würde, jawohl, für mich waren wichtige Informationen da. Es sind viele Dinge dann, die sowieso in der Hochschulautonomie mit liegen und dort auch geklärt werden müssen. Insofern würde ich für meine Fraktion jetzt erst einmal sagen, jawohl, wir könnten es für erledigt erklären.

Sie haben es natürlich auch aufmerksam mitverfolgt. Sie müssen dann selbst mitentscheiden. Natürlich ist das auch weiterhin zu beobachten. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, wenn das nicht dann die entsprechende Umsetzung findet. Aber aus unserer Sicht, würde ich sagen, wir können das für erledigt erklären. Sie müssen das natürlich für sich selbst entscheiden.

Meine Damen und Herren, das war meine letzte Rede hier im Landtag. Ich möchte jetzt nicht sentimental werden, bedanke mich für die Mitarbeit bei Ihnen, bedanke mich für viele freundliche Worte und bedanke mich auch für all das, was mir entgegengeschmettert wurde. Ich jedenfalls, blau-gelb, werde auch in Zukunft für das stehen, für das ich immer gestanden habe, mit all dem, was mir zur Verfügung steht: Mit Lachen, mit Weinen, mit Tränen, mit Gestik und Mimik, mit meiner gesamten Körpersprache

(Vincent Kokert, CDU: Bravo!)

werde ich für die Sache einstehen,

(Harry Glawe, CDU: Jawohl. Sehr richtig.)

für die ich immer gestanden habe. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Ja, lieber Vizepräsident, ich denke, ich kann im Namen aller hier Anwesenden auch noch mal herzlich danken. Wir haben an der heutigen letzten Landtagssitzung ganz besonders noch einmal gemerkt, wie wichtig es war, dass wir drei Vizepräsidenten waren, denn die Landtags-

leitungen waren nicht so sehr einfach in dieser ganzen Legislatur.

Herzlichen Dank auch für die Art und Weise, die du in unseren Landtag eingebracht hast. Alles Gute für den neuen Lebensabschnitt, Gesundheit, Glück und Gottes Segen!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Hans Kreher, FDP: Vielen Dank.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Specht von der Fraktion der CDU.

André Specht, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Zunächst mal vielen Dank für das erteilte Wort. Und wie es nicht anders sein kann, ist das auch für mich die Möglichkeit, hier noch einmal zuletzt vor Ihnen allen zu sprechen.

Besondere Freude, Herr Kollege Bluhm, ist es für mich, dass ich, der nun gerade einmal knapp 20 Monate diesem Haus angehörte, doch zu Ihrem Antrag sprechen kann, wo Sie jetzt schon über 20 Jahre in diesem Haus anwesend waren und sich eingebracht haben. Insofern freut es mich doch, auch zu Ihrem Antrag zu sprechen, allerdings muss ich sagen, Ihr Antrag ist für mich ein Stück weit enttäuschend, enttäuschend deswegen, weil es doch einer dieser Oppositionsanträge ist, zu dem man inhaltlich relativ wenig sagt, weil – und das werde ich gleich weiter ausführen – er eigentlich überflüssig ist.

Es gibt andere Oppositionsanträge, die ich hier in diesem Haus erlebt habe, das gehört zur Aufrichtigkeit dazu, da hat man als Koalitionsfraktion auch schon mal gern nach dem Haar in der Suppe gesucht

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ziemlich oft.)

und hat sich manchmal schwergetan, gewisse Anträge abzulehnen. Und auch wenn das nur ausnahmsweise war oder Einzelfälle waren, so habe ich in den letzten 20 Monaten doch Oppositionsanträge erfahren, die schlussendlich abgelehnt wurden, weil sie vom falschen Adressaten kamen. Auch das gehört offensichtlich zum Spiel in diesem Hohen Haus dazu und ist eben dann so hinzunehmen.

In diesem Fall, Herr Kollege Bluhm, ist es allerdings anders. Ihren Antrag kann ich an dieser Stelle aus Überzeugung ablehnen, weil er letztendlich überflüssig ist. Er ist nicht nur überflüssig geworden, nachdem der Bildungsminister bereits seine Ausführungen inhaltlich dazu geleistet hat, sondern er war insofern schon von Anfang an überflüssig, weil das Informationsbedürfnis, was offensichtlich Ihrerseits besteht, sich auch durch eine Anfrage hätte stillen lassen. Also dass der Landtag sich im Vorfeld durch einen Antrag erst damit beschäftigt, wäre für die Zielerreichung so nicht erforderlich gewesen.

Es wurde bereits gesagt, der Bildungsminister hat es ausgeführt, inhaltlich ist das Informationsbedürfnis sicherlich auch bei Ihnen jetzt so weit befriedigt. Insofern appelliere ich an Sie: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück, ansonsten müssten wir den Antrag ablehnen. Bei der Tatsache, dass es der letzte Antrag ist, den Sie hier einbringen, würden wir das ungern tun.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, ja. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also wie gesagt,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist jetzt aber sehr komisch.)

ziehen Sie ihn zurück!

Abschließend auch von mir in aller Kürze: Wenn ich jetzt dieses Raumschiff, als das ich den Landtag und dieses Schloss oftmals bezeichnet habe, verlasse und den geschäftigen Politikbetrieb auf dieser Insel hinter mir lasse und aussteige, möchte ich es mit einem großen Deutschen halten, der gesagt hat: „Bevor du gehst, sag nur, es ist schon spät.“ – Vielen Dank und tschüs.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Kollege Specht, auch Ihnen alles Gute für den weiteren Lebensweg. Man hat gesehen, auch 20 Monate können manchmal eine ganz entscheidende Zeit sein. Ich glaube, dass Sie das auch in Ihrer beruflichen Tätigkeit und ganz persönlich sicherlich mit verarbeiten werden. Danke, dass Sie hier waren und sich eingebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Das Wort hat jetzt noch einmal der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Herr Bluhm.

(Harry Glawe, CDU:
Aber nicht alles vorlesen. –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nee, nee.)

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es gleich am Anfang zu sagen, ich bin mit dem Bericht nicht zufrieden.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Also, Herr Minister, ich habe öfter von diesem Pult, wenn ich einen Fehler in meiner Auffassung oder in meiner Darstellung hatte, gesagt, dann verändere ich meine Position, ziehe das so zurück, entschuldige mich für die falsche Darstellung oder für den Fehler. Nun kann man ja zu diesem Antrag stehen, wie man will. Wie Herr Kreher nach dem Motto, es ist ein wichtiger Antrag, um den es inhaltlich geht. Herr Specht sagt, eigentlich ist er zufrieden mit dem, was der Minister sagt. Ich nicht!

Ich sage Ihnen auch, warum! Weil das in der Zielvereinbarung in der Anlage 2 klar steht und im Übrigen der Umfang der einzelnen Lehrämter an den einzelnen Universitäten sich in dieser Anlage 2 befindet. Also die Zahlen, die der Minister uns hier heute erzählt hat, sind nicht neu. Das sind die Zahlen, die in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sozusagen verankert sind.

Uns ging es darum, das zu klassifizieren, was nämlich danach kommt in dem Text. Ich will es Ihnen noch einmal zitieren, da heißt es: „Eine verbindliche Spezifikation der gemäß Lehrbedarfsplanung“, und jetzt kommt es, „in den einzelnen Fächern und Lehrämtern mindestens vorgehaltenen Studienplätze wird für die Zielvereinbarungsperiode zwischen den Vertragspartnern bis spätestens Ende April 2011 vorgenommen.“

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Dazu hat er nichts gesagt.)

Zu der Spezifikation, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister, der entsprechenden Fächer für die einzelnen Lehrämter haben Sie hier mitnichten etwas gesagt. Die Information, die wir haben, ist eben die,

dass es dazu an den Universitäten, die die Lehrerausbildung machen, noch keine Vereinbarung gibt zwischen den Universitäten und der Landesregierung. Um nichts anderes ging es uns mit diesem Antrag, als zu sagen, wir haben hier ein Defizit. Es geht nämlich nicht nur um die Lehrämter mit den entsprechenden Zahlen, sondern es geht natürlich auch um die Spezifikation der Fächer. Was nützt es mir denn, wir wissen doch ganz genau, was passiert, wenn wir lauter Deutsch- und Russischlehrer ausbilden, die wir überhaupt nicht brauchen.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, selbst auf die Gefahr hin, Herr Specht, dass der letzte Antrag der Fraktion DIE LINKE abgelehnt wird, ich muss an der Stelle auf Abstimmung bestehen und kann ihn nicht für erledigt erklären.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Beate Schlupp, CDU: Okay, gut.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 21 Jahre lang war dieses Pult auch mein Arbeitsplatz. Ich möchte diese letzte Rede nutzen und mich bei den Abgeordneten und Mitarbeitern der demokratischen Fraktionen für die gute und interessante Zusammenarbeit in all den Jahren bedanken, für die Kritik, die Hilfe, die Unterstützung, die Hinweise. Stellvertretend für viele möchte ich hier natürlich die Präsidentin nennen und meinen Mitarbeiter Walter Lederer, ohne den vieles für mich hier viel, viel schwieriger gewesen wäre, als es schon war.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich möchte mich bedanken bei der Landtagsverwaltung, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im technischen wie im wissenschaftlichen Bereich, bei den Mitarbeitern der Ministerien, mit denen ich 21 Jahre lang zusammentreffen durfte. Und hier will ich stellvertretend Danke sagen an Frau Linke, unsere Seele des Ausschussessekretariates.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Herr Reinhardt, wir beide wissen als Ausschussvorsitzender jetzt und als ehemaliger, wie wichtig eine solche Seele in einem Ausschuss ist. Liebe Frau Linke, herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und Zusammenarbeit.

Und ich möchte mich bedanken bei den vielen Partnern in den Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, bei den einzelnen Bürgern. Gern habe ich mich den Herausforderungen und Anforderungen gestellt und versucht, es so gut zu meistern, wie ich irgend kann. Falls ich jemanden verletzt haben sollte oder ungerecht behandelt habe, möchte ich mich dafür entschuldigen.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, alles, alles Gute und dem neuen Landtag möge die NPD erspart bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
und auf der Regierungsbank)

Deswegen sage ich Ihnen: Wische weg das Tränchen, es geht auch ohne Blümchen. – Tschüs.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
und auf der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Sehr geehrter Zweiter Vizepräsident! Ich glaube aber, trotzdem im Namen aller sagen zu können, dass das Blümchen schon fehlen wird in der nächsten Legislaturperiode.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
und auf der Regierungsbank)

Herzlichen Dank für 21 Jahre Landtagsarbeit und herzlichen Dank für die Arbeit als Vizepräsident. Große Anerkennung und Achtung haben alle Kollegen vor der Leitung der Landtagsitzung, das hast du dir erarbeitet. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
und auf der Regierungsbank)

Für das neue Leben alles Gute, viel Gesundheit und Schaffenskraft.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
und auf der Regierungsbank –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Danke schön.)

Jetzt möchte ich hier die Aussprache schließen.

Ich komme zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/4421. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/4421 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU sowie Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gestatten Sie mir auch vielleicht noch ein Wort des Dankeschöns, weil ich meine letzte Rede nicht halten konnte, da die FDP den Antrag zurückgezogen hat.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP –
Michael Roof, FDP: Sorry! –
Hans Kreher, FDP: Wir setzen das extra
noch mal auf die Tagesordnung für Sie.)

Ich möchte die Gelegenheit noch einmal nutzen und mich ganz herzlich bedanken bei allen, die an meiner Arbeit Anteil hatten, die sie unterstützt haben und die mich so viele Jahre begleitet haben. Es waren 20 Jahre und 13 Jahre als Vizepräsidentin, also doch eine lange Zeit. Ich bedanke mich auch noch mal gerade bei allen, die mir vertraut haben. Dabei denke ich nicht nur an meine Freunde, an das Präsidium, an die Abgeordneten, sondern auch besonders an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. Hier möchte ich ganz besonders Herrn Bahr Danke schön sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
und auf der Regierungsbank)

Ich wünsche dem nächsten Landtag natürlich viel Erfolg. Ich finde diese Stimmung, die wir im Moment haben, wunderbar,

(Hans Kreher, FDP: Ja, jetzt.)

weil die NPD-Fraktion nicht da ist. Das wünsche ich dem neuen Landtag auch, dass diese Stimmung sich dann

dort durchsetzt, ohne die NPD. Ich wünsche aber trotzdem für die politischen Auseinandersetzungen, dass die Andersdenkenden nicht verletzt und beschädigt werden und die Würde dieses Hohen Hauses wieder die richtige Achtung erfährt. Ich wünsche auch dem Landtag die richtige Stellung und allen Abgeordneten wieder viel Freude, hier im Landtag zu arbeiten. Somit, in diesem Sinne melde ich mich ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und auf der Regierungsbank)

So, ein bisschen mache ich noch. Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 48**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der CDU und SPD – Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und für die Aufgaben nach der Handwerksordnung, Drucksache 5/4402, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses, Drucksache 5/4466.

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD:

Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und für die Aufgaben nach der Handwerksordnung (SchwArbOWiHwOZustG M-V)

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– **Drucksache 5/4402** –

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses

– **Drucksache 5/4466** –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der CDU und SPD eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und für die Aufgaben nach der Handwerksordnung auf Drucksache 5/4402. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/4466 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Paragraphen 1 bis 5 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Paragraphen 1 bis 5 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/4402 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/4402 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den letzten Tagesordnungspunkt, den **Tagesordnungspunkt 33**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, Drucksache 5/4406.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP: Missbrauch von Kindern und Jugendlichen – Drucksache 5/4406 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die Geschichte dieses Antrages ist eines der angenehmsten Erlebnisse, die ich in diesem Landtag hatte. Ich bin sehr dankbar, dass ich den dann gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP einbringen darf. Aber jetzt zur Sache.

Am Anfang stand ein Antrag der FDP-Fraktion, der ganz offenbar auch durch Mitteilungen des Bürgerbeauftragten und der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR angelegt war. Dieser Antrag wurde uns in den Europa- und Rechtsausschuss überwiesen und die Beratung auf Anregung der Vertreter von SPD und CDU dahin gehend erweitert, dass wir die gesamte Problematik der Gewalt gegen Kinder und des sexuellen Missbrauchs von Kindern, die Situation der Opfer, die Organisation der Hilfsangebote gerade durch amtliche und nicht amtliche Stellen insbesondere erfassen wollten. Letzteres, eine gute Situationsanalyse, ist vor allem dank der tatkräftigen Unterstützung durch die beiden beteiligten Ministerinnen Frau Kuder und Frau Schwesig und die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung Frau Dr. Seemann, wie ich meine, gut gelungen. Sie können das in dem Antrag nachlesen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die dauerhafte und effektive Bekämpfung des Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen ist eine besonders herausgehobene politische Aufgabe, denn der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, also von Menschen, die sich nicht gut wehren können, ist eine ganz schwerwiegende Verletzung der Menschenwürde. Das hiervon ausgehende individuelle körperliche und seelische Leid, auch weit über den Missbrauchszeitpunkt hinaus, ist unermesslich.

Der Europa- und Rechtsausschuss hat am 8. September 2010 zu diesem Themenkomplex eine sehr bewegende Anhörung durchgeführt. Im Rahmen der Anhörung ging es vor allem darum, einmal normative Schutzlücken und Vollzugsdefizite zu identifizieren, zum anderen haben wir unser Augenmerk darauf gelegt, die vorhandenen Maßnahmen und Mechanismen auf Effizienz und auf Optimierungsmöglichkeiten zu untersuchen. Ich sage das hier frank und frei: Ohne die Unterstützung der Opfer, insbesondere ohne deren Bereitschaft, auch über Erlebnisse zu sprechen, deren Offenbarung ein großes Maß an Tapferkeit voraussetzt, wären wir kaum zu tragfähigen Ergebnissen gekommen. Sie können dies – und ich empfehle das – aus dem Wortprotokoll der Anhörung, aber auch aus den vorgelegten schriftlichen Stellungnahmen der weiteren von uns befragten Sachverständigen entnehmen. Ich darf für den Ausschuss sagen, dafür ganz, ganz herzlichen Dank. Ich weiß, wie viel Überwindung so manches gekostet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Zu den Ergebnissen: Nach wie vor bleibt unbefriedigend, und zwar weitgehend unbefriedigend, die Situation der Opfer von Gewalt und sexualisierter Gewalt an den Kindern und Jugendlichen in den sogenannten Jugendwerkhöfen und den Kindersondereinrichtungen der früheren DDR.

Erst die soeben veröffentlichten Untersuchungen von Dr. Sachse – diese Untersuchungen empfehle ich wirklich Ihrer Aufmerksamkeit – haben gezeigt, woran es liegt, dass diese Opfer häufig in Beweisnot kommen, kommen müssen, wenn sie, um rehabilitiert zu werden und Entschädigung zu erlangen, belegen sollen, dass sie widerrechtlich dorthin gebracht und unter teilweise unmenschlichen Bedingungen festgehalten und gequält wurden. Es gab eben nicht das, was wir heute für selbstverständlich halten, nämlich ein rechtsstaatliches Einweisungsverfahren. Überwiegend war auch der Grund der Einweisung, wie diese Untersuchungen deutlich zeigen, nicht das Kindeswohl, sondern, wie Herr Sachse deutlich belegt hat, die Vorstellung, dass Menschen, die sich nicht widerstandslos ins Kollektiv einfügten, oder deren Kinder gewaltsam umerzogen werden müssten. Dazu gehörte einmal die Vorstellung, dass man notfalls auch mit Gewalt den Willen des jungen Menschen brechen müsse, um ihn dann zu einem nützlichen Mitglied der sozialistischen Gesellschaft erziehen oder besser umerziehen zu können. Dadurch wurden die Kinder – und das berichten sie, dass ihnen das heute noch tief in der Seele sitzt – und Jugendlichen in einer Weise als sogenannte Asoziale stigmatisiert, dass sie heute noch an den Folgen leiden. Und hier ist es nicht mehr nur Vergangenheitsbewältigung, sondern hier geht es um den ganz aktuellen Bezug zur Jetztzeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP)

Wir, meine Damen und Herren, wir wissen heute, dass diese jetzt erwachsenen Menschen dringend Therapeuten brauchen,

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

und nicht nur irgendwelche Therapeuten, sondern Therapeuten, die sich in die damalige Situation hinein fühlen können. Wir brauchen diese Fachleute zur Behebung von psychischen, traumatischen Störungen der Gesundheit. Häufig wird verkannt, dass diese Störungen ernsthafte Krankheiten sind. Es stehen für die Opfer sexueller Gewalt, was diesen Punkt anbelangt, zurzeit keine ausreichenden Therapieangebote zur Aufarbeitung und Verarbeitung der Geschehnisse, ihrer menschlichen Leiden zur Verfügung, jedenfalls nicht mit einer angemessenen Wartezeit.

Ich kann und muss hier an die Landesregierung und den kommenden Landtag appellieren – und da waren wir uns sehr einig –, dass diejenigen, die nach dem 4. September Verantwortung tragen, dieses Thema weiterverfolgen und hier Lösungen vorweisen müssen. Wir müssen hier weiterkommen. Es ist uns bekannt, dass im Bereich der Psychotherapie in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt sehr hohe Wartezeiten bestehen. Die Landesregierung muss sich diesem Problem stellen und sie muss es im Interesse der Opfer konstruktiv lösen. Auch da, Frau Dr. Seemann, gab es gerade auch aus Ihrem Hause derartig erschütternde Berichte, dass ich, glaube ich, gar

nicht länger ausführen muss. Und, ich sage das deutlich, dieses ist auch ein finanzielles Problem, dem sich die Krankenkassen stellen müssen.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während unserer Beratungen hat sich bundesweit einiges entwickelt. Wir haben von den Beratungen und Ergebnissen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ gehört. Frau Sozialministerin Schwesig war dort Mitglied. Wir haben die Ergebnisse in unsere Arbeit einbeziehen können, in das, was wir jetzt als Beschlussvorlage vorlegen. Wir konnten mit einiger Genugtuung die Mitteilung über das Inkrafttreten eines Kirchengesetzes zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen im Erzbistum Hamburg, die Einrichtung einer entsprechenden Fachstelle sowie die Handreichung der Deutschen Bischofskonferenz zur Prävention von sexualisierter Gewalt an katholischen Schulen, Internaten und Kindertageseinrichtungen zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, das Tabu ist gebrochen, es wird über diese Dinge nicht nur geredet, es wird hoffentlich auch weiterhin gehandelt.

Wir haben aber aus der Beschäftigung mit diesem Thema noch einige gewichtige Erkenntnisse, gerade für unsere Gegenwart, mitgenommen. Da ist einmal der Bereich der Belastungen der jungen Opfer, wenn sie den Mut aufbringen, sich zu offenbaren und gegen den Täter auszusagen. Auch da wissen einige von uns sehr, sehr genau aus eigener Erfahrung und aus Gesprächen mit Beteiligten, wie schwer das ist. Selbst ein mit noch so hoher Sensibilität geführtes Ermittlungsverfahren belastet die Opfer erneut. Wir möchten deshalb ganz dringend appellieren, dass die psychosoziale Prozessbegleitung, die derzeit als Modellversuch läuft, weitergeführt wird.

Meine Damen und Herren, angesichts der Tatsache, dass viele jugendliche Opfer erst sehr viel später die Kraft zu einer Strafanzeige aufbringen – ich habe erst aus diesen Beratungen mitbekommen, wie lange es dauert, bis jemand das überhaupt hinbekommt, das muss man einfach von den Opfern erfahren, das kann man nicht so in Büchern lesen –, passen zu diesem Deliktskomplex überhaupt nicht die üblichen Verjährungsregelungen unseres Strafgesetzbuches.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP)

Und ich sage das sehr deutlich und appelliere damit auch über die Legislatur hinweg an unsere späteren Kollegen, an den neuen Landtag und dann auch über die Landesregierung an den Bundesgesetzgeber: Hier muss dringend gehandelt werden! Das Rechtsbewusstsein leidet in erheblichem Maße.

Wenn sich ein Mensch öffnet, wenn er seine Qualen schildert und ihm ein Staatsanwalt, ein Polizeibeamter schon sagen muss, das ist alles ganz schlimm, aber das ist verjährt, das versteht dieser Mensch nicht. Und die hehren Grundsätze, die wir Juristen entwickelt haben, damit Verfahren beweissicher geführt werden – dem dient ja auch die Verjährung, weil Zeugen natürlich, je länger etwas zurückliegt, umso weniger erinnerungsstark sind –, haben hier aus meiner Sicht keinen Platz. Hier geht es darum, dass in einem Strafverfahren noch einmal sehr klar auch die Genugtuungsfunktion für das Opfer aufgearbeitet werden muss. Viele der

Opfer haben uns gesagt, das ist es, was sie wollen, dass der Staat nicht bestraft. Das wollen sie auch, aber für sie ist es viel wichtiger, dass anerkannt wird, dass das, was ihnen angetan wurde, rechtswidrig und strafbar war. So weit müssen wir kommen und deswegen sind die Verjährungsregelungen, die wir haben, hier nicht passend. Wenn ich das als Jurist sage, der etwas ganz anderes gelernt hat dazu, dann können Sie mir abnehmen, dass mich das stark beeindruckt hat, was wir in den Anhörungen gehört haben.

Einige Positionen unseres Antrages – das werden Sie, wenn Sie ihn genau gelesen haben, auch gemerkt haben – sind schon auf einem sehr guten Weg. Eine Initiative zur Änderung des Grundgesetzes dahin gehend, dass Kinderrechte in der Verfassung zu verankern sind, wurde bereits auf den Weg gebracht. Sie wissen, dass wir hierüber auch hier an diesem Pult gesprochen haben, und mir ist es eine Genugtuung, dass dieser Weg so weitergegangen wird, wie wir das hier gemeinsam gewollt haben.

Es gibt im Deutschen Bundestag glücklicherweise eine Initiative, die den DDR-Heimkindern genau die gleichen Entschädigungsmöglichkeiten bieten soll wie den Kindern aus dem Westen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

aber es bedurfte erst eines Schubses, dass dies so geschehen ist. Ich bin froh darüber. Ich will also nicht tadeln, dass das ursprünglich nicht vorgesehen war, aber ärgerlich war es, mit Verlaub gesagt.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Hier sollten diejenigen, die später hier Verantwortung tragen, am Ball bleiben. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Eines war uns, die wir uns in diesem Ausschuss vertieft mit diesen Fragen befasst haben, besonders wichtig: Die Problematik, das merken Sie auch an der Art, wie ich das vortrage, ist sehr komplex. Es wird wohl sehr lang dauernder Bemühungen bedürfen, bis man hier zu durchgreifenden Verbesserungen kommt. Da gibt es eine Menge Baustellen, die nicht in kurzer Zeit zu Ende geführt werden können. Und deswegen gab es Übereinstimmung in unserem Ausschuss, dass es gut wäre, wenn dieser Landtag gerade am Ende einer Wahlperiode Beschlüsse fasst, die sich deshalb auch an den neuen Landtag wenden dürfen, weil wir bereits mitten im Wahlkampf stehend jeder Versuchung – das sage ich für uns alle – einer Polarisierung widerstanden haben, um ein gemeinsames Anliegen, nämlich Unrecht, soweit das überhaupt geht, wiedergutzumachen und jugendlichen Opfern umfassenden Schutz und Hilfe angedeihen zu lassen, das wollten wir nicht gefährden. Ich hoffe, dass das, wenn wir es beschließen, wie dieser Antrag lautet, auch so glaubwürdig ist, wie wir als Ausschussmitglieder, die hieran gearbeitet haben, es wirklich empfunden und ehrlich gemeint haben. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit für diese Einbringungsrede.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wie das halt so ist, irgendwann ist Schluss und dieses ist meine nach menschlichem Ermessen letzte Rede vor diesem Hohen Hause.

Tja, soll ich sagen, es war immer schön? Das war es nicht, es gab auch Enttäuschungen. Ich habe aber mal so geguckt. Mir persönlich hat neben der Arbeit im Plenum insbesondere die Arbeit in dem Ausschuss sehr viel Befriedigung gegeben, weil da konnte man mehr auf fachlicher Ebene und weit weg gewandt vom Fenster agieren – nicht von der Fensterfront, die sind zum Glück im Augenblick nicht da, deswegen brauche ich auch nicht einzuschränken, bei wem ich mich bedanken will. Bei denen, die hier sind, bedanke ich mich für das Verständnis, das sie meiner auch manchmal sehr emotionalen Art entgegengebracht haben. Aber in den Ausschüssen haben wir, glaube ich – und das sage ich jetzt nach nicht 21 Jahren, es waren doch runde 13, wenn ich die Zeit, wo ich von außen geguckt habe, von da oder als Staatssekretär in der Landesregierung, ich habe ja diesen Landtag auch immer hautnah erlebt –, die Arbeit in den Ausschüssen ist eigentlich das, wo richtig geackert wird. Es wird viel zu wenig beachtet die Leistung der Abgeordneten in diesem Bereich.

Ich sage das auch, mir wird das fehlen. Jetzt sage ich auch, wer nicht mehr antritt, ist selbst schuld. Ich habe mich dazu entschieden und ich glaube, es war eine richtige Entscheidung, nicht nur, weil meine Frau gemeint hat, es langt, sondern, weil ich glaube, dass es richtig ist, auch einen Wechsel zu ermöglichen, und so hoch kann der Gesetzgeber das Pensionsalter so schnell gar nicht setzen, wie ich älter werde. Das war nicht mehr zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder, der mich kennt und der mit mir hier zusammen war, der hat mich auch erlebt. Ich habe in diesen Protokollen nachgelesen und da wird einem auch so deutlich, was man alles in Zwischenrufen gesagt hat und besser nicht gesagt hätte, und deswegen habe ich ein ... Ja, Frau Měšťan guckt mich an, das stimmt, ne? Wenn ich zurückblicke, sage ich eins, manche Äußerungen hätte ich kühlen Blutes so nicht getan, auch nicht als Zwischenruf. Mein Respekt vor Ihnen allen – ich wollte jetzt einschränken, brauche ich nicht, die sind nicht da –, vor Ihnen allen, die hier sitzen, vor denen, die im Augenblick nicht drin sind, ist so groß, dass ich sagen kann, wenn ich irgendjemanden gekränkt haben sollte durch Äußerungen, es war nicht persönlich gemeint, ich wollte niemanden verletzen, und sollte jemand verletzt sein, bitte ich um Entschuldigung. Das sagt man am Ende und ich meine das wirklich ganz ehrlich.

Meine Damen und Herren, die Arbeit in den Ausschüssen hat mir sehr viel Spaß gemacht. Mein Ausschussvorsitzender ist jetzt gerade nicht da, aber zuletzt habe ich mich mit einem Thema befasst, wovon ich gar keine Ahnung hatte, nämlich der Ludwigsluster Energiewende.

(allgemeine Heiterkeit –
Hans Kreher, FDP: Energiewende.)

Da kann man mal sehen, wie multifunktional der Rechts- und Verfassungsausschuss ist und der Europaausschuss. So heißt er ja eigentlich von vornherein. Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit. Mir wirds nicht langweilig, ich habe jetzt mehr Zeit für Familie. Das sagt jeder, ist aber so. Ich habe eine Menge Hobbys und ich habe ein großes ehrenamtliches Hobby. Ich freue mich, dass ich jetzt mehr Zeit habe für eine Aufgabe, die ich schon während dieser Wahlzeit vor Kurzem übernommen habe, nämlich als Präsident der DLRG.

Ich kehre zu meinen Wurzeln zurück.

(Hans Kreher, FDP: Nach Bad Kleinen.)

Ja, natürlich, nach Bad Kleinen.

Früher war ich selber Rettungsschwimmer und hielt überhaupt nichts von Funktionären. Jetzt bin ich selber einer, so ändert man sich.

Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit an Sie alle. Und wie gesagt, wenn ich jemanden mal gekränkt habe, das tut mir im Nachhinein leid. Ihr habt mir auch ab und zu mal eins an die Ohren gehauen, das hatte ich dann auch verdient. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
und auf der Regierungsbank)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ja, vielen Dank, Herr Dr. Jäger. Wir haben uns bei Ihnen für die Zusammenarbeit bedankt, indem wir Ihnen viel mehr Redezeit zugebilligt haben, als das angemeldet war.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, danke.)

Wir haben Sie mit Sicherheit als einen streitbaren Kollegen hier kennengelernt, als jemanden, mit dem man sich wirklich in der Sache hart und heftig streiten konnte, aber mit dem man dann hinterher auch wieder ein Bier trinken gehen konnte, und das, glaube ich, ist auch eine Eigenschaft, die Sie auszeichnet.

Das Wort hat jetzt ...

Ach so, nein, ich muss ja erst mal ganz formal sagen, wir haben im Ältestenrat eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Abgeordneter Herr Dr. Jäger, ich habe mit Ihnen in der Stadtvertretung Schwerin zum Thema Kinderschutz zusammengearbeitet, wir haben es hier zusammen im Landtag getan und ich bin sicher, dass beim Thema Kinderschutz die Zusammenarbeit nicht endet, denn Sie sind ja auch im Kinderschutzbund Schwerin aktiv. Ich bin sicher, die viele freie Zeit, die Sie jetzt haben, die Sie schon ein bisschen verplant haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das bleibt.)

die bleibt sicherlich auch für diesen gemeinsamen Einsatz, worauf ich mich sehr freue.

Einige von uns hatten heute im Laufe des Tages vielleicht den Eindruck, oh Gott, was sind das hier für Tumulte, was ist das für ein Benehmen der NPD-Fraktion, wobei man eigentlich gar nicht überrascht sein kann, und muss so die letzte Sitzung des Landtages dieser Legislaturperiode enden. Ich finde, dass Sie mit diesem Tagesordnungspunkt und in dieser Zusammensetzung jetzt hier so im Raum sehr gut endet. Wir haben gemeinsam bewiesen, Landesregierung und die demokratischen Fraktionen des Landtags, dass wir, wo uns gelegentlich der Satz vorgeworfen wird, die Kinder sind uns das Wichtigste, dass wir es mit diesem Satz ernst meinen. Das zeigt der Antrag der demokratischen Fraktionen hier zum Thema „Misshandlung und sexuelle Gewalt von Kindern und Jugendlichen“.

Ich will Ihnen sagen, dass ich ganz bewusst von sexueller Gewalt spreche und nicht vom sexuellen Missbrauch, denn Missbrauch würde bedeuten, wir können Kinder gebrauchen, und genau das ist nicht der Fall. Alle Menschen in unserem Land und weltweit müssen wissen, dass Kinder nicht Objekte sind, sondern Subjekte, und deswegen gibt es weder einen Gebrauch noch Missbrauch von Kindern und deswegen müssen wir hier ganz klar von sexueller Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen sprechen.

In meiner damaligen Funktion als Vorsitzende der Jugend- und Familienministerkonferenz habe ich an dem Treffen des Runden Tisches zur Aufarbeitung der Fälle von sexueller Gewalt teilgenommen und mit Betroffenen intensiv gesprochen. Und mir ging es genauso, wie Dr. Jäger es hier vorgetragen hat. Gerade dieses Gespräch mit Betroffenen, ihre eigene Sichtweise auf das Geschehene kennenzulernen und mit ihnen über notwendige Änderungen und Maßnahmen zu diskutieren, waren für diesen Prozess unheimlich wichtig.

Ich muss sagen, in meiner Tätigkeit war diese Anhörung von Betroffenen, diese persönlichen Gespräche waren für mich die einschneidendsten Erlebnisse. In diesen Gesprächen ist mir bewusst geworden, wie schlimm und nachhaltig es für Betroffene ist, wenn sie sexuelle Gewalt erlebt haben, aber was auch diejenigen, die in Opferberatungsstellen arbeiten, die sich diesen Betroffenen widmen, was die auch leisten, denn niemand kann sich diesen Betroffenen widmen, ohne dass es ihm selber nicht nahegeht.

Deshalb möchte ich mich auch dem Dank anschließen, den Herr Dr. Jäger schon ausgesprochen hat, dem Dank an alle Betroffenen, die den Mut haben, darüber zu sprechen, um es nicht mehr als Tabuthema zu haben, sondern offen über das Thema zu sprechen, und auch dem Dank an alle Menschen, die sich diesen Betroffenen widmen, besonders denjenigen, die in den entsprechenden Beratungsstellen arbeiten.

Der Kinderschutz, der Schutz vor Misshandlungen und sexueller Gewalt ist deshalb auch für mich ein ganz persönliches Anliegen geworden, für das ich mich als Kinder- und Jugendministerin mit ganzer Kraft einsetze. Ich habe es immer hier im Landtag erlebt, dass die demokratischen Fraktionen die Schritte für die Unterstützung des Kinderschutzes unterstützt haben, und dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Jedes Kind hat einen Anspruch auf ein gesundes Aufwachsen, auf Förderung seiner Persönlichkeit und seiner Entwicklung sowie auf Schutz seines Wohls und seiner Gesundheit. Die sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ist eine Straftat und stellt eine schwerwiegende Verletzung der Menschenwürde dar. Darin sind wir uns einig und das zeigt der gemeinsame Antrag der demokratischen Fraktionen hier im Landtag.

Für mich ergeben sich drei wichtige Handlungsfelder:

1. Prävention. Wir müssen natürlich alles dafür tun, Kinder stark zu machen, Kinder zu schützen, damit es erst gar nicht zu diesen Taten, zu dieser Gewalt gegen Kinder und Jugendliche kommt.
2. Wir müssen hinschauen und nicht wegschauen, also rechtzeitig aufmerksam werden und helfen.
3. Wir brauchen die gesellschaftliche Ächtung dieser Tat. Es ist oft immer noch so, dass die Betroffenen Schuld fühlen und nicht die Täter, und das muss sich

ändern. Die Täter sind die Schuldigen und nicht die Betroffenen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Die Diskussion um sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche hat dazu geführt, dass sich viel getan hat, und auch in unserem Land hat sich viel in dieser Legislaturperiode im Kinderschutz getan. Das gesamte Gemeinwesen ist bei diesem Themenfeld viel sensibler geworden und es hat sich nicht nur eine Kultur des Hinsehens und Wahrnehmens, sondern auch eine Kultur der Verantwortung und Hilfe entwickelt. Das ist eine ausgesprochen gute Entwicklung, auf die wir aufbauen müssen. Es wurden Netzwerke mit Vertreterinnen und Vertretern der unterschiedlichen Professionen gebildet, kommunale Kinderschutzkonzepte erarbeitet, Kooperationsvereinbarungen geschlossen, Fortbildungen von Fachkräften und Erfahrungsaustausche durchgeführt. Die professionsübergreifende Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Schule, Polizei und Justiz entwickelt sich immer weiter.

Wir haben eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um Aufgaben und Strukturen bei der Vermeidung und Beseitigung von Kindeswohlgefährdung rechtlich klarer zu fassen, mögliche Kindeswohlgefährdungen frühzeitig zu erkennen und diesen wirksam zu begegnen. So wurde zusammen mit den Landkreisen und kreisfreien Städten das Bündnis Kinderschutz MV initiiert. Dessen Aufgaben beziehen sich im Wesentlichen auf die Weiterentwicklung früher Hilfen und auf die Qualitätsentwicklung der Kinderschutzarbeit. Das Projekt Familienhebammen, die Kinderschutzhotline und die Kindervorsorgeuntersuchungen sind nur einige der präventiven Projekte des Kinderschutzes in unserem Land, die ich hier anführen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen ist im SGB VIII geregelt. Hier sind unter anderem Meldepflichten des Trägers gegenüber der Erlaubnisbehörde geregelt. So sind beispielsweise Betriebserlaubnisse von Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche betreut werden, an Auflagen geknüpft, die unter anderem auch Meldepflichten des Trägers regeln. Bei einem begründeten Verdacht werden die zuständigen Ermittlungsbehörden wie Polizei und Staatsanwaltschaft einbezogen.

Der vorliegende Antrag der demokratischen Fraktionen zum Thema „Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ ist Folge einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Ergebnis einer Anhörung und Diskussion im Europa- und Rechtsausschuss. In diesem Antrag werden unter anderem Feststellungen getroffen, dass bereits ein breites Beratungs- und Hilfeangebot besteht, jedoch noch vieles verbessert werden kann und muss, beispielsweise die Therapie- oder Beratungsangebote für Opfer, aber auch für Täter. Das sage ich ganz klar, denn Täterarbeit ist auch Opferschutz und es kann nicht sein, wie in den Anhörungen auch am Runden Tisch berichtet worden ist, dass es Fälle gibt, wo mögliche zukünftige Täter sich melden, die erkennen, dass sie hier ein Problem haben, und dafür keine Therapie, keine Unterstützung bekommen. Dass man – auch wenn man beim ersten Mal schluckt – dafür Geld ausgeben sollte: Täterhilfe ist auch Opferschutz.

Auch die hervorragende Arbeit in den Modellprojekten, wie die psychosoziale Prozessbegleitung, die kindliche und jugendliche Gewaltopfer in Strafprozessen betreut,

oder die zwei Opferambulanz, die gezielte medizinische Versorgung anbieten und kostenlose gerichtsfeste Dokumentationen von Verletzungen vornehmen, sollte nach Beendigung der Projektlaufzeit unbedingt fortgeführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, deutlich zu machen, dass Kinder keine Objekte sind, sondern Subjekte, dass Kinder Persönlichkeiten sind mit eigenen Rechten, das deutlich zu machen, ist der Wunsch der demokratischen Fraktionen dieses Landtages und auch mein Wunsch, indem wir Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen. Und Sie haben hier einen entsprechenden Antrag am 16. Dezember letzten Jahres verabschiedet.

Wir haben einen entsprechenden Entschließungsantrag für den Bundesrat vorbereitet, der in der nächsten Sitzung beraten wird, und ich hoffe, dass es dafür eine breite Unterstützung gibt. Man muss ganz deutlich sagen, das haben auch die Beratungen am Runden Tisch in Berlin gezeigt: Es wird Zeit, Zeit für Kinderrechte im Grundgesetz, und ich hoffe, dass uns das gemeinsam gelingt.

Die Aufhebung der Verjährung bei sexuellem Missbrauch ist Thema im Gesetzentwurf zur Stärkung der Rechte von Opfern. Also auch das ist schon auf dem Weg. Die rechtliche Befugnis für Berufsheimnisträger zur Datenweitergabe bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung ist im Entwurf des Bundeskinderschutzgesetzes aufgenommen worden, wo ich auch davon ausgehe, dass wir hier noch zu einer gemeinsamen Regelung kommen im Bundestag und Bundesrat.

Im Januar dieses Jahres hat der Runde Tisch Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren seinen Abschlussbericht vorgelegt. Er befasst sich allerdings nur mit Missbrauch und Misshandlung von Kindern in westdeutschen Einrichtungen. Vorgesehen sind rehabilitative Maßnahmen, die Anerkennung von Unrecht und finanzielle Maßnahmen wie die Einrichtungen eines Fonds. Aber auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR haben viele Kinder und Jugendliche schweres Leid und Unrecht erfahren. Es kann daher nicht sein, dass diese Empfehlungen nur für die betroffenen ehemaligen westdeutschen Heimkinder gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Deswegen haben wir uns von Anfang an dafür eingesetzt, auch am Runden Tisch sexuelle Gewalt und auf der Jugend- und Familienministerkonferenz, dass Opfer der DDR-Kinderheime keine Opfer zweiter Klasse sind, sondern dass sie natürlich genauso behandelt werden.

Man muss zur Wahrheit dazusagen, und das sage ich jetzt wertfrei, damals haben sich die ostdeutschen Länder dafür entschieden, dass es eben erst mal nur die Aufklärung in westdeutschen Heimen gibt. Es war natürlich nicht zu erwarten, dass es nicht diese Taten auch hier gab, denn die machen vor keiner Grenze halt. Deswegen darf man es, glaube ich, im Nachhinein den anderen nicht zum Vorwurf machen, sondern deswegen müssen wir jetzt alle Anstrengungen unternehmen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die Ergebnisse der Aufarbeitung, die dort erfolgt ist, für uns möglichst zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass zum gleichen Zeitpunkt die gleichen Rechte eintreten. Ich will das ganz deutlich sagen: Die ganze Frage um

Entschädigung, die wir auch diskutieren, um Unterstützung ist eine ganz schwierige. Zu sagen, klar, die Leute müssen Entschädigungen bekommen, Unterstützung, ich glaube, das ist klar, das ist einfach. Aber wenn man dann ins Detail geht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

wie wollen wir von den Leuten Nachweise verlangen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

wie wollen wir das werten, dann wird es ganz, ganz schwierig. Die Gefahr, dass man hier Opfer unterschiedlich behandelt, die ist sehr, sehr groß und es wäre eine zweite Demütigung dieser Betroffenen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle nur sensibilisieren. Es ist eine sehr schwere Diskussion, aber wir stellen uns gemeinsam dieser Diskussion und wir sind uns, denke ich, klar darüber, dass gerade die Betroffenen nicht ein zweites Mal erleben dürfen, dass sie wieder schlecht behandelt werden.

Die Jugend- und Familienministerkonferenz hat nun beschlossen, dass es vielmehr auch ermöglicht werden muss, zeitgleich vergleichbare rehabilitative und finanzielle Maßnahmen betroffener ehemaliger DDR-Heimkinder anzubieten. Dies entspricht auch den Forderungen des interfraktionellen Antrags an den Bundestag vom 8. Juni 2011: „Opfern von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung wirksam helfen“. Eine entsprechende Arbeitsgruppe des Bundesfamilienministeriums mit den ostdeutschen Ländern wird noch im Juli ihre Arbeit aufnehmen. Also Sie sehen, wir werden im Sommer weiter an dem Thema arbeiten, um schnell zu Ergebnissen zu kommen.

Der gemeinsame Antrag, der hier heute vorliegt, hat natürlich meine volle Unterstützung, die volle Unterstützung der Landesregierung. Und ich will das eindeutig sagen: Dieses Thema wird hier in der Landesregierung Hand in Hand gemeinsam getragen, bearbeitet von der Justizministerin, von unserer parlamentarischen Gleichstellungsbeauftragten und von mir, genau wie die demokratischen Fraktionen hier Hand in Hand zusammengearbeitet haben. Ich bin sicher, dass das Thema Kinderschutz auch in der nächsten Legislaturperiode ein Topthema sein wird für die Landesregierung und auch für den Landtag. So sollte es sein im Interesse der Betroffenen, denn dann haben sie was bewirkt, dadurch, dass sie darüber geredet haben, im Interesse der Kinder und Jugendlichen von heute. – Vielen Dank für diesen Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard für die Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die FDP-Fraktion im April des vergangenen Jahres ihren Antrag zur Aufklärung des Missbrauchs von Kindern im Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns hier in den Landtag einbrachte, standen wir alle unter den Eindrücken seinerzeit bekannt gewordener Missbrauchsfälle. Uns Liberalen ging es darum, die Aktualität als Anlass, aber auch als Verpflichtung für die Landespolitik zu begreifen, einen tief greifenden politischen Aufarbeitungsprozess zu starten. Die Überwei-

sung und die anschließende fraktionsübergreifende Auseinandersetzung mit diesem schwierigen Thema in den Ausschüssen war genau der richtige Weg, um dem Anspruch einer zielführenden politischen Lösungsfindung gerecht werden zu können.

Ich möchte das gerne aufgreifen, was der Kollege Herr Dr. Jäger hier auch noch einmal vorgetragen hat. Schon als der Antrag als Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung erschienen ist, haben wir uns gemeinsam – Dr. Jäger, Heinz Müller für die SPD und Frau Borchardt für die LINKEN – zusammengesetzt, wie werden wir mit dem Antrag umgehen. Und ich bin allen Kolleginnen und Kollegen aus diesem Grund auch namens meiner Fraktion sehr dankbar, dass dieses sensible Thema nicht für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich kann Dr. Jäger nur zustimmen, in einer sehr bewegenden Anhörung wurde uns allen vor Augen geführt, welche Schicksale sich hinter den Medienberichterstattungen verbergen, welches unvorstellbare Leid Menschen von Vertrauenspersonen erfahren haben, die schamlos das Urvertrauen der Schwächsten in unserer Gesellschaft missbraucht haben. Schockiert von diesen Schicksalen haben alle Fraktionen eigene politische Forderungen hintangestellt, um eine gemeinsame Lösung aller demokratischen Fraktionen hier im Landtag zu ermöglichen.

Auch meine Fraktion, die FDP-Fraktion, hat bereits bei der Einbringung unseres Antrages in den Landtag im April vergangenen Jahres einen Ausblick auf liberale politische Konsequenzen gegeben. Im Verlauf der Ausschussberatungen konnten wir Liberalen unsere Position weiter verfeinern und eine umfängliche Position zur Einbringung und Entwicklung eines interfraktionellen Antrages mit in die Diskussion einstellen.

Auch wenn sich heute nur ein Teil unserer Vorstellungen, der liberalen Vorstellungen, in dem vorliegenden Antrag widerspiegelt, so sehen wir in diesem Antrag einen ersten wichtigen, notwendigen und richtigen Schritt im Sinne der betroffenen Opfer und ihrer Familien. Nicht nur die Aufklärung von Geschehenem hat den Landtag in den Ausschussberatungen beschäftigt, auch die Prävention sowie strukturelle Fragen wurden intensiv erörtert. Wir sollten daher den heutigen Antrag zum Anlass nehmen, getroffene Maßnahmen und beabsichtigte Ziele regelmäßig zu evaluieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich stimme Ihnen zu, Dr. Jäger, das gilt insbesondere für den nächsten Landtag.

Wir dürfen uns auf diesem ersten Erfolg – genau das ist nämlich heute der vorliegende Antrag, ein erster Erfolg – nicht ausruhen. Auch in Zukunft sind wir als Landesparlament gefordert, uns diesem Thema zu stellen und unsere politischen Handlungsmöglichkeiten zu hinterfragen. Grundlage dafür sollte für uns alle die konstruktive Zusammenarbeit in den Ausschussberatungen zu diesem Thema sein. Als Liberale werden wir uns weiterhin auch dieser Aufgabe stellen und aus diesem Grund werden wir diesem interfraktionellen Antrag selbstverständlich zustimmen, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann für die Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Auch ich möchte mich bei allen Mitgliedern der demokratischen Fraktionen, aber vor allen Dingen auch den Mitgliedern des Europa- und Rechtsausschusses bedanken, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen dafür, dass Sie sich so intensiv und zielorientiert mit dem Thema des sexuellen Missbrauchs beschäftigt haben, und zum anderen danke ich auch, dass der vorliegende Antrag im Konsens aller demokratischen Fraktionen entstanden und auf die Tagesordnung gesetzt worden ist.

Gestatten Sie mir, auch einem Kollegen noch ganz speziell zu danken, der gar nicht so in den Vordergrund getreten ist, der aber im Hintergrund sehr stark für die Umsetzung dieses Antrages geworben hat. Das ist mein Kollege Rudi Borchert. Also schönen Dank, Rudi, dass auch du dich engagiert hast,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt.)

auch wenn du gar nicht so in den Vordergrund getreten bist.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist meines Erachtens ein sehr gutes Signal, dass die letzte reguläre Landtagssitzung der 5. Wahlperiode mit einem gemeinsamen Antrag aller Demokraten zu einem Thema, das vor allem dem Schutz und dem Wohle der Kinder dienen soll, beendet wird. Vielen Dank hierfür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sexualisierte Gewalt, das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon gesagt, gegen Kinder und Jugendliche ist wohl eine der schlimmsten und abscheulichsten Taten überhaupt. Sie hat weitreichende und massive Konsequenzen für die Opfer. Neben den physischen leiden sie häufig ihr Leben lang unter den psychischen Folgen. Ihnen alle erdenkliche Hilfe und Unterstützung zu bieten, ist deshalb Pflicht der gesamten Gesellschaft. Parallel dazu ist es aber auch wichtig, alles Notwendige zu tun, um derartige Taten zu verhindern und Maßnahmen zu ergreifen, dass Täter keine Möglichkeit haben, zu Wiederholungstätern zu werden.

Ausgehend von den Meldungen der Medien über Jahre zurückliegende sexuelle Übergriffe in Einrichtungen der katholischen Kirche und in Heimen zu DDR-Zeiten wurden vonseiten des Parlaments und des Europa- und Rechtsausschusses zahlreiche Stellungnahmen eingeholt und ausgewertet sowie eine Anhörung, in der Expertinnen und Experten sowie Betroffene zu Wort kamen, durchgeführt. In Auswertung der Ergebnisse, vor allem der Anhörung, liegt Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nun der umfassende und meines Erachtens auch die Komplexität des Themas beachtende Antrag vor. Der Antrag spiegelt die jahrelange Herangehensweise von Parlament und auch Landesregierung wider: Im Mittelpunkt steht das Opfer.

Herr Kollege Jäger ist dankenswerterweise in seiner Einbringungsrede genauer auf den Inhalt des Antrages eingegangen, sodass ich in dieser Vielfältigkeit das nicht wiederholen möchte. Ich möchte mich im Folgenden auf

den meine Arbeit betreffenden Bereich der Unterstützungsstrukturen für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt beschränken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die bereits erwähnte Anhörung hat ergeben, dass Mecklenburg-Vorpommern im Bereich Opferschutz und Opferunterstützungseinrichtungen für von häuslicher und sexualisierter Gewalt Betroffene gut aufgestellt ist. Wir verfügen für die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Kinder neben zahlreichen anderen Beratungsstellen über fünf spezialisierte Kinder- und Jugendberatungsstellen sowie fünf Fachberatungsstellen für Opfer von sexualisierter Gewalt, die in enger Zusammenarbeit mit den Beratern und Beraterinnen der psychosozialen Prozessbegleitung, den Jugendämtern und anderen Institutionen eine wirklich gute Arbeit leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle vor allen Dingen auch den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in diesen Beratungseinrichtungen ganz herzlich für ihre umsichtige, engagierte, oft bis an den Rand der persönlichen Leistungsfähigkeit gehende Arbeit danken. Sie leisten diese Arbeit, und darauf möchte ich hinweisen, schon sehr lange und nicht erst, seit das Thema von Gewalt in katholischen Einrichtungen oder in DDR-Heimen auf die Tagesordnung gesetzt wird,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und Sie können mir glauben, dass ich auch ohne diese Anhörung, sondern aufgrund meiner ganz engen Kontakte zu diesen Beraterinnen und Beratern schon lange wusste, welches Leid und welche Folgen sexualisierte Gewalt für Kinder und für Frauen ein ganzes Leben lang bedeutet. Und das war auch mein Antrieb, mit dafür zu sorgen, dass wir hier in Mecklenburg-Vorpommern gerade hinsichtlich der Unterstützungs- und Beratungsstrukturen gut aufgebaut sind.

Der jüngste von mir überreichte Evaluierungsbericht – ich stimme übrigens zu, wir sollten diese Einrichtungen oder auch das, was wir machen, weiter evaluieren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

wir haben damit jetzt einen Anfang gemacht –, also der jüngste überreichte Evaluationsbericht der Landesregierung über das bestehende Beratungs- und Hilfesystem bestätigt, dass unsere Herangehensweise richtig und gut war. Es ist weder über- noch unterdimensioniert.

Die Beratungsstellen für Opfer sexualisierter Gewalt leisten nicht nur eine hervorragende Unterstützungsarbeit für Betroffene, sondern, und das ist ebenso wichtig, eine gezielte Aufklärungsarbeit und Präventionsmaßnahmen in der Öffentlichkeit und auch für vereinzelte Berufsgruppen, wie Erzieherpersonal, Lehrkräfte, Personal in Jugendämtern, Polizeikräfte und Ärzteschaft. Sie bieten fachspezifische Fort- und Weiterbildungen für diese Berufsgruppen an und erfüllen somit ein breites Spektrum an notwendigen Maßnahmen, um Opfer zu unterstützen, aber auch, das hatte ich vorhin gesagt, um neue Taten zu verhindern.

Neben den Opferunterstützungseinrichtungen, da gebe ich Frau Ministerin Schwesig recht, sind aber auch die Täterberatungsstellen überaus wichtig, denn gezielte Täterarbeit bedeutet letztendlich praktizierten Opferschutz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all diese Maßnahmen dienen dazu, Betroffene möglichst umfangreich

zu unterstützen und neue Taten zu verhindern, denn gerade Opfer sexualisierter Gewalt sind stark traumatisiert. In den meisten Fällen, da haben wir auch schon häufig drüber gesprochen, ist es nicht der Fremde im Park, der der Täter ist, sondern die überwiegenden Fälle sexualisierter Gewalt finden zu Hause im engen Familien- und Bekanntenkreis statt, einem Ort, der eigentlich Schutz und Sicherheit bieten sollte. Für die Opfer, häufig Kinder, stellt sich jedoch der eigentliche Ort des Schutzes und der Sicherheit schlicht als Hölle dar. Gerade in Fällen sexualisierter Gewalt, das haben die ganzen Jahre mir gezeigt, ist es nicht selten, dass die Betroffenen sich erst Jahre später melden. Und dass die Opfer von sexualisierter Gewalt in DDR-Heimen sich erst nach so langer Zeit gemeldet haben, entspricht eben auch diesen Erfahrungen.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Angst, Scham, Verzweiflung, der fehlende Glaube an Gerechtigkeit, das sollte uns auch zu denken geben, oder ganz einfach verdrängen, um überleben zu können, sind nur einige Stichworte. Deshalb ist es besonders wichtig, dass mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit den Betroffenen die Scheu genommen wird, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das heißt, die Öffentlichkeitsarbeit muss trotz der bereits auf diesem Gebiet geleisteten Arbeit konsequent weitergeführt oder, ich finde, sogar noch verstärkt werden.

Die Landesregierung, Kommunen, Vereine und Verbände müssen gemeinsam mit Partnern, wie Ärztinnen und Ärzten, Pädagogen, Jugendeinrichtungen, alle Möglichkeiten nutzen, um die Menschen über die bestehenden Angebote zu informieren. Und ich habe vor Kurzem noch ein Faltblatt – Anlass waren auch die Berichterstattungen – mit Informationen über die bestehenden Einrichtungen einschließlich Erreichbarkeit herausgegeben. Und ich hoffe einfach, dass das auch noch ein Stück weit helfen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fachberatungsstellen für Opfer sexualisierter Gewalt stehen allen Opfern offen, unabhängig vom Geschlecht – das ist auch ganz wichtig, auch Jungen können sich dort hinwenden –, vom Alter, wann oder wo oder von wem die Tat erfolgt ist. Das heißt, auch Opfer von DDR-Heimen können sich zur Beratung an diese Opferberatungsstellen wenden, und deshalb war es mir so wichtig, auch gleich den Kontakt zur Beauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit herzustellen, weil dort sich viele Opfer zunächst mal melden. Die brauchen für die Rehabilitation die Hilfe der Stasiunterlagenbeauftragten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

die brauchen aber für die Aufarbeitung der Probleme, für die psychische Aufarbeitung die Opferberatungsstellen. Und wir haben zum Beispiel vereinbart, dass der Bürgerbeauftragte und auch die Stasiunterlagenbeauftragte einmal im Jahr zu einer größeren Beratung meiner Einrichtung mit hinzugezogen werden, um sich über Probleme, natürlich auch über Erfolge auszutauschen, um sich schlicht abzustimmen.

Parallel zu den Beratungsunterstützungsangeboten für Betroffene ist es für viele Opfer ebenfalls sehr wichtig, dass die Täter strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können. Da, wie bereits erwähnt, sich aber viele Opfer erst sehr spät öffnen und die Strafverfolgungsbehörden hinzuziehen, ist es, darauf hat Herr Dr. Jäger hingewiesen, erforderlich, die Verjährungsfristen zu verlängern. Ich finde es sehr gut, dass auch dieser Punkt mit

in den Antrag aufgenommen worden ist, denn für viele Opfer ist es wichtig, dass die Täter vor Gericht kommen, um endlich einen Schlussstrich ziehen zu können. Ihnen geht es nicht mal so sehr um die Bestrafung, sondern für sie ist das beendet, wenn sie den Eindruck haben, auch vor Gericht wird ihnen geglaubt.

Um die strafrechtliche Verfolgung der Täter auch nach Jahren noch erfolgreich durchführen zu können, ist eine fachlich fundierte Verletzungsdokumentation zur Beweisführung unerlässlich. Und deshalb habe ich mich sehr dafür eingesetzt, dass an den Rechtsmedizinischen Instituten in Greifswald und Rostock ein Modellprojekt, das Modellprojekt der Opferambulanzen initiiert wurde. Ich freue mich sehr, dass das Parlament zu dem Schluss kommt, dass diese Opferambulanzen weiter bestehen bleiben müssen und auch weiter finanziert werden müssen.

Aber für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern sind zwei Opferambulanzen sowie deren Außenstellen in Schwerin und Neubrandenburg für eine flächendeckende Versorgung meines Erachtens nicht ausreichend. Ich möchte aber, dass alle Opfer unabhängig davon, ob sie im unmittelbaren Einzugsgebiet der Rechtsmedizinischen Institute leben oder in Sassnitz, Plau oder Gägelow, die Möglichkeit haben, in ihrer Nähe eine Anlaufstelle für eine fachgerechte Befunddokumentation aufsuchen zu können.

Die unter meiner Federführung laufende Arbeitsgruppe „Gewalt und Gesundheit“, an der unter anderem auch Medizinerinnen und Mediziner und Zahnmedizinerinnen und Zahnmediziner teilnehmen, bereitet deshalb derzeit erneut eine Ärztefortbildung vor, die im Januar 2012 durchgeführt wird. Deren Ziel ist es, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte zu gewinnen, um sich durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rechtsmedizinischen Institute qualifizieren zu lassen, sodass sie rechtsmedizinische Befunddokumentationen in ihren Praxen vornehmen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Schutz und die Unterstützung der Opfer sexualisierter Gewalt ist eine wichtige Aufgabe für uns. Beratungsstellen mit ausreichend qualifiziertem Personal sind ein wichtiger Baustein, die Betroffenen zu stabilisieren und ihnen zu helfen, in ein normales Leben zurückzufinden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, den Opfern die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie benötigen. Stimmen Sie dem vorliegenden Antrag zu! Ich beantrage namens der demokratischen Fraktionen namentliche Abstimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt für die Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erinnern wir uns: Im April 2010, nachdem mehr und mehr Fälle über sexuellen Missbrauch in katholischen Einrichtungen bekannt wurden, der Bürgerbeauftragte in seinem Bericht auf das Problem sexuellen Missbrauchs in Kinder- und Jugendeinrichtungen der DDR hingewiesen hatte, auf dessen Grundlage die CDU-Fraktion zu diesem Thema eine öffentliche Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss beantragt hatte und die

FDP dem Landtag auf der Drucksache 5/3435 einen eigenständigen Antrag vorlegte, hat der Rechts- und Europaausschuss sich mit diesem Thema beschäftigt.

Niemand von den demokratischen Fraktionen hat von Beginn an gezweifelt, dass der Landtag sich mit diesem Thema beschäftigen muss. Schnell, schon während der Debatte zum Antrag der FDP, wurde uns klar, dieses Problem ist ein gesellschaftliches Problem und nicht systemabhängig. Deshalb dürfen wir nicht nur die Vorkommnisse in der DDR betrachten, sondern müssen uns die Frage stellen, wie sind wir in Mecklenburg-Vorpommern für den Schutz unserer Kinder aufgestellt. Deshalb führten wir im September 2010 eine sehr umfangreiche Anhörung durch, sprachen mit den zuständigen Ministerien und der Parlamentarischen Staatssekretärin, ließen uns über ihre Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich informieren. Begleitet wurde diese Debatte immer von den Ergebnissen der Arbeit des Runden Tisches auf Bundesebene.

Nun mag einer, der diesen Arbeitsprozess nicht hautnah miterlebt hat, meinen, habt ihr euch aber Zeit gelassen. Ja, sage ich an dieser Stelle, haben wir, und zwar ganz bewusst uns Zeit gelassen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

nicht nur, weil wir uns im Ausschuss noch mit vielen anderen Gesetzesvorlagen und Anträgen beschäftigen mussten, nein, weil wir uns sehr schnell dazu verständig haben, dem Landtag einen gemeinsamen Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen, weil wir dieses Thema nicht geeignet fanden, es parteipolitisch zu besetzen. Das sind wir den Opfern schuldig.

Dass uns das gelungen ist, dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei allen demokratischen Fraktionen dieses Hauses recht herzlich bedanken. Nur so, davon bin ich überzeugt, werden wir den Opfern gerecht und können unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden.

Sexueller Missbrauch von Kindern ist schlimm, egal ob in Einrichtungen der Jugendhilfe in der DDR, der katholischen Kirchen oder in anderen öffentlichen Einrichtungen oder im häuslichen Umfeld. Dieser Anspruch brachte natürlich auch mit sich, dass wir auf allen Seiten Zugeständnisse und Kompromisse machen mussten. Darauf gehe ich an anderer Stelle noch ein. Und ich behaupte auch, keine öffentliche Anhörung wurde von keiner Fraktion der demokratischen Fraktionen so akribisch ausgewertet wie die zu diesem Thema.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Fraktion hat sich insbesondere mit der Verantwortung in DDR-Einrichtungen auseinandergesetzt, insbesondere im Hinblick auf die Ursachen und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen. Durch die Anhörung wurde die Auffassung, die viele Wissenschaftler teilen, bestätigt, Missbrauch von Kindern findet immer – egal in welchem politischen System – da statt, wo geschlossene autoritäre Strukturen aufgebaut sind, die sich einer demokratischen Kontrolle entziehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Missbrauch ist Ausdruck eines bestimmten Erziehungsbildes, das geprägt ist durch Autorität, körperliche Überlegenheit und Unwissenheit der Opfer, der Ausnutzung des Vertrauens und der Abhängigkeit. Dagegen müssen wir gemeinsam etwas tun.

Was uns am meisten helfen würde – davon bin ich überzeugt – sind starke Kinder, Kinder, die selbstbewusst und offen ihre Probleme artikulieren und sich ihrer Rechte bewusst sind, Kinder, die wissen, dass ihnen Unrecht geschieht, dass sie darüber auch reden. Deshalb brauchen wir die Veränderung bei der Ausbildung und beim Studium in den entsprechenden Berufen.

In Bezug auf die Unterstützung der Opfer aus der DDR unterstützen wir die Beratung durch die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR und ebenfalls die Initiative auf Bundesebene, auch diese Opfer zu entschädigen.

Ich hatte zu Beginn gesagt, dass wir auf Kompromisse eingegangen sind. Darauf möchte ich an dieser Stelle näher eingehen:

Die Maßnahmen, die wir heute in dem interfraktionellen Antrag ansprechen, beziehen sich hauptsächlich auf die Situation, wenn der Missbrauch stattgefunden hat. Wir fordern, dass die Therapieangebote in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Modellprojekt weitergeführt wird, dass sichergestellt wird, dass die Arbeit in diesen Projekten auch auf Dauer weitergeführt wird. Aber unsere Arbeit muss viel früher beginnen und wir setzen auf Prävention.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Selbstverständlich, und auch das habe ich in diesem Haus nicht nur einmal gesagt, dürfen wir nicht den Eindruck vermitteln, dass wir einen hundertprozentigen Schutz durchsetzen können. Aber wir müssen alles Erdenkliche tun, damit es gar nicht erst zu einem Missbrauchsfall kommt. Deshalb hätten wir uns gewünscht, dass wir uns auch dafür aussprechen, dass die Landkreise und Kommunen besser mit personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, denn dort kann vor Ort eine Kontrolle bei ersten Anzeichen stattfinden. Ich denke, dass so auch Missbrauchsfälle verhindert werden können.

Darüber hinaus brauchen wir eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“. Es ist gut, dass dieses Thema nach Jahren öffentlich in die gesellschaftliche Debatte gebracht wurde. Es ist eben kein Tabuthema mehr. Allerdings gibt es da Unterschiede. Einig sind sich alle in Bezug auf Vorkommnisse in öffentlichen Einrichtungen. Aber, wie wir in der Anhörung auch vernehmen konnten, sexueller Missbrauch findet zu 80 Prozent in der Familie und im sozialen Umfeld statt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ja, das habe ich auch schon gesagt.)

Und ich glaube, da gibt es immer noch – auch in Bezug auf die Öffentlichkeit – Probleme.

In Bezug auf Prävention möchte ich mich nur noch kurz auf das Projekt „Kein Täter werden“ beziehen, welches Mediziner nach Mecklenburg-Vorpommern holen wollen. Frau Sozialministerin hat darauf verwiesen, ja, Opferschutz beginnt auch mit Täterschutz. In diesem Projekt geht es darum, Männern, die auf Kinder gerichtete sexuelle Phantasien haben, aber keine Übergriffe begehen wollen, therapeutische Unterstützung zu bieten. Geben wir denjenigen, die diesen Gefühlen hinterherlaufen, auch die Chance, sich öffentlich zu äußern beziehungsweise ihnen Hilfe und Unterstützung zu geben. Ziel ist es dabei, sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen sowie Kinderpornografie zu verhindern. Aber es

bleibt uns ja auch noch in der nächsten Legislaturperiode Zeit, vielleicht uns dieses Projekt genau anzusehen und die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Was wir uns ebenfalls gewünscht hätten, wäre eine Prüfung gewesen, ob man mit dem Bürgerbeauftragten einen Kinderschutzbeauftragten ansiedelt. So würden wir diesem Thema gerecht werden. Es gäbe dann eine Stelle, die sich immerzu mit der Situation der Kinder beschäftigen würde und so frühzeitig auf Problemlagen hinweisen könnte. Ich will auch sagen, auch in meiner Fraktion ist dieser Ansatz umstritten. Aber wir sollten in der nächsten Wahlperiode darüber gemeinsam noch einmal reden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der Anhörung gehört, dass es noch weitere Probleme gibt, so zum Beispiel auch, dass drei Ministerien bei diesem Thema zuständig sind. Aber zum Zwecke einer besseren Koordinierung müssten wir schon über die Bündelung nachdenken. Über diese Problematik sollte bei der nächsten Regierungsbildung ernsthaft nachgedacht werden.

Eine weitere Bemerkung zu unserem gemeinsamen Antrag: Wir haben als Punkt aufgenommen, dass alle Beratungsstellen, die für Opfer sexualisierter Gewalt tätig werden, für diese Arbeit angemessen ausgestattet werden. Nun weiß ich als Juristin, und Herr Dr. Jäger weiß es auch, der Begriff „angemessen“ ist ein sehr dehnbarer Begriff. Deshalb möchte ich meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass wir über die Parteien hinweg uns bei der Haushaltsaufstellung 2012/2013 für eine tatsächliche Mehrausstattung bei den Beratungsstellen einsetzen und es nicht nur bei dieser Passage im vorliegenden Antrag bleibt.

Lassen Sie mich nun noch ein Wort zum Thema „Datenweitergabe bei Verdacht auf Kindesmissbrauch“ sagen. Das war ein Punkt für uns, wo wir sehr lange überlegt haben, ob wir diesen so mittragen, denn unserer Ansicht nach gibt es bereits jetzt genügend gesetzliche Grundlagen. Aber die Anhörung hat uns gezeigt, dass es da auch noch viele Grauzonen gibt. Der Deutsche Kinderschutzbund und die Deutsche Kinderhilfe haben, glaube ich, in der Anhörung deutlich darauf hingewiesen. Wenn es uns gelingt, durch eine Veränderung der Gesetzgebung die Angst derjenigen, die die Daten offenlegen, wegzunehmen, dass dies nicht strafrechtlich verfolgt werden kann, dann, glaube ich, haben wir einiges gekonnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch ein paar Worte, das fällt mir jetzt ein bisschen schwer, zum Agieren der NPD, auch wenn sie jetzt nicht hier drin sind. Ich glaube, wir haben alle die Verpflichtung, dass wir draußen den Bürgerinnen und Bürgern sagen, das, was die NPD zu diesem Thema hier im Landtag und auch außerparlamentarisch vertritt, ist menschenverachtend und zeigt ihre Sichtweise auf Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wollen die Opfer politisch für ihre Zwecke missbrauchen und das sollten wir draußen auch immer wieder sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren der demokratischen Fraktionen, ich verbinde mit der heutigen Beschlussfassung die Hoffnung, dass wir uns gemeinsam und kontinuierlich der Problematik auch in Zukunft annehmen werden. Helfen wir den Kindern, den Opfern

von Missbrauch, auch denjenigen, die den Mut noch nicht gefunden haben, ihr Schicksal öffentlich zu machen. Sie brauchen unsere Hilfe, unsere Unterstützung und Solidarität und es ist unsere politische Verantwortung. Wir sollten diese gemeinsam wahrnehmen. Ich denke, dieser Beschluss, das sollte sich der nächste Landtag ins Hausaufgabenheft schreiben, ist der erste Anfang und wir sollten weiterarbeiten, und zwar auf der gemeinsamen Grundlage.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Herrn Dr. Jäger recht herzlich bedanken. Wir haben uns sehr oft gestritten, aber in diesem Punkt und bei diesem Antrag, glaube ich, waren wir uns sehr schnell einig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Vielen Dank noch mal. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Borchardt.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/4406. Interfraktionell ist beantragt worden, gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung hierzu eine namentliche Abstimmung durchzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, die Namen aufzuzuführen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat und das tun möchte? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir unterbrechen nur ganz kurz.

Unterbrechung: 15.18 Uhr

Wiederbeginn: 15.19 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt geben. An der Abstimmung haben insgesamt 49 Abgeordnete teilgenommen. 49 Stimmen waren gültig. Mit Ja stimmten 49 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/4406 einstimmig angenommen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, wir sind damit am Ende eines intensiven Sitzungsmarathons der letzten Sitzungswochen am Schluss der letzten regulären Landtagssitzung in dieser Wahlperiode angelangt, der ersten Wahlperiode, die fünf Jahre gedauert hat. Zwischenzeitlich blicken wir auf fast 21 Jahre Landtagsarbeit zurück, die – und da kann ich nahtlos anschließen an das, was ich schon vor fünf Jahren gesagt habe – kontinuierlich dazu geführt haben, die Identität unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern nach innen und nach außen zu festigen und weiterzuentwickeln.

Es ist uns auch in dieser Wahlperiode gelungen, den Auftrag aus der Präambel unserer Verfassung mit Leben zu erfüllen. Dort heißt es, ich zitiere: „entschlossen, ein lebendiges, eigenständiges und gleichberechtigtes Glied der Bundesrepublik Deutschland in der europäischen Völkergemeinschaft zu sein“, Ende des Zitats.

Die Intensität der parlamentarischen Arbeit, die Intensität der gesetzgeberischen Arbeit war hoch, sie war streckenweise so dicht wie nie zuvor oder vielleicht nur in der 1. Wahlperiode. Auch wenn man in Rechnung stellen muss, dass die Wahlperiode fünf Jahre dauerte, die Zahlen sprechen für sich: Wir haben in dieser Wahlperiode 127 Landtagssitzungen absolviert. Die Sitzungswochen dauerten in der überwiegenden Zahl von Mittwoch bis einschließlich Freitag. Der Ältestenrat hat über 200-mal getagt. Die Ausschüsse und die Enquetekommission haben alle zusammen weit über 1.000 Sitzungen durchgeführt. Wir haben 134 Gesetze verabschiedet. Die Zahl der Kleinen Anfragen war fast doppelt so hoch wie in den vergangenen Wahlperioden. Die Arbeit des Landtages dokumentiert sich mittlerweile auf fast 5.000 Drucksachen in dieser Wahlperiode.

Neben den ständigen Gremien war auch in dieser Wahlperiode eine Enquetekommission tätig, deren Abschlussbericht wir gestern beraten haben. Und das Interesse der Menschen, die die Arbeit des Landtages hier unmittelbar vor Ort erleben wollen, ist nach wie vor sehr hoch. Wir haben in dieser Wahlperiode 1.425 Besuchergruppen betreut und hatten 42.500 Besucher, darunter 20.800 Jugendliche.

Aber wir haben in dieser Wahlperiode nicht nur darauf gewartet, dass die Menschen hierher kommen, wir sind auch nach draußen gegangen in die Städte, in die Gemeinden, um den Menschen die Arbeit des Landtages näherzubringen. Seit 2008 haben mehr als 80 Aktionen unter dem Motto „Landtag vor Ort“ im Rahmen des Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ stattgefunden und viele davon an den Wochenenden.

Wir haben auch in dieser Wahlperiode mit hohem Einsatz an der Verwirklichung des Staatsziels in Artikel 11 unserer Verfassung gearbeitet, die europäische Integration zu verwirklichen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit – insbesondere im Ostseeraum – zu fördern. Darauf bin ich in meiner gestrigen Rede zu den Unterrichtungen über die Beschlüsse der Parlamentspräsidenten des Bundes und der Länder im Einzelnen eingegangen.

Und, hier spreche ich für alle Mitglieder der demokratischen Fraktionen in diesem Landtag, unser Wirken war auch in dieser Wahlperiode, so, wie es die Präambel unserer Verfassung von uns verlangt, erfüllt von dem Willen, die Würde und Freiheit des Menschen zu sichern, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, ein sozial

gerechtes Gemeinwesen zu schaffen, den wirtschaftlichen Fortschritt aller zu fördern, die Schwachen zu schützen und die natürlichen Grundlagen des Lebens zu sichern. Für die Erreichung dieses Zieles haben wir unsere unterschiedlichen Vorstellungen eingebracht, haben um die aus jeweiliger Sicht bestmöglichen Lösungen gerungen, haben debattiert und haben auch gestritten.

Aber, und das gehört auch zur Bilanz dieser Wahlperiode, dies war oft genug von Situationen geprägt, die bitter waren, die schwierig waren und in einem nie da gewesenen Ausmaß die Würde des Hauses verletzt haben. Die Zahl der Ordnungsmaßnahmen – über 550 Ordnungsrufe, 75 Wortentziehungen und 38 Sitzungsausschlüsse, teilweise für mehrere Sitzungen – sind ein Vielfaches der Ordnungsmaßnahmen, die in den ersten vier Wahlperioden zusammen ergriffen werden mussten. Wir mussten uns immer wieder gegen die Angriffe einiger weniger auf unser demokratisches Gemeinwesen wehren. Dies haben die demokratischen Fraktionen in diesem Hause geschlossen getan. Wir haben uns im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung unseres Landes als wehrhafte Demokratie erwiesen. Wir sind allen Versuchen, das Ansehen und die Würde unseres Parlamentes zu schädigen oder unsere rechtlichen Grundlagen infrage zu stellen, entschieden und energisch entgegengetreten. Und dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, danke ich jedem einzelnen Mitglied der demokratischen Fraktionen.

Ich will an der Stelle auch ganz persönlich noch etwas einfügen: Ich habe das Parlament jetzt seit 1994 erleben dürfen in unterschiedlichen Funktionen und ich glaube schon, dass diese Herausforderung in dieser Wahlperiode dafür gesorgt hat, dass der Artikel 1 des Grundgesetzes auch von jedem Einzelnen viel intensiver praktiziert und angewendet wurde, als das vorher der Fall war.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich habe das Empfinden, dass das eine Rolle gespielt hat, wie man hier in diesem Hause auch miteinander zwischen den Abgeordneten der demokratischen Fraktionen umgegangen ist, dass es viel seltener der Fall gewesen ist und aus meiner Sicht auch nie bewusst, dass jemand den anderen mit böser Absicht hier persönlich angegriffen hat. Ich glaube, auch das war wichtig, dass wir nicht nur von anderen fordern, das zu achten, sondern dass wir es auch persönlich vorleben. Ich glaube, das ist uns in dieser Wahlperiode weitaus besser gelungen, und dafür auch an dieser Stelle – und da, denke ich, spreche ich auch im Namen der Präsidien dieser Sitzung – ganz herzlichen Dank an Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich hoffe und wünsche uns allen und diesem Landtag, dass uns solche Auseinandersetzungen mit den Abgeordneten, die nun nicht mehr da sind, in der Zukunft erspart bleiben.

Das Ende einer Wahlperiode bedeutet auch immer, Abschied zu nehmen. Am Ende dieser Wahlperiode bedeutet dies auch, in einer Reihe von Fällen Abschied zu nehmen, die über mehrere Wahlperioden hinweg das Bild dieses Parlamentes entscheidend mitgeprägt haben, sozusagen Urgesteine dieses Hauses, die sich sowohl als Mitglieder des Landtages als auch als Mitglieder der Landesregierung um dieses Land verdient gemacht haben. Teilweise sind wir darauf schon in den

vergangenen Sitzungstagen jeweils am Ende einiger Reden eingegangen. Einiges haben wir auch vergessen, muss ich so sagen, es waren so viele.

Deswegen an dieser Stelle: Die Fraktionen der SPD, der CDU, der LINKEN und der FDP haben mich gebeten, zum Abschluss noch einmal auf die parlamentarische Arbeit der nachfolgend genannten Abgeordneten einzugehen, die sich nicht mehr um ein Mandat in der kommenden Wahlperiode bewerben.

Dazu gehört in der Fraktion der FDP der Abgeordnete Ralf Grabow, der sich mit großem Engagement als Vorsitzender des Sozialausschusses eingebracht und sich nachhaltig auch für die Realisierung des Ersten Tages der Menschen mit Behinderungen eingesetzt hat. Dazu gehört der Vorsitzende der Fraktion der FDP, der Abgeordnete Michael Roof, der mit der ihm eigenen Leidenschaft und in einer für eine Wahlperiode rekordverdächtigen Zahl von Reden viele Debatten in diesem Haus mitgeprägt hat. Und dazu gehört bei der Fraktion der FDP der Vizepräsident des Landtages, Herr Kollege Hans Kreher, mit dem mich im Präsidium eine sehr kollegiale Zusammenarbeit verbunden hat und der uns allen, glaube ich, mit seinen leidenschaftlichen Reden gerade im bildungspolitischen Bereich sehr gut in Erinnerung bleiben wird.

Aus der Fraktion DIE LINKE verlässt uns der Kollege Wolfgang Griese, der Sprecher seiner Fraktion für Umwelt- und Energiepolitik ist, ebenso die Kollegin Irene Müller, die sowohl in der 3. als auch in der 5. Wahlperiode Mitglied des Landtages war und sich als Sprecherin ihrer Fraktion für Sozial-, Behinderten- und Seniorenpolitik mit großer Leidenschaft für die Belange der Menschen mit Behinderungen in diesem Land eingesetzt hat.

Nach fast 13 Jahren verlässt uns auch die Abgeordnete Birgit Schwebs, die eine Reihe von parlamentarischen Funktionen wahrgenommen hat. Sie war Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Umwelt- und Verkehrspolitik und ist Sprecherin ihrer Fraktion für Verkehrs- und Finanzpolitik, sie verfügt über das vielleicht breiteste Erfahrungsspektrum als Ausschussvorsitzende. Sie war Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, des Umweltausschusses und ist Vorsitzende des Finanzausschusses. Sie hat sich intensiv in die internationale Arbeit eingebracht, sowohl als Mitglied in den Delegationen zur Ostseeparlamentarierkonferenz, des Parlamentsforums Südliche Ostsee als auch im Rahmen der Konferenz der peripheren Küstenregionen. Und sie hat über viele Jahre hier oben im Sitzungspräsidium als Schriftführerin mitgewirkt.

Genauso lange ist Mitglied des Landtages die Abgeordnete Gabi Měšťan, die sich in der gestrigen Sitzung in ihre neue Heimat in Südböhmen verabschiedet hat. Hervorzuheben sind ihre konstruktive Arbeit im Ältestenrat als langjährige Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion sowie das hohe Ansehen, das sie sich auch fraktionsübergreifend durch ihr kommunalpolitisches Engagement in diesem Landtag erworben hat.

Das politische Bild dieses Landes über lange Jahre mitgeprägt hat auch Herr Professor Dr. Wolfgang Methling, und das nicht nur von 1998 bis 2006 als Umweltminister dieses Landes, sondern von 2006 bis 2009 auch als Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Herr Kollege Methling, Ihr hoher Sachverstand und Ihr leidenschaftliches Engagement in den Debatten dieses Hauses werden uns lange in Erinnerung bleiben.

Verabschieden müssen wir uns auch – und ich sage, leider, das sage ich auch ganz persönlich – von unserem Kollegen Andreas Bluhm, der nicht nur die parlamentarische Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch das Bild des Landtages entscheidend geprägt und zum Ansehen des Landtages entscheidend beigetragen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und auf der Regierungsbank)

Er ist einer der wenigen, die von der ersten Stunde dieses Landtages an dabei waren. Die Bildungspolitik seiner Fraktion und insbesondere die Schulpolitik seiner Fraktion haben sich in seiner Person manifestiert. Er war stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion, er war von Anfang an Mitglied im Bildungsausschuss, der über die Jahre die unterschiedlichsten Bezeichnungen hatte, er war stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses, er war Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur und er ist seit nunmehr fast zehn Jahren Vizepräsident des Landtages. Besonders in dieser Funktion hat er das Bild des Landtages durch seine souveräne Sitzungsleitung entscheidend geprägt, genießt über die Fraktionsgrenzen hinweg hohes Ansehen und wird uns – und da spreche ich wohl für fast alle Mitglieder dieses Hauses – in der Zukunft fehlen. Danke, Andreas.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und auf der Regierungsbank)

Aus der Fraktion der CDU verlassen uns die Kollegen Matthias Mantei als sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion, der Kollege André Specht, der im Petitionsausschuss, im Bildungsausschuss und als Schriftführer mitgewirkt hat, der Kollege Mathias Löttge, der seit 2006 Mitglied des Landtages und seit diesem Zeitpunkt stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion für Finanz- und Bildungspolitik ist, sowie der Kollege Jörg Vierkant, der seit dem Beginn der 3. Wahlperiode 1998 Mitglied des Landtages ist. Herr Vierkant war Vorsitzender des Petitionsausschusses und ist seit 2006 Mitglied im Fraktionsvorstand der CDU-Fraktion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich aus gegebenem Anlass Herrn Vierkant von hier aus die besten Wünsche zu seiner baldigen Genesung übermittle, und ich glaube, da schließe ich Sie alle ein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und auf der Regierungsbank)

Wir verabschieden uns auch vom ersten Justizminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, dem Kollegen Ulrich Born, der Mitglied des Landtages von 1994 bis 2006 war und es seit 1. Dezember 2009 wieder ist. Er hat die Arbeit dieses Hauses in einer Reihe von Untersuchungsausschüssen sowie im Rechts- und später im Europa- und Rechtsausschuss, aber auch im Wirtschaftsausschuss mitgeprägt.

Verlassen wird uns auch Herr Kollege Dr. Armin Jäger, der sowohl in der Landesregierung als auch im Landtag eine Reihe von herausragenden Funktionen wahrgenommen hat. Er war Staatssekretär im Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt und im Wirtschaftsministerium. Er hat die Innenpolitik des Landes sowohl als

Innenminister als auch im Parlament als stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses, als alternierender Vorsitzender der Parlamentarischen Kontrollfunktion, als stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Sonderausschusses „Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform“, die Medien- und Rechtspolitik als Sprecher seiner Fraktion für diese Politikbereiche und die Grundsatzdebatten dieses Hauses als Vorsitzender der Fraktion der CDU geprägt. Herr Dr. Jäger, Sie werden uns allen sicherlich durch Ihr Wirken insgesamt und durch Ihre profunden rechtlichen Beiträge in Erinnerung bleiben. Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und auf der Regierungsbank)

Und es verlässt uns eine weitere Säule unserer parlamentarischen Arbeit, eine entscheidende Säule unseres Präsidiums, meine langjährige Stellvertreterin Renate Holznagel. Auch sie ist seit der 1. Wahlperiode fast von Beginn an Mitglied des Landtages. Sie war Sprecherin ihrer Fraktion für Frauen- und Gleichstellungspolitik, für Umweltpolitik und Agrarpolitik, sie war stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion und stellvertretende Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses und sie ist vor allen Dingen nunmehr schon fast 13 Jahre Erste Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

Sie hat das Außenbild des Landtages sowohl durch ihre Sitzungsleitung als auch bei unzähligen Terminen über diesen langen Zeitraum entscheidend mitgeprägt. Sie hat durch ihr ausgesprochenes Feingefühl im zwischenmenschlichen Bereich entscheidend zu vielen Konfliktlösungen beigetragen und sie hat den Landtag bei vielen Gelegenheiten im internationalen Bereich vertreten und vor allem auch die enge Verbindung zur Bundeswehr, insbesondere auch zur Marine, mit großem Engagement als Oberststabsveterinärin der Reserve gepflegt. Auch sie genießt über die Fraktionsgrenzen hinweg hohes Ansehen und wird uns – und auch da spreche ich wohl für fast alle Mitglieder dieses Hauses – in Zukunft fehlen. Danke, Renate.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und auf der Regierungsbank)

Aus der SPD-Fraktion wird uns Kollegin Hannelore Monegel verlassen, die von 1998 bis 2006 Mitglied des Landtages war und seit Dezember vergangenen Jahres wieder da ist und die sowohl Sprecherin ihrer Fraktion für Fischerei-, Tierschutz- und Verbraucherpolitik sowie in der 4. Wahlperiode Vorsitzende des Agrarausschusses war.

Verlassen wird uns auch Herr Kollege Dr. Klaus-Michael Körner, der durchgehend seit der 3. Wahlperiode Mitglied dieses Landtages war und ist. Er hat insbesondere als Sprecher seiner Fraktion für Kirchen- und Religionspolitik sowie Kulturpolitik, wie es bereits in der gestrigen Debatte erwähnt wurde, die kulturpolitischen Debatten des Landtages mitgeprägt.

Fehlen wird uns auch Kollegin Angelika Peters, die bereits von 1994 bis 1998 Mitglied des Landtages war und es seit 2001 durchgehend ist. Auf das Wirken von Frau Peters, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion ist, die Sprecherin ihrer Fraktion für Justiz, Datenschutz, Informationsfreiheit und Kleingärten war, die lange Jahre stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses war, bin ich bereits vorgestern einge-

gangen. In den vorangegangenen Jahren hat sie sich auch verstärkt in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit engagiert. Frau Peters war auch über lange Jahre als Schriftführerin hier im Sitzungspräsidium sehr engagiert und der Garant dafür, dass jeder Abgeordnete dieses Hauses bei der Abgabe seines Stimmzettels geschäftsordnungsmäßig seinen Namen genannt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und auf der Regierungsbank)

Seit nunmehr vier Wahlperioden Mitglied des Landtages ist unser Kollege Norbert Baunach. Er ist Sprecher seiner Fraktion für Sport, Bau und Stadtentwicklung. Er war in der 2. Wahlperiode stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bau und Landesentwicklung und zwei Wahlperioden lang von 1998 bis 2006 Vorsitzender des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung. Er hat diesen Politikbereich über viele Jahre entscheidend mitgeprägt.

Seit 1998 Mitglied des Landtages und neben dem Minister die Stimme der SPD-Fraktion für Agrarpolitik und Ernährungswirtschaft und auch Sprecherin der SPD-Fraktion für Medienpolitik ist unsere Kollegin Ute Schildt. Sie ist seit langen Jahren stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion und hat durch ihre profunde Sachkenntnis sowohl die Debatten im Plenum als auch die Arbeit des Agrarausschusses und des Wirtschaftsausschusses entscheidend mitgeprägt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und auf der Regierungsbank)

Ein Urgestein der ersten Stunde – und das nimmt er jetzt bitte nicht persönlich, sondern positiv –, das diesen Landtag entscheidend über 20 Jahre mitgeprägt hat, ist unser Kollege Dr. Gottfried Timm. Er hat von Anfang an herausragende parlamentarische Funktionen wahrgenommen. Er war in der 1. Wahlperiode bereits Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, er war Vorsitzender seiner Fraktion, er ist Vorsitzender des Innenausschusses und hat in dieser Wahlperiode das Verfahren zur Kreisstruktur- und Funktionalreform durch den Landtag gesteuert und er ist Sprecher der SPD-Fraktion für innere Sicherheit sowie Umwelt- und Klimapolitik. Der Landesregierung hat er acht Jahre angehört, von 1998 bis 2006 als Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Damit hat er vor allem die Innenpolitik dieses Landes sowohl als Regierungsmitglied als auch als Ausschussvorsitzender und Sprecher seiner Fraktion am intensivsten und längsten mitgeprägt.

Und, meine Damen und Herren, wir verlieren mit Herrn Dr. Timm den erfahrensten Redner dieses Hauses. Er hat im Laufe seiner Mitgliedschaft im Landtag fast eine Schallmauer durchbrochen und liegt mit weitem Abstand vor allen anderen. Wenn wir richtig gezählt haben, hat er in diesem Landtag 394 Reden gehalten – um es in der Fußballersprache auszudrücken, in der Nationalmannschaft wäre er Rekordnationalspieler –, gefolgt von den beiden einzigen weiteren 300ern Andreas Bluhm mit 326 und Dr. Armin Jäger mit 304 Reden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und nun meine Damen und Herren, kommen wir in der Aufzählung derer, die aus dem Landtag ausscheiden,

zum letzten Abgeordneten, den das betrifft. Wir verlieren mit dem Ende dieser Wahlperiode die herausragende politische Persönlichkeit, die diesen Landtag und das Land Mecklenburg-Vorpommern in diesen fast 21 Jahren am intensivsten und nachhaltigsten geprägt hat, unseren ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Harald Ringstorff.

Herr Dr. Ringstorff, Sie waren, wie wir alle wissen, von 1990 bis 1994 und von 1996 bis 1998 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Sie waren von 1994 bis 1996 Minister für Wirtschaft und Angelegenheiten der Europäischen Union sowie stellvertretender Ministerpräsident. Und Sie waren vom 3. November 1998 bis zum 4. Oktober 2008 Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zeitweise zugleich Justizminister. Sie waren im letzten Jahr Ihres Wirkens als Ministerpräsident zugleich auch Präsident des Bundesrates. Sie haben wie kein anderer die Politik dieses Landes und die Debatten dieses Hauses entscheidend geprägt. Sie waren für viele Menschen in diesem Land der Landesvater und für viele sind Sie das auch noch. Ich danke Ihnen im Namen des Landtages für Ihr Wirken, ich danke Ihnen für das, was Sie für dieses Land getan haben. Vielen Dank, Harald.

(lang anhaltender Beifall bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
und auf der Regierungsbank)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke darüber hinaus allen, die sich in dieser Wahlperiode für unser demokratisches Gemeinwesen engagiert haben. Ich danke neben den Abgeordneten auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen und des Landtages und ich danke an dieser Stelle auch allen Angehörigen, die auf Sie verzichtet haben, wenn es darum ging, für dieses Land engagiert zu sein.

Bedanken möchte ich mich insbesondere auch bei den Vizepräsidenten nochmals für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit war mir auch in dieser Wahlperiode besonders wichtig.

Die Abgeordneten, die dem sechsten Landtag nicht mehr angehören, werden wir natürlich noch ganz besonders verabschieden am Rande der konstituierenden Sitzung des nächsten Landtages.

Am 4. September 2011 haben nun die Wählerinnen und Wähler das Wort. Ich wünsche uns einen fairen Wahlkampf und eine hohe Wahlbeteiligung und ich wünsche uns weise Wählerinnen und Wähler, die mit ihrer Entscheidung die Demokratie in unserem Land stärken und festigen.

Ich danke Ihnen sehr, wünsche Ihnen, Ihren Familien, Ihren Angehörigen, wenn auch eine kurze, so doch eine schöne Sommerzeit. Die Sitzung ist geschlossen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
und auf der Regierungsbank)

Schluss: 15.41 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Norbert Baunach, Raimund Frank Borrmann, Mathias Brodkorb, Egbert Lis-kow, Mathias Löttge, Sebastian Ratjen, Erwin Sellering, Dr. Gottfried Timm, Jörg Vierkant und Dr. Gerd Zielenkiewitz.

Namentliche Abstimmung

über den
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP
Missbrauch von Kindern und Jugendlichen
 – Drucksache 5/4406 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
 Borchert, Rudolf
 Bretschneider, Sylvia
 Heydorn, Jörg
 Dr. Körner, Klaus-Michael
 Monegel, Hannelore
 Müller, Heinz
 Peters, Angelika
 Polzin, Heike
 Dr. Ringstorff, Harald
 Schildt, Ute
 Schlotmann, Volker
 Schulte, Jochen
 Schwarz, Thomas
 Dr. Seemann, Margret
 Tegtmeier, Martina

CDU

Dr. Born, Ulrich
 Caffier, Lorenz
 Glawe, Harry
 Holznagel, Renate
 Dr. Jäger, Armin
 Kokert, Vincent
 Mantei, Matthias
 Reinhardt, Marc
 Renz, Torsten
 Ringguth, Wolf-Dieter
 Rühs, Günter
 Schlupp, Beate
 Seidel, Jürgen

Specht, André
 Stein Peter
 Dr. von Storch, Henning
 Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
 Borchardt, Barbara
 Griese, Wolfgang
 Holter, Helmut
 Koplín, Torsten
 Lück, Regine
 Měšťan, Gabriele
 Dr. Methling, Wolfgang
 Müller, Irene
 Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
 Kreher, Hans
 Leonhard, Gino
 Reese, Sigrun
 Roof, Michael
 Schnur, Toralf

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	49
Gültige Stimmen	49
Jastimmen	49
Neinstimmen	-
Enthaltungen	-